

Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden: Studierendensurvey - Entwicklungen zwischen 1983 und 2007

Bargel, Tino

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bargel, T. (2008). *Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden: Studierendensurvey - Entwicklungen zwischen 1983 und 2007*. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-236342>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden

Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007

Die Untersuchung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz unter der Projektleitung von Prof. Dr. Werner Georg und Tino Bargel durchgeführt. Der Studierendensurvey wurde 1982 von Tino Bargel, Dr. Gerhild Framhein-Peisert und von Prof. Dr. Hansgert Peisert gegründet. Die Autoren tragen die Verantwortung für den Inhalt.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung
11055 Berlin

Bestellungen

schriftlich an den Herausgeber
Postfach 30 02 35
53182 Bonn
oder per
Tel.: 01805 – 262 302
Fax: 01805 – 262 303
(0,14 Euro/Min. aus dem deutschen Festnetz)
E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: <http://www.bmbf.de>

Bonn, Berlin 2008



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Tino Bargel

Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden

Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007

Inhaltsverzeichnis

1	STUDENT UND POLITIK: FRAGEN UND EMPIRISCHE GRUNDLAGEN	3
1.1	Studentische Generationen im gesellschaftlichen Kontext	3
1.2	Theoretische Konzepte und Fragen	5
2	POLITISCHES INTERESSE UND PARTIZIPATION	7
2.1	Politisches Interesse und Stellenwert von Politik	7
2.2	Mitwirkung in Parteien und Initiativen	9
2.3	Voraussetzungen für politisches Interesse und Partizipation	11
3	POLITISCHE POSITIONEN: RICHTUNGEN UND LAGER	13
3.1	Einordnung im Links-Rechts-Schema	13
3.2	Haltung zu politischen Grundrichtungen	14
3.3	Politische Ziele: Kontroversen und Koalitionen	16
3.4	Veränderungen der politischen Zielpräferenzen	19
4	DEMOKRATISCHE PRINZIPIEN UND MITWIRKUNGSZUFRIEDENHEIT	21
4.1	Entwicklung der demokratischen Einstellungen	21
4.2	Potential der Demokraten an Hochschulen und in den Fächergruppen	22
4.3	Politische Richtungen und demokratisches Verständnis	24
4.4	Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung	25
5	POLITISCHE UND SOZIALE PARTIZIPATION AN DEN HOCHSCHULEN	27
5.1	Interesse an Hochschulpolitik und studentischen Aktivitäten	27
5.2	Beteiligung an der Hochschule und in den Fachschaften	28
5.3	Beteiligung an sozialen und kulturellen Gruppen	29
5.4	Aufgaben der studentischen Vertretungen	30
6	GESELLSCHAFTSBILD UND GESELLSCHAFTLICHE WERTE	33
6.1	Soziale Ungleichheit: Ausmaß und Gerechtigkeit	33
6.2	Aufstiegschancen und Leistungsprinzip	35
6.3	Gesellschaftliche Grundwerte und Antinomien	37
7	ALTERNATIVE HALTUNGEN UND PROTESTBEREITSCHAFT	39
7.1	Alternative Orientierungen: anders Leben, anders Arbeiten, eine andere Politik	39
7.2	Alternative und Konventionelle an Hochschulen und in den Fächergruppen	41
7.3	Studentische Protestbereitschaft und Aggressivität	43
	LITERATUR	47
	ANHANG: Konzept und Durchführung des Studierendensurveys	51
	Ausgewählte Publikationen zum Studierendensurvey	54

1 Student und Politik – Fragen und empirische Grundlagen

Das politische Verhalten und Bewusstsein der Studierenden hat immer wieder Aufmerksamkeit gefunden. Verbunden sind damit manch kontroverse Debatten um die demokratische Haltung, die politische Partizipation und die Protestbereitschaft der Studierenden. Der Studierenden-survey an Universitäten und Fachhochschulen mit seiner Zeitreihe von zehn Erhebungen zwischen 1983 und 2007 bietet eine einmalige empirische Grundlage, um systematisch und fundiert über die Veränderungen und Trends im politischen Bewusstsein der Studierenden Auskunft zu geben. Er zeichnet den Wandel in seinem Ausmaß und seinen Phasen differenziert nach und belegt die gegenwärtige Haltung der Studierenden gegenüber der allgemeinen Politik, der Beteiligung an den Hochschulen sowie ihre gesellschaftlichen Vorstellungen und Werte.

1.1 Studentische Generationen im gesellschaftlichen Kontext

Die Hochschulen sind eigenwillige Institutionen, sowohl die traditionellen Universitäten, mit oder ohne Exzellenzsiegel, als auch die neueren Fachhochschulen, die sich immer häufiger "applied universities" nennen. Ihre gesellschaftliche Ausstrahlungskraft liegt nicht nur an ihrem Innovationspotential, sondern ist auch durch ihre Aufgabe begründet, einen ausgewählten Teil der Jugend, die Studierenden, wissenschaftlich zu qualifizieren und zu bilden. Zu diesem Auftrag gehören auch die intellektuelle Auseinandersetzung mit öffentlichen Angelegenheiten, die Aufarbeitung gesellschaftlicher Entwicklungen und die Stellungnahmen zu politischen Problemen (vgl. Parsons/Platt 1973). Ebenso verlangt die "Idee der Universität" - gemäß Humboldt - neben der wissenschaftlichen Qualifikation für einen akademischen Beruf, auch die Anteilnahme am öffentlichen Geschehen und die Befähigung zu politischen Aufgaben (vgl. Schelsky 1963).

Die Befassung mit den politischen Orientierungen der Studierenden und ihren gesellschaftlichen Vorstellungen ist daher ein Beitrag zur "Leistungsmessung im Hochschulbereich" - die Evaluation ihrer wichtigen Funktion (vgl. Bargel/Framhein 1975). Außerdem verdienen die politischen Haltungen und Verhaltensweisen der Studierenden erhöhte Aufmerksamkeit, weil sie aufgrund ihrer sozialen Lage sensibler auf Entwicklungen im gesellschaftlichen Kontext reagieren, ihn zum Teil vorantreiben können. Aufgrund ihrer späteren beruflichen Positionen und ihrer häufigeren Zugehörigkeit zur politischen Elite werden dadurch Auskünfte über Haltungen und Ziele einer gesellschaftlich außerordentlich einflussreichen Gruppe

gewonnen - über die aktuellen Verhältnisse ebenso wie im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen.

Abfolge studentischer Generationen

Am Anfang der Bemühungen um die empirische Aufklärung der politischen Haltungen und gesellschaftlichen Vorstellungen von Studierenden in Deutschland stand die klassische Studie über "Student und Politik" (Habermas/Friedeburg/Oehler/Welz 1961). Für die Studierenden in der zweiten Hälfte der 50er Jahre traf die Aussage zu, dass sie "kein Ferment politischer Unruhe" (Friedeburg 1965) darstellen. Sie wurden mit einem plakativen und wirksamen Etikett als "**skeptische Generation**" (Schelsky 1957) belegt.

Aber zu Beginn der 60er Jahre zeichnete sich ab, dass eine politisch offenere und etwas aufmüpfigere Studentenschaft die Hochschulen besucht, die sich zudem mehr Gedanken über die Geschichte und Gegenwart der Universitäten im Hinblick auf die Demokratie machte, dazu auch Ringvorlesungen anregt oder fordert. Sie wurde als "**Generation der Unbefangenen**" (Blücher 1966) beschrieben, als unideologisch, antimilitaristisch und kritischer. Bis Mitte der 60er Jahre traf diese Diagnose offenbar noch zu: Die Studierenden befanden sich im politischen Feld in einem Prozess der Suche (teach-ins, sit-ins) und beginnender Auseinandersetzungen (go-ins).

In Laufe der 60er Jahre hat sich ein besonders hoher Grad an politischem Interesse unter den Studierenden entwickelt, bei vielen wurde das "politische Bewusstsein" geweckt: Entsprechend wurden sie als "**die unruhige Generation**" benannt (Wildenmann/Kaase 1968), weil sie vieles in Frage stellten und bei unzureichenden Antworten mehr und mehr rebellisch reagierten. Im Zuge des studentischen Aufbegehrens in den späten 60er und den frühen 70er Jahren entstanden eine Reihe von Arbeiten zur politischen Partizipation, zur Rebellion und Aggressivität sowie zu den demokratischen Einstellungen der Studierenden. Die besorgte Frage lautete damals: Wie links und/ oder demokratisch sind die Studierenden (vgl. Noelle-Neumann 1978, Bürklin 1980).

Für die 80er Jahre wird ein Rückzug aus dem öffentlichen Leben seitens der Studierenden diagnostiziert. Entsprechend weniger sind sie Gegenstand empirischer Untersuchungen. Anfang der 90er Jahre tritt mit der deutschen Wiedervereinigung eine historische Zäsur ein. Aber in dieser Zeit bleiben die Studierenden - in Ost wie West - unauffällig, sie bleiben im "Abseits der Wende" (Heublein/Brämer 1990). Aber trotz aller auftretenden Differenzen und Probleme im Zuge des Beitritts der neuen Länder können die Studierenden insgesamt als "sattelfeste Demokraten" bezeichnet werden (Bargel 1994).

Das ändert sich in den 90er Jahren. Die politischen Interessen der Studierenden schwächen sich weiter ab, Fragen des Berufs und des Konsums treten in den Vordergrund. Nach eingehender Inspektion werden sie **"Generation Golf"** (Illies 2001) titulierte, die eher egoistisch an sich selbst statt an die Solidarität und die Verbesserung der Welt denkt; aber auch die Zunahme von Resignation und Sarkasmus werden ihnen bescheinigt.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends kommen Studien über die Jugend zu dem Schluss, es handele sich nun um eine **"pragmatische Generation"** (Hurrelmann/Albert 2006). Jugend wie Studierende in Deutschland werden als "unzufriedene Demokraten" titulierte und mehr Politikverdrossenheit wird diagnostiziert (Gille/Krüger 2000). In einem sarkastischen, aber hilflosen Ton wird schließlich von der **"Generation Doof - wie blöd sind wir eigentlich?"** (Bonner/Weiss 2008) geschrieben; der Text wird als "unterhaltsam, aber oberflächlich" charakterisiert - was die Generation kennzeichnen soll, wird auch der Bestandsaufnahme attestiert.

Studenten im Spannungsfeld: Antagonismen und Lager

So aufschlussreich und bezeichnend solche Typisierungen der Generationen und Studierenden sein mögen, sie dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Studentenschaft stets auch durch Vielfalt und Heterogenität, durch Spannungen und Antagonismen zu beschreiben ist. In manchen Zeiten sind die Aufspaltungen in politische Lager kennzeichnender als gemeinsame Überzeugungen.

Dass sich die Studierenden nicht leicht einer einheitlichen Zuordnung einpassen, das belegen Gegenüberstellungen, anhand derer die Gruppierungen und ihre Kontroversen beschrieben werden: Etwa über den Umfang an Konventionellen gegenüber den Rebellen oder durch die doppelte Frage "Angepasst? Ausgestiegen?" (Glötz/Malanowsky 1982). Andere Spannungsfelder ergeben sich aus den politischen Absichten, angesiedelt zwischen „Anpassung und Alternativkultur“ (Mayer 1981) oder „Zwischen Revolution und Resignation?“ (Krause/Lehnert/Scherer 1980).

Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit die heutigen Studierenden solche Kontroversen und damit Lagerbildungen überwunden haben. Stehen sich unter den Studierenden noch die Juristen und Ökonomen auf der einen Seite und die Sozial- und Geisteswissenschaftler auf der anderen Seite fast "feindlich" gegenüber, mit dem jeweiligen Anspruch auf die Meinungsführerschaft?

Gesellschaft und Hochschulen im Wandel

Die studentischen Handlungen entwickeln sich nicht in einem beziehungslosen Raum; sie sind vielmehr eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse ökonomischer und politischer Art und in soziale Milieus der Familie und Gruppen. Für den betrachteten Zeitraum der letzten 25 Jahre hat es einige bedeutsame gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen der

politischen Landschaft gegeben. Drei solcher Entwicklungen seien knapp skizziert, weil sie nicht ohne Einfluss auf die politischen Überzeugungen der Studierenden sind.

Auf dem Weg zur post-industriellen Gesellschaft

Eine grundlegende gesellschaftliche Entwicklung mit weitreichenden Folgen für Arbeit und Leben ist der Übergang von der industriellen Arbeitsgesellschaft zur **postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft** (Bell 1975). Sie führt zu Änderungen des Arbeitsmarktes, zudem der Arbeitsvollzüge und der Arbeitsteilung; damit ist eine Umschichtung der beruflichen Chancen mit manchen Instabilitäten verbunden - mehr Flexibilität, mehr Weiterbildung und mehr Umschulung werden verlangt. Verflochten mit diesem Prozess ist die **Bildungsexpansion** und die zunehmende Bedeutung der **Wissensgesellschaft** (bzw. Informationsgesellschaft). Die steigende Zahl der Studierenden nimmt dem Hochschulbesuch manches an Exklusivität, dennoch wird der Hochschulabschluss für den Zugang in einen Beruf entscheidender.

Wertewandel: Individualismus und Hedonismus

Eine eigene Bewegung stellt der allgemeine Wertewandel zu postindustriellen Orientierungen dar. Diese Werte betonen den Individualismus, aber auch den Narzissmus und Hedonismus. Dieser Wertewandel wird als "revolutionär" eingestuft (vgl. Inglehart 1977). Parallel dazu breitet sich die Erlebnisgesellschaft aus (Schulze 2005). Die Bedeutung von Lebensstilen als Ausdruck individueller Eigenart nimmt zu, ist aber oft konsumbezogene Selbstdarstellung. Damit werden Überzeugungen unwichtiger, Authentizität geht verloren - ein für das politische Handeln nachhaltiger Trend.

Neue politische Kultur: Komplexität und neue Medien

Ebenfalls hat sich eine Veränderung des Öffentlichen und der politischen Auseinandersetzung vollzogen. Durch die Europäisierung und Globalisierung sind die politischen Verhältnisse und Eingriffsmöglichkeiten vielschichtiger geworden, viele Zusammenhänge erscheinen kaum durchschaubar, es gibt keine einfachen Lösungen, das politische Feld wird unübersichtlicher. Solche Bedingungen erschweren die Mitwirkung, sie wird politischen Profis überlassen. Zugleich ändert sich im öffentlichen Raum der Stil des Handelns: von Konzept und Debatte zu Event und Unterhaltsamkeit. Außerdem ist der politische Einfluss immer stärker von den Medien abhängig, wird durch sie gebrochen und erscheint dadurch in starkem Maße als Inszenierung, wobei nicht die Problemlösung sondern die Stilisierung in den Vordergrund rückt.

Veränderte soziale Rolle der Studierenden: Vom Studium als Moratorium zur beruflichen Qualifizierung

Das Studium findet nicht mehr im "Elfenbeinturm" statt. Es ist zu einer Phase der Qualifizierung für die Erwerbstätigkeit geworden. Oft steht nicht mehr der anspruchsvolle Ertrag in einer "Profession" in Aussicht, vielmehr wird der Anspruch auf die "Berufsbefähigung" (employability) reduziert. Das Studium

als Phase der Erprobung und der Alternativen ist kaum noch gefragt.

Mehr und mehr dominiert, auch an den Universitäten, der Anwendungsbezug - das Praktikum wird wichtiger als das Studium. Eine erhöhte Erwerbstätigkeit der Studierenden geht damit einher, weshalb die Hochschule für viele nicht mehr den "Lebensmittelpunkt" darstellt. Das Zeitbudget lässt dadurch oft wenig Spielraum für außerfachliche, politische oder kulturelle Aktivitäten. Bedeutsam für die Studierenden sind die wechselhaften Konjunkturen der Berufsaussichten, von der mittlerweile alle Fachrichtungen betroffen sind, nicht nur die Geistes- und Sozialwissenschaftler (wie erstmals in den 70er Jahren). Dies verlangt nach mehr Anpassung an die Vorgaben des Arbeitsmarktes und die Bereitschaft zu Einbußen.

1.2 Theoretische Konzepte und Fragen

Die Aufarbeitung der politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Studierenden für den Zeitraum von 1983 bis 2007 bedarf einiger Vergewisserungen: Welche theoretischen Konzepte stehen zur Verfügung und werden benutzt? Welche Fragen und Vermutungen werden häufig geäußert? Auf welche Daten stützt sich der Bericht zum politischen Bewusstsein der Studierenden?

Theoretische Ansätze mittlerer Reichweite:

Partizipation, Demokratie und Zivilgesellschaft

Verlässliche Daten in einer langfristig angelegten Zeitreihe können nur von Fragen und Items erwartet werden, die theoretisch eingebunden und methodisch geprüft sind. Dies ist für alle Teile des Themenbereichs "Politische Orientierungen und gesellschaftliche Vorstellungen" im Studierenden-survey geschehen. Sie werden nachfolgend angeführt, um die Quellen zu belegen und den Interpretationsrahmen aufzuzeigen. Damit ist zugleich das Themenspektrum des Berichtes umrissen.

1. Politisches Interesse und Beteiligung:

Grundlegend sind die Arbeiten über die politische Partizipation mit den Stufen von Apathischen über das Publikum bis zu den Akteuren in der politischen Arena (Milbrath 1965). Ebenso bedeutsam sind frühe Studien über soziale und politische Verflechtungen aufgrund politischer Teilnahme (Reigrotzki 1957).

2. Politische Richtungen und Ziele

Die Auseinandersetzung mit dem Links-Rechts-Schema (Lapponce 1970, Bürklin 1980) und die Fassung politischer Grundrichtungen erfolgte anhand verschiedener Studien, etwa zum Konservativismus (Cloetta 1975); ergänzt durch die Aufarbeitung von Parteiprogrammen wurde eine eigene "Skala zu den politischen Zielen" (Bargel/Sandberger 1981) erstellt.

3. Demokratie und demokratische Einstellungen:

Die Überlegungen und die "Skala über die demokratischen Einstellungen" (Wildenmann/Kaase 1968, Kaase 1971) wurden

übernommen, orientiert an einer "Theorie der Demokratie" (Narr/Naschold 1971) und an Ausführungen über "Demokratie und Gesellschaft", insbesondere zur Konfliktakzeptanz und über die öffentlichen Tugenden (Dahrendorf 1965).

4. Politischer Protest und Aggressivität

Die Fragen zu Protestbereitschaft und zur Aggressivität des studentischen Verhaltens stützen sich auf die ausführliche Abhandlung "Aggressive Political Participation" (E. N. Muller 1979), dessen Messvorschläge adaptiert wurden. Wichtige Hinweise lieferte die Untersuchung zum politischen Extremismus (Infratest 1980).

5. Alternative Orientierungen und Mentalitäten

Auf der Basis historischer Ausführungen zu den alternativen Bewegungen seit der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart (Conti 1984) und anhand empirischer Untersuchungen über alternative Mentalitäten (Krause/Lehnert/Scherer 1980) wurde die eigene "Skala über alternative Orientierungen" (Bargel 1988) entwickelt.

6. Vorstellungen zum Gesellschaftsaufbau

Studien über "Ungleichheit und Mobilität im sozialen Bewusstsein" (Mayer 1975) bilden eine wichtige Quelle für den "Instrumentkomplex zum Gesellschaftsbild" mit subjektiven Indikatoren zur Ungleichheit, zum sozialen Aufstieg und zur Legitimität (Sandberger 1977), wobei für die Vorgaben zum Teil andere Untersuchungen herangezogen wurden (Willener 1957).

7. Gesellschaftliche Werte und Antinomien

Empirische Arbeiten über Wertstrukturen (Rokeach 1973) und zum Wertwandel (vgl. Inglehart 1977) liefern die Grundlagen für die Fragen zu den Lebensbereichen und gesellschaftlichen Werten, auch für die Erfassung von Entwicklungen (Kmieciak 1975), insbesondere bei der Jugend und den Studierenden (Klages 1984).

Mit der **Wiedervereinigung Deutschlands 1990** war es notwendig, nicht nur das Sample des Studierenden-surveys um Hochschulen und Studierende in den neuen Ländern zu erweitern, sondern ebenfalls zu klären, ob die Fragen und Items des Instrumentes für die Studierenden in den neuen Ländern verständlich sind. Dieser Klärung diene ein frühzeitiger Austausch hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung und Sozialisation der Studierenden in der ehemaligen DDR, ebenso ein Abgleich der Instrumentarien und Befunde, auch mit eigener empirischer Basis (vgl. Brämer/Heublein 1990, Bathke 1990). Es erwies sich, dass das Instrument geeignet ist, um die Differenzen und Übereinstimmungen von "Student und Politik im vereinten Deutschland" (Bargel 1994; Ramm 1994) aufzuzeigen.

Globalisierung und Internationalisierung

Ein gesonderter, aber wirksamer Aspekt ist die "Globalisierung" mit dem Zurückdrängen des Staates und der Vorherrschaft des Ökonomischen, auch ein Rückgang des Wohlfahrt-

staates und ein mehr an "Risikogesellschaft" (Beck 1986) - nicht zuletzt für Studierende im Hinblick auf ihre Zukunft wie ihren späteren Berufsweg. Solche Bedingungen verlangen mehr Anstrengung in die Reproduktion der eigenen Existenz und lassen daher weniger Raum und Kraft, darüber hinaus auf das Allgemeine zu blicken und sich öffentlich zu engagieren.

Mit dem Bologna-Prozess und der Schaffung des Europäischen Hochschulraumes haben sich diese Entwicklungen gebündelt: Dadurch soll mehr internationale Mobilität der Studierenden und eine bessere Studierbarkeit erreicht werden, die vielfach als effizienteres Studieren verstanden wird. Die Hochschulen in Europa sollen dadurch weltweit mehr Akzeptanz erfahren (Kehm 2008). Mit dem Einlassen auf den globalisierten Wettbewerb bei Bildung und Beruf wächst aber das Risiko letztlich zu den "Verlierern" zu gehören. Eine solche Ambivalenz zwischen Befürwortung und Befürchtung von Globalisierung und Internationalisierung könnte die Haltung vieler Studierender bestimmen, zumindest scheint das „Image“ des Bachelor dadurch geprägt (Bargel/Bargel/Dippelhofer 2008).

Immer wieder gestellte Fragen?

Wie sich das politische Interesse der Studierenden bis ins neue Jahrtausend entwickelt hat, das ist bislang kaum dokumentiert oder dargestellt. Die Befunde sprechen dafür, sich mit den politischen und demokratischen Haltungen, den Werten und Zielen dieser Studentengeneration aufmerksamer auseinander zu setzen.

Zum politischen Verhalten der Studierenden werden immer wieder ähnliche Fragen gestellt, die auch in diesem Bericht aufgegriffen und behandelt werden:

- Was ist aus dem politischen Interesse der Studierenden geworden?
- Wie steht es um die demokratische Haltung, sind die Studierenden als "sattelfest" zu charakterisieren?
- Welches Ausmaß hat die linke Radikalität behalten, neigt sie zur Gewaltamkeit?
- Wie rechts sind die Studierenden geworden, sind sie konservativer und konventioneller?
- Wer beteiligt sich in Fachschaften und Hochschulgremien und wer hat dort das Sagen?
- Wie stehen die Studierenden zum allgemein-politischen Mandat der Studentenvertreter?
- Haben die Studierenden noch alternative Träume oder sind sie weniger ideell, dafür pragmatischer?
- Wie ist ihre gesellschaftliche Sicht, was halten sie vom Leistungsprinzip, den Aufstiegschancen und der sozialen Gerechtigkeit?
- Wann protestieren die Studierenden und mit welcher Vehemenz? Hat ihre Protestbereitschaft noch aggressive Züge?

Ein besonderes Interesse richtet sich auf den **Wandel** im politischen Meinungsbild der Studierenden: Wie unterscheiden sie sich von den früheren Studentengenerationen, wie haben

sich ihre Präferenzen und Verhaltensweisen geändert, welche neuen Konturen und Kontroversen, welche möglichen Lagerbildungen zeichnen sich ab?

Der Studierendensurvey als empirische Grundlage

Zur Beantwortung solcher Fragen kann auf eine umfassende, repräsentative Erhebung bei den deutschen Studierenden zurückgegriffen werden, die über einen längeren Zeitraum deren politische und gesellschaftliche Vorstellungen, Intentionen und Verhaltensweisen erfasst. Der erste **Studierendensurvey** fand vor 25 Jahren statt: im Wintersemester 1982/83; mittlerweile liegt eine Zeitreihe von zehn Erhebungen vor; die letzte fand im WS 2006/07 statt.

Damit liegt eine einmalige Datenquelle für Fragen der Entwicklung und des Wandels für diesen Zeitraum vor. In diesem Bericht steht die zeitliche Entwicklung der politischen Haltungen für die deutsche Studierendenschaft an Universitäten und Fachhochschulen im Vordergrund. An den zehn Erhebungen zwischen 1983 und 2007 haben sich insgesamt fast 88.000 Studierende beteiligt; sie studieren an 25 Hochschulen, die über die Bundesländer streuen: Anlage und Durchführung des Studierendensurveys werden im Anhang erläutert.

Zur Präsentation der Daten

Der thematische Bereich "**Politischen Orientierungen und gesellschaftliche Vorstellungen**" bildete von Anfang an einen integralen Teil des Studierendensurveys. Trotz der Wichtigkeit dieses Bereiches von Politik und Gesellschaft wurden wegen anderer aktueller Schwerpunkte einzelne Fragen oder Items zeitweise ausgesetzt (entsprechend einem allgemeinen Rotationsprinzip für etwa ein Fünftel der Fragen).

In den Tabellen, Abbildungen und Textteilen wird jeweils darauf hingewiesen, auf welche Zeitpunkte und Erhebungen sich die Daten beziehen. Einzelne Ausfälle betreffen vor allem die aktuelleren Zeitpunkte von 2001 (8. Erhebung) und 2007 (10. Erhebung). Zur übersichtlicheren Darstellung wird außerdem zum Teil nur auf jene Zeitpunkte in der Darstellung (Tabellen, Abbildungen) zurückgegriffen, die für die Entwicklung signifikant sind und bestimmte Phasen charakterisieren. Da sich die Befunde der einzelnen Unterthemen (Interesse und Beteiligung, demokratische Haltungen, politische Richtungen und Ziele, alternative Orientierungen und Protest) jeweils gegenseitig stützen und in den allgemeinen Trend einfügen, erscheint dieses Vorgehen berechtigt.

Eine vollständige Wiedergabe aller Daten über die gesamte Zeitreihe ist dem **Datenalmanach** zu entnehmen (Simeaner u.a. 2007). Darin sind, thematisch gegliedert, alle Daten nach Hochschulart und Fachrichtung aufgeführt, auch jene über "Politische Vorstellungen und Partizipation". Er ist im Internet über die Homepage der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz vollständig ausgelegt: <http://www.uni-konstanz.de/studierendensurvey>.

2 Politisches Interesse und Partizipation

Über die Entwicklung des politischen Interesses der Studierenden werden unterschiedliche Diagnosen gestellt. Auskunft dazu geben die studentischen Antworten zu den Fragen nach ihrem politischen Interesse und nach dem Stellenwert von Politik und öffentlichem Leben. Für die politische Partizipation ist zugleich aufschlussreich, welche Form der Beteiligung die Studierenden wählen: Bevorzugen sie die Teilnahme in einer formalen Organisation (wie z.B. in Parteien) oder sind sie eher in informellen Gruppierungen (wie z.B. Bürgerinitiativen)? Wie hat sich zudem ihre Urteilsfähigkeit und ihre Verantwortlichkeit im politischen Feld entwickelt, denn beides sind wichtige Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung.

2.1 Politisches Interesse und Stellenwert von Politik

Die Frage nach dem politischen Interesse ist zwar ein einfacher, aber durchaus aussagekräftiger Indikator für die Einstellung zur Politik zwischen aktiver Aufmerksamkeit und passiver Distanz (vgl. Milbrath 1965). Damit ist eine wichtige Komponente zur Verortung der Studierenden im politischen Feld erfasst: die Aufgeschlossenheit für das öffentliche Geschehen.

Starker Rückgang des politischen Interesses

Die Zeitreihe zum politischen Interesse der Studierenden dokumentiert im Trend einen drastischen Rückgang, trotz gewisser Konjunkturen. Wenige Haltungen der Studierenden haben sich im Zeitraum zwischen 1983 und 2007 dermaßen geändert, wie sich im Vergleich von drei Zeitpunkten eindringlich zeigt:

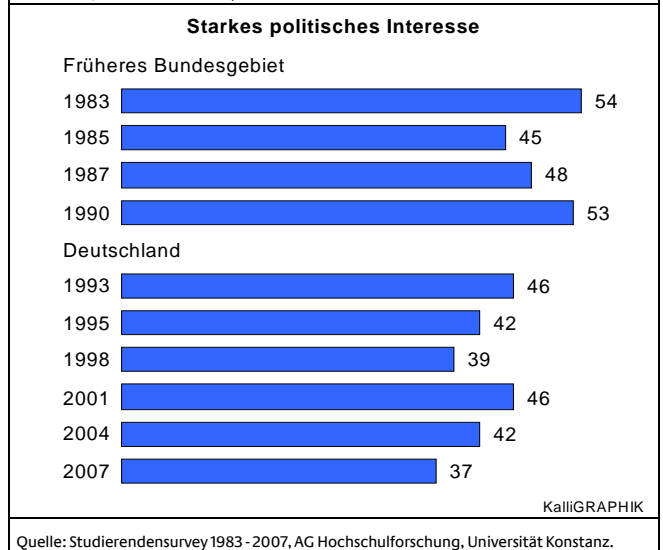
- 1983 bezeichnen sich **54%** der Studierenden als stark politisch interessiert;
- 1993 ist dieser Anteil Studierender mit starkem politischen Interesse auf **46%** gefallen;
- 2007 stufen sich nur noch **37%** der Studierenden als stark politisch interessiert ein.

Die an Politik stark interessierten Studierenden sind von einer knappen Mehrheit zu einer Minderheit geschrumpft. Im Jahr 2007 gestehen 21% der Studierenden ein, kein oder nur ein geringes politisches Interesse zu haben. In naher Zukunft ist eine erneute, stärkere Zunahme des politischen Interesses bei den Studierenden nicht zu erwarten - vielmehr hat sich offenbar ihr politisches Interesse auf niedrigem Niveau eingependelt. Für Studierende, die die kommende gesellschaftliche Elite bilden und wichtige Berufspositionen einnehmen werden, muss dieser Rückzug aus dem Feld der Politik als problematisch gelten, weil er zugleich einen Abschied von öffentlicher Verantwortung darstellt.

Abbildung 1

Politisches Interesse der Studierenden (1983 - 2007)

(Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark interessiert; Angaben in Prozent für Kategorien 5-6 = stark politisch interessiert)



Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Mehr politisches Desinteresse bei Studentinnen

Beim politischen Interesse besteht ein auffälliger Unterschied nach dem Geschlecht, und zwar in allen Erhebungen seit 1983. Der Rückzug aus der Politik ist bei den Studentinnen noch stärker als bei den Studenten ausgefallen: Der Anteil mit starkem politischen Interesse ist bei den Studentinnen zwischen 1983 und 2007 von 45% auf nur 29% zurückgegangen; bei den Studenten ist der Rückgang von 58% auf 47% nicht ganz so extrem.

Von den Studentinnen äußern sich 2007 mittlerweile 26% als an Politik gänzlich desinteressiert, von den Studenten mit 16% weit weniger. Diese geäußerte weibliche Passivität gegenüber der Politik steht in gewissem Widerspruch zu den Appellen eines „Gender Mainstreaming“, d.h. für mehr Partizipation der Frauen im öffentlichen Bereich.

Geringeres politisches Interesse an Fachhochschulen

An den Universitäten war bis zum Ende der 90er Jahre das politische Interesse der Studierenden stets deutlich höher als an den Fachhochschulen. Die Abnahme politisch Interessierter erfolgte demnach zwischen 1983 und 1993 fast parallel an beiden Hochschularten:

- an den Universitäten von 55% auf 44%;
- an den Fachhochschulen von 45% auf 35%.

Im neuen Jahrtausend ist eine auffällige Annäherung im politischen Interesse der Studierenden an beiden Hochschularten eingetreten: An den Universitäten äußern 2007 nurmehr 37% der Studierenden, an den Fachhochschulen 33% ein starkes Interesse an Politik (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1
Politisches Interesse der Studierenden nach Hochschulart und Fachrichtungen (1983, 1993 und 2007)
(Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark; Angaben in Prozent für Kategorien 5-6 = stark politisch interessiert)

Starkes politisches Interesse	1983	1993	2007	Rückgang ¹⁾
Universitäten	55	44	37	-18
Kulturwissenschaften	56	47	39	-17
Sozialwissenschaften	64	47	45	-19
Rechtswissenschaft	66	61	55	-11
Wirtschaftswissensch.	61	49	41	-20
Medizin	48	32	27	-21
Naturwissenschaften	48	38	30	-18
Ingenieurwissenschaften	47	41	36	-11
Fachhochschulen	45	35	33	-12
Sozialwissenschaften	58	44	32	-26
Wirtschaftswissensch.	46	41	32	-14
Ingenieurwissenschaften	41	32	35	-6

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) in Prozentpunkten zwischen 1983 und 2007.

Erheblicher Wandel im politischen Interesse nach Fächergruppen

Die Verhältnisse in den Anteilen politisch interessierter Studierender in den verschiedenen Fachrichtungen haben sich zwischen 1983 und 2007 entscheidend gewandelt. Im Vergleich der Fächergruppen an **Universitäten** lagen im Hinblick auf das starke politische Interesse in den 80er Jahren die **Juristen** (66%) und die **Sozialwissenschaftler** (64%) nahezu gleich auf an der Spitze: eine gewisse Konfrontation im politischen Engagement. Nun weisen 2007 die **Juristen** mit Abstand das höchste Interesse auf: Immer noch sind von ihnen 55% stark politisch interessiert - sie stehen allein im Vordergrund der politischen Bühne.

Mit gewissem Abstand folgen drei Fachrichtungen: die Sozialwissenschaften (zurückgefallen auf 45%), die Wirtschaftswissenschaften (halten sich bei 41%) knapp vor den Kulturwissenschaften (39%). In den anderen universitären Fachrichtungen ist das politische Interesse noch geringer: Am stärksten hat es sich in der Medizin verringert, wo nur noch 27% ein hohes politisches Interesse angeben, damit weniger als in den Ingenieurwissenschaften (36%) oder Naturwissenschaften (30%).

An den **Fachhochschulen** dominierten 1983 mit 58% hohem politischem Interesse eindeutig die Studierenden der **Sozialwissenschaften (Sozialwesen/Sozialarbeit)**. Gegenwärtig ist das politische Interesse der Studierenden aller drei Fachrichtungen an dieser Hochschulart viel geringer. Der Rückgang ist am größten bei den Studierenden des Sozialwesens, wo fast von einem Absturz im politischen Interesse gesprochen werden kann: 26 Prozentpunkte weniger. Nun besteht sogar ein gewisser Vorsprung im politischen Interesse für die **Ingenieurwissenschaften** (35%) vor den **Sozial-** und den **Wirtschaftswissenschaften** (jeweils 32%) an Fachhochschulen.

Die Intensität des politischen Interesses ist in allen Fächergruppen zurückgegangen, allerdings in ganz unterschiedlichem Ausmaß. Er fiel in den Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten sowie in der Rechtswissenschaft geringer aus; dagegen war er in den Sozialwissenschaften (Fachhochschule wie Universität) viel größer. Dadurch haben sich die Relationen zwischen den Fächergruppen und ihre Präsenz im politischen Feld verschoben. Dieser Wandel kann als eine Verschiebung in den Machtverhältnissen zwischen den Studierenden der verschiedenen "Fakultäten" an den Hochschulen gesehen werden. Es hat sich eine gewisse Dominanz der Juristen ausgebildet und ihr Widerpart aus den Sozialwissenschaften hat sich entscheidend abgeschwächt.

Geringerer Stellenwert von Politik und öffentlichem Leben

Ein weiteres Indiz für den Rückzug der Studierenden aus der Politik ist der von ihnen dem Lebensbereich "Politik und öffentliches Leben" zugeschriebene Stellenwert. Dadurch wird indiziert, welche Wichtigkeit für die Studierenden das „Öffentliche“ einnimmt und inwieweit ihr Handeln an „öffentlichen Tugenden“ ausgerichtet ist (vgl. Dahrendorf 1965). Die Wichtigkeit von Politik und Öffentlichkeit wird von den Studierenden 2007 wieder seltener als hoch eingestuft, ähnlich wie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Für den Lebensbereich **Politik und öffentliches Leben** geht die Einstufung als sehr wichtig im langfristigen Trend von 39% (1983), über 32% (1993) auf nur noch 28% (2007) zurück (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2
Wichtigkeit von Politik und öffentlichem Leben für die Studierenden (1983 - 2007)

(Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr wichtig; Angaben in Prozent für Kategorien 0-2 = weniger wichtig, 3-4 = eher wichtig, 5-6 = sehr wichtig)

Früheres Bundesgebiet	Politik und öffentliches Leben			Insgesamt
	wenig wichtig	eher wichtig	sehr wichtig	
1983	18	43	39	100
1985	22	45	33	100
1987	22	46	32	100
1990	18	45	37	100
Deutschland				
1993	23	45	32	100
1995	25	46	29	100
1998	28	45	27	100
2001	21	46	33	100
2004	22	46	33	100
2007	26	46	28	100

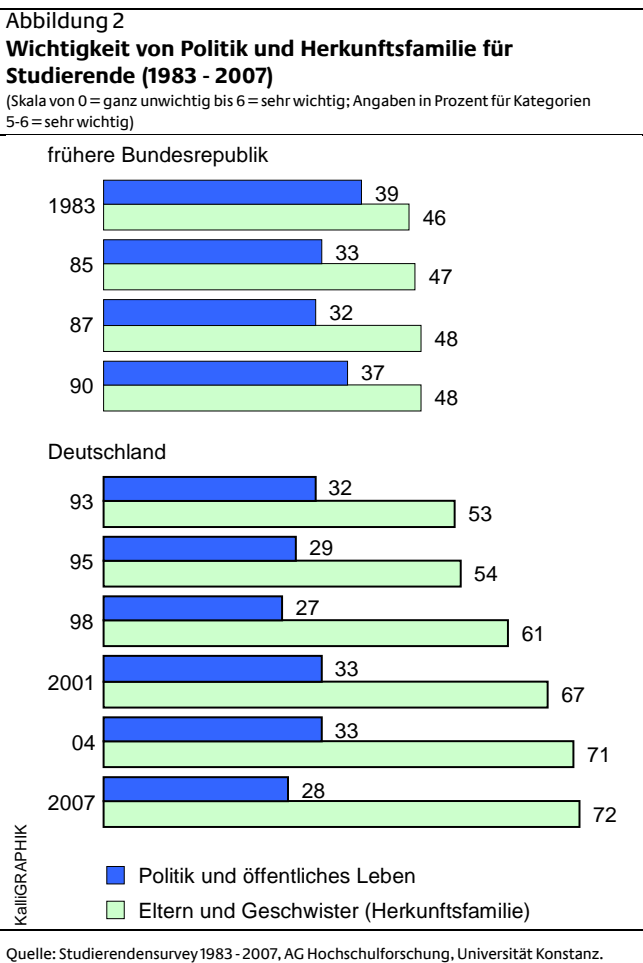
Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Der Niedergang des Politischen bei den Studierenden ist nicht erst im neuen Jahrtausend eingetreten; er zeichnete sich bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ab. Es handelt sich demnach um einen längerfristigen Trend, der 2007 erneut einen Tiefpunkt erreicht hat. Der Abschied vieler Studierender vom öffentlichen Leben erscheint als nachhaltiger Prozess mit geringen Aussichten einer kurzfristigen Umkehr.

Rückgang des Öffentlichen zugunsten des Privaten

Die Abnahme des politischen Interesses der Studierenden ist begleitet von einer starken Zunahme der Wertschätzung für den Lebensbereich „Eltern und Geschwister“, d.h. für die Herkunftsfamilie. Die Einschätzung dieses privaten Lebensbereichs der Familie als „sehr wichtig“ steigt von 46% (1983) zuerst auf 53% (1993), dann über 67% (2001) bis auf 72% (2007). Im Jahr 2007 stellen sowohl die Werte für **Politik und öffentliches Leben** (28%) als auch für **Eltern und Geschwister** (72%) jeweils ein Extrem in der Zeitreihe dar: zum einen den niedrigsten, zum anderen den höchsten Wert (vgl. Abbildung 2).

Im Stellenwert von Öffentlichem und Privaten hat sich in den letzten 25 Jahren ein eindrücklicher Wandel vollzogen: Noch 1983 erscheinen beide Bereiche den Studierenden als fast gleich gewichtig. Seitdem hat sich die Schere immer weiter geöffnet: Schon 1993 besitzt das Privat-Familiäre ein deutliches Übergewicht und bis 2007 haben sich die Verhältnisse weiter zugunsten des Privaten verschoben.



Die starke Renaissance der Herkunftsfamilie, verstanden als eine Rückbesinnung auf die private Einbindung und Tradition, ist von einiger Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung (vgl. Dahrendorf 1967). Denn ein Vorherrschen "pri-

vater Tugenden", bei einem Nachlassen der "öffentlichen Tugenden", kann als problematisch für die Demokratie angesehen werden. Es mag durchaus sein, dass das „Öffentliche“ den Studierenden allzu sehr als „Spektakel und Inszenierung“ erscheint, von dem sie sich abwenden. Folglich bedürfte es einer ernsthaften Rekonstruktion des Öffentlichen, um wieder die Anteilnahme der Studierenden daran zu gewinnen.

2.2 Mitwirkung in Parteien und Initiativen

Die Mitwirkung in Parteien und Initiativen ist ein konkreter Beleg für die gesellschaftliche Einbindung und das politische Engagement (vgl. Reigrotzki 1957). In diesem Zusammenhang ist von Interesse, inwieweit sich die Studierenden in festen Organisationen (wie Parteien, Gewerkschaften) beteiligen, oder ob sie die Betätigung in Initiativen, bei Aktionsprogrammen oder in sozialen Gruppierungen vorziehen. Aufgrund ihrer sozialen Situation, als eine Phase der Entwicklung und des Übergangs, hatten die Studierenden schon früher eine größere Distanz zu formellen Organisationen und eine Präferenz für Aktionen und Bewegungen (vgl. Adam 1965).

Abschied von Bürgerinitiativen und von Parteien

Die "Mitarbeit in politischen Parteien" steht für die formelle, die "Beteiligung an Bürgerinitiativen" für die informelle Mitwirkung am politischen Geschehen. In der Tat geben die Studierenden in allen Erhebungen häufiger die Beteiligung in Bürgerinitiativen an als die Mitarbeit in einer politischen Partei. Insofern bestätigt sich die grundlegende Annahme einer studentischen Bevorzugung von informellen Mitwirkungsformen, ohne längerfristige Bindungen:

- An **Bürgerinitiativen** haben sich 1995 insgesamt 60% nicht beteiligt (und hatten es auch nicht vor); dieser Anteil stieg bis 2004 auf 72% an, was eine Abwendung von den Bürgerinitiativen in knapp zehn Jahren um 12 Prozentpunkte bedeutet.
- Bei den **politischen Parteien** steigt der Anteil völlig distanzierter Studierender von 74% (1995) auf 79% (2004). Der Rückgang bei den Bürgerinitiativen ist demnach deutlich stärker ausgefallen als bei den politischen Parteien.

Tabelle 3
Mitwirkung von Studierenden in politischen Parteien und in Bürgerinitiativen (1995, 1998 und 2004)
 (Angaben in Prozent)

Politische Parteien	Mitarbeit oder Beteiligung ¹⁾				Insgesamt
	ja, regelmäßig	ja, manchmal	nein, habe es vor	nein, auch nicht vor	
1995	2	5	19	74	100
1998	2	4	17	77	100
2004	2	4	15	79	100
Bürgerinitiativen					
1995	2	17	21	60	100
1998	2	16	18	64	100
2004	2	11	15	72	100

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
 1) 2007 nicht erhoben.

Der **Kreis an aktiven Studierenden** beträgt für die Bürgerinitiativen nur mehr 13%; bei den politischen Parteien liegt er nun bei 6%. Dabei ist bemerkenswert, dass der Kern der Aktivist*innen, die sich regelmäßiger beteiligen, bei Parteien wie Bürgerinitiativen unverändert und gleichermaßen 2% beträgt. Damit ist eine Annäherung im Umfang vorgesehener Aktivitäten zwischen beiden Formen der politischen Partizipation erfolgt.

Auch in Zukunft werden weder Bürgerinitiativen noch politische Parteien mit einem größeren Zulauf von Studierenden rechnen können. Denn der Anteil Studierender, die für später eine Beteiligung vorhaben, ist bei den Bürgerinitiativen von 21% (1995) auf 17% (2004) gefallen, bei den politischen Parteien im gleichen Zeitraum von 19% auf 15%. Demnach ist auch bei der potentiellen Mitwirkung ein Rückgang festzustellen, der ebenfalls als nachhaltiger Prozess einzustufen ist.

Politische Mitwirkung nach Fächergruppen

In der Regel sind Studierende der verschiedenen Fachrichtungen eher in einer Bürgerinitiative tätig als in einer politischen Partei zu finden. Aber die Differenzen zwischen beiden Beteiligungsformen sind nicht über alle Fachrichtungen gleich. In **Bürgerinitiativen** beteiligen sich 2004 die Studierenden des Sozialwesens an Fachhochschulen (24%) und der Sozialwissenschaften an Universitäten (18%) am häufigsten. Bei dieser informellen Mitwirkung haben sie ihren traditionellen Vorsprung gehalten. Am wenigsten wirken Studierende der Wirtschaftswissenschaften (an Universitäten wie Fachhochschulen) in Bürgerinitiativen mit; ebenso wenig sind es in der Medizin - mit jeweils nur 8% Beteiligung in diesen Fachrichtungen.

Die **Parteien** sprechen zwar ebenfalls Studierende der Sozialwissenschaften an (8%), aber in nahezu gleichem Umfang die der Rechtswissenschaft an Universitäten und der Wirtschaftswissenschaften an Fachhochschulen (jeweils 7% aktive Beteiligung). Am geringsten ist die Mitwirkungsquote in Parteien bei Studierenden der Naturwissenschaften mit nur 3%.

Tabelle 4
Politische Mitarbeit in Parteien und Bürgerinitiativen nach Fachrichtungen (WS 2003/04)

(Angaben in Prozent für Kategorien „manchmal“ und „häufig“ zusammen)

Universitäten	Bürgerinitiativen	Politische Parteien
Kulturwissenschaften	14	6
Sozialwissenschaften	18	8
Rechtswissenschaft	11	7
Wirtschaftswissenschaften	8	4
Medizin	8	5
Naturwissenschaften	11	3
Ingenieurwissenschaften	12	5
Fachhochschulen		
Sozialwissenschaften	24	5
Wirtschaftswissenschaften	8	7
Ingenieurwissenschaften	14	6

Quelle: Studierenden survey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) 2007 nicht erhoben.

Differenzen bei den Beteiligungsformen

Aufschlussreich ist außerdem die Differenz zwischen den verschiedenen Fachrichtungen bei diesen beiden Formen der Beteiligung, entweder in Parteien oder bei Bürgerinitiativen:

- Studierende der **Sozialwissenschaften** üben beide Formen öfters aus; allerdings besteht bei ihnen ein klarer Vorsprung für die Bürgerinitiativen, die sie wegen ihrer mehr idealistischen Grundhaltung bevorzugen.
- In der **Rechtswissenschaft** besteht gegenüber den Bürgerinitiativen eine gewisse Distanz. Aber die Betätigung in einer politischen Partei ist bei ihnen vergleichsweise häufiger, weil sie ihren eher formellen Karriereansprüchen mehr entspricht.
- Kaum einen Zugang zu der einen wie der anderen Form politischer Beteiligung suchen die Studierenden der **Medizin** und der **Wirtschaftswissenschaften** an Universitäten.
- Weniger groß ist mittlerweile die Zurückhaltung bei Studierenden der **Ingenieurwissenschaften** an Universitäten wie Fachhochschulen, die in Bürgerinitiativen wie in Parteien etwas häufiger als früher mitwirken.

Die geringe Quote von politischem Interesse und aktiver Mitwirkung, gleichgültig in welcher Form, verweist auf eine verbreitete politische Passivität in vielen Fachrichtungen, die in der Medizin und in den Wirtschaftswissenschaften häufig Züge von Apathie angenommen hat. Die Differenz zwischen Jura und Sozialwissenschaften hat einige Tradition eines unterschiedlichen Machtverständnisses: Die angehenden Juristen suchen eher die formellen Formen und konventionelle Wege einer Herrschaftsausübung, die Sozialwissenschaftler eher die informellen Wege einer Einflussnahme und Machthabe.

Rückgang der Beteiligung in anderen politischen Gruppen

Eine Reihe anderer politischer Gruppen kann für Studierende eine Plattform für Engagement und Mitwirkung am öffentlichen Leben sein, die bei einer Beschränkung auf Parteien und Bürgerinitiativen übersehen werden könnten. Daher wird ebenfalls nach der Mitarbeit und Beteiligung in Gewerkschaften, Umweltgruppen, Menschenrechtsgruppen sowie in Frauen/Männergruppen gefragt.

In allen diesen politischen Gruppierungen ist für den Zeitraum von 1995 bis 2004 ein Rückgang oder eine Stagnation in der studentischen Mitwirkung festzustellen (die sich in 2007 fortgesetzt haben dürfte):

- Die Zunahme der Abstinenz ist am größten bei den **Umweltschutzgruppen**, und zwar um beachtliche 19 Prozentpunkte: von 43% (1995) auf 62% (2004) prinzipiell teilnahmsloser Studierender, die sich weder aktuell noch zukünftig engagieren wollen.
- Gering ist der Rückgang bei den **Menschenrechtsgruppen** (minus 2 Prozentpunkte) und ebenfalls bei den **Frauen- bzw. Männergruppen** (mit minus 3 Prozentpunkten); auch bei den **Gewerkschaften** gibt es eine etwas geringere Beteiligung der Studierenden.

Die **Beteiligungsformen** der Studierenden weisen für 2004 eine klare Stufung auf, weil alle Möglichkeiten der Partizipation von einem Rückgang betroffen sind; diese Stufung dürfte auch 2007 unabhängig von kleinen prozentualen Änderungen weitgehend Bestand haben:

1. Die meisten Studierenden sind nach wie vor in einer **Umweltschutzgruppe** aktiv, trotz des Rückgangs von 21% auf nur noch 14%.

2. Es folgen die **Bürgerinitiativen** mit 12% Aktiven, wenn gleich die meisten nur manchmal sich beteiligen (darunter 2% regelmäßig).

3. Danach folgen die **Menschenrechtsgruppen** (mit einem gewissen Rückgang von 9% auf 7%), die einem Teil der Studierenden wichtig geblieben sind.

4. Erst dann platzieren sich die **politischen Parteien** (mit 6%), die nur recht wenige Studierende zur aktiven Mitarbeit erreichen.

5. In den **Frauen-/Männergruppen** sind nicht mehr als 4% der Studierenden aktiv (früher noch 6%), wobei die Studentinnen kaum öfters in ihnen mitwirken, und zwar zu 5%.

6. Schließlich wird die Mitwirkung in **Gewerkschaften** am seltensten gesucht: 3% der Studierenden (früher 4%) sind manchmal oder regelmäßig bei ihnen aktiv.

Gestiegene Teilnahmslosigkeit in allen politischen Feldern

Anhand der behandelten Indikatoren ist zu bilanzieren, dass die Bindung in Gesellschaft und Gemeinschaft unter den Studierenden erheblich nachgelassen hat. Nicht nur die Apathie hat unter ihnen zugenommen, sondern auch ein Mehr an Entfremdung ist bei ihnen zu beobachten - die nicht zuletzt durch Unübersichtlichkeiten und affektive Distanz bestimmt ist. Der Verlust an Bindung, der sich in den distanzierteren Haltungen und einer nachlassenden Mitwirkung ausdrückt, weist auf zunehmende Desintegration und Anomie hin. Der Rückzug auf den privaten Bereich und die Abwendung von öffentlichem Engagement ist eine weitere beachtenswerte Tendenz, bedeutet sie doch einen Verzicht auf öffentliche Verantwortung und ihre Einübung in der Studienphase.

2.3 Voraussetzungen für politisches Interesse und Partizipation

Für das Interesse an Politik ist maßgeblich, ob die politischen Verhältnisse als erfassbar gelten und ein Urteil über das Geschehen möglich scheint; ebenso wichtig dürfte sein, dass man davon überzeugt ist, eine öffentliche Verantwortung zu haben, d.h. Gleichgültigkeit gegenüber Politik als verantwortungslos gilt. Sowohl die kognitive Komponente (Urteilsfähigkeit) als auch die moralische Komponente (Verantwortlichkeit) stehen mit dem politischen Interesse in einem engen Zusammenhang (vgl. Lind/Sandberger/Bargel 1985).

Kognitive Komponente: Urteilsfähigkeit

Interesse und Teilnahme am öffentlichen Geschehen werden unterstützt durch die Nachvollziehbarkeit und Verstehbarkeit

von Politik. Denn erscheint sie als undurchschaubar oder unübersichtlich, wird einer solchen Überforderung ausgewichen und das Interesse daran geht zurück.

In den letzten Jahren ist eine Verringerung dieser kognitiven Kompetenz bei den Studierenden eingetreten. Sie gestehen häufiger ein, dass für sie die politischen Vorgänge allzu kompliziert geworden sind und sie deshalb Urteilsprobleme haben: Dies bestätigten 1985 insgesamt 15%, aber 54% lehnten dies für sich ab; bei der Erhebung 2004 (zuletzt erfragt) lehnen es nur noch 46% ab, aber 18% halten es für völlig zutreffend. Es handelt sich um keine größere, aber bezeichnende Verschiebung in den Zuschreibungen der Studierenden über ihre Urteilsfähigkeit zur Politik (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5
Kompliziertheit von Politik im Urteil der Studierenden (1985, 1995, 2004)
 (Skala von 0 = stimmt überhaupt nicht bis 6 = stimmt voll und ganz; Angaben in Prozent für Kategorien 0-2 = stimmt wenig, 3-4 = eher, 5-6 = stimmt völlig)

Kompliziertheit von Politik	1985	1995	2004 ¹⁾	
wenig	54	57	46	-
eher	31	31	36	
völlig	15	12	18	
Insgesamt	100	100	100	

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
 1) Item 2007 nicht erhoben

Moralische Komponente: Verantwortlichkeit

Die moralische Aussage, dass **politische Gleichgültigkeit verantwortungslos** sei, bejahten 1983 noch 64% der Studierenden in starkem Maße, nur 10% befürworteten sie nicht. Nach der Jahrtausendwende stimmen 2004 in überzeugter Weise nur mehr 50% zu; immerhin 14% finden sich damit ab oder verneinen diese moralische Forderung sogar (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6
Verantwortlichkeit gegenüber Politik im Urteil der Studierenden (1985, 1995, 2004)
 (Skala von 0 = stimmt überhaupt nicht bis 6 = stimmt voll und ganz; Angaben in Prozent für Kategorien 0-2 = stimmt wenig, 3-4 = eher, 5-6 = stimmt völlig)

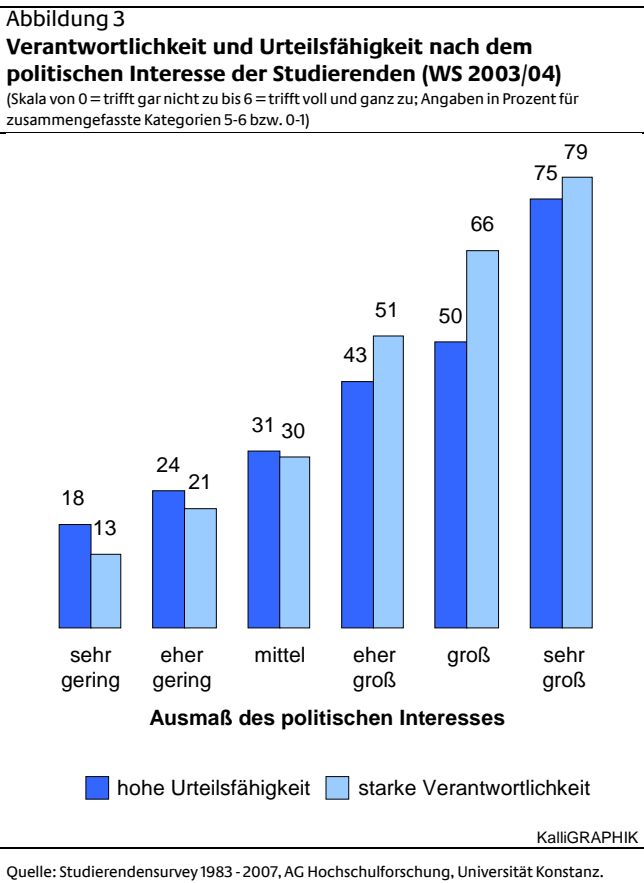
Gleichgültigkeit ist verantwortungslos	1985	1995	2004 ¹⁾
wenig	12	14	13
eher	28	34	36
völlig	60	52	51
Insgesamt	100	100	100

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
 1) Item 2007 nicht erhoben

Die Abnahmen bei der moralischen Verpflichtung zur Politik und bei der kognitiven Urteilsfähigkeit über das politische Geschehen sind zwar nicht so erheblich wie bei der Verringerung des politischen Interesses, aber sie sind bemerkenswert und stützen die Distanz vieler Studierender gegenüber der allgemeinen Politik und einer öffentlicher Betätigung.

Denn das politische Interesse wird in starkem Maße durch die kognitive Kompetenz und die moralische Verpflichtung gestützt: Die Korrelation beträgt +.49 bei der moralischen und -.41 bei der kognitiven Kompetenz (negative Formulierung des Items). Dies kann als ein recht enger Zusammenhang aufgefasst werden, der sich veranschaulichen lässt, wenn die Verteilung dieser beiden Komponenten nach der Stärke des politischen Interesses betrachtet wird.

Ein hohes politisches Interesse wird fast durchweg von der starken Bejahung der Verantwortlichkeit gestützt (79%) und ist von einer überzeugten Urteilsfähigkeit getragen (75%). Ganz anders bei geringerem Interesse am politischen Geschehen: Dann schreibt sich höchstens ein Viertel dieser Studierenden eine kognitive Kompetenz zu und akzeptiert die moralische Verpflichtung (vgl. Abbildung 3).



Bei geringerer Akzeptanz einer öffentlichen Verantwortlichkeit und bei schwächerer politischer Urteilsfähigkeit kann es nicht ausbleiben, dass das politische Interesse zurückgeht. Auffällig ist außerdem, dass bei großem politischem Interesse die Stellungnahmen entschiedener ausfallen, während bei einem schwächeren politischen Interesse auch die moralische Verpflichtung zur Politik ebenso wie die Verstehbarkeit des politischen Geschehens uneindeutiger eingeschätzt werden.

Stützen der demokratischen Partizipation: Interesse, Verantwortlichkeit und Urteilsfähigkeit

Als Voraussetzungen demokratischer Partizipation werden drei Komponenten angeführt: die kognitive, die affektive und die evaluative Komponente (Almond/Verba 1963, S. 21). Ihre Kombination bestimmt, wie die Haltung zur Beteiligung ausfällt: als Bindung (allegiance), als Apathie (apathy) oder als Entfremdung (alienation). Im Studierendensurvey werden alle drei Komponenten erfasst.

Sowohl die Mitarbeit in Bürgerinitiativen als auch die Mitwirkung in einer Partei geschehen in größerem Umfang, wenn alle drei Komponenten für die Studierenden zusammen kommen. Jede einzelne Komponente erhöht die Teilnahme: was sich darin ausdrückt, dass in den Parteien und Bürgerinitiativen jene Studierenden tätig sind, die ein hohes Interesse zeigen, Gleichgültigkeit für verantwortungslos halten und sich eine hohe Urteilsfähigkeit zuschreiben (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7
Beteiligung in Bürgerinitiativen und Parteien und Komponenten des affektiven Interesses, der moralischen Verantwortlichkeit und der kognitiven Urteilsfähigkeit (WS 2003/04)
 (Angaben in Prozent)

Teilnahme in ...	Politisches Interesse hoch	Verantwortlichkeit hoch	Urteilsfähigkeit hoch
Bürgerinitiativen			
ja, regelmäßig	73	68	51
ja, gelegentlich	60	67	41
nein, später	54	61	31
nein, nie	36	45	28
Parteien			
ja, regelmäßig	86	80	68
ja, gelegentlich	75	72	55
nein, später	67	70	43
nein, nie	35	45	26

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Für die Mitwirkung in Parteien ist offenbar im Vergleich zur Beteiligung an Bürgerinitiativen ein deutliches Mehr an politischem Interesse, an moralischer Verpflichtung und kognitiver Kompetenz vonnöten. Vor allem die Verantwortlichkeit hebt die völlig Desinteressierten deutlich von den anderen Studierenden ab, seien diese nun regelmäßige Aktivisten, gelegentliche Helfer oder potentielle Kandidaten für die Zukunft.

Da sich im Hinblick auf ein öffentliches Engagement und die Mitarbeit in Parteien oder anderen Gruppierungen alle drei Komponenten als bedeutsam erweisen, reicht es für eine Stärkung der Partizipation nicht aus, nur an das affektive Interesse zu appellieren, vielmehr bedürfte es einer Bildung der Urteilsfähigkeit und einer Stärkung der Verantwortungsbereitschaft durch rechtzeitige Möglichkeiten der Übernahme und Ausübung von öffentlicher Verantwortung.

3 Politische Positionen: Richtungen und Lager

Die politischen Positionen der Studierenden können auf drei Ebenen untersucht werden: der sehr allgemeinen Links-Rechts-Einstufung, der Haltung gegenüber politischen Grundrichtungen und der konkreten Unterstützung einzelner politischer Ziele. Dabei ist nicht nur die zeitliche Entwicklung aufschlussreich, sondern auch die Veränderungen in den Zusammenhängen. Insbesondere das Profil der politischen Ziele für die Anhänger verschiedener politischer Grundrichtungen liefert Einblicke in mögliche Koalitionen und Kontroversen. Dadurch wird ersichtlich, wie sich das politische Verständnis der Studierenden gewandelt hat. Der zeitliche Vergleich belegt einen nachhaltigen politischen Meinungswandel in der Studentenschaft.

3.1 Einordnung im Links-Rechts-Schema

Die Bestimmung der politischen Position zwischen Links und Rechts wird oft als überholt angesehen, weil sie nicht mehr zutreffend Überzeugungen zusammenfasst (vgl. Klingemann 1972). Die befragten Studierenden können sie zumindest vornehmen, allerdings sind zwei Frage daran zu richten: Erstens, wie viele Studierende verweigern diese Einschätzung, und zweitens, welche politischen Richtungen und Ziele verbinden sich mit dieser Einstufung – ergeben sich sinnvolle Profile bei einer solchen Zuordnung?

Mehr Urteilsenthaltungen beim politischen Standort

Zwischen 1983 und 1998 hatte sich der Anteil Studierender, die keine Einordnung ihrer politischen Richtung im Links-Rechts-Spektrum vornehmen wollten, kaum verändert: Der Anteil lag durchweg bei etwa 10%. Erst mit dem neuen Jahrtausend ist die Urteilsenthaltung sprunghaft angestiegen und hat sich 2001 und 2007 bei 15% bzw. 16% eingependelt; damit hat sie sich auf recht hohem Niveau stabilisiert (vgl. Tabelle 8).

Die häufigere Enthaltung spricht dafür, dass das Links-Rechts-Schema einem größeren Teil der Studierenden nicht mehr zutreffend zur Kennzeichnung ihres politischen Standortes erscheint; es könnte aber auch daran liegen, dass mit dem geringeren politischen Interesse die Einnahme politischer Positionen sich in grundsätzlicher Weise abgeschwächt hat.

Bei dem Verzicht auf eine Einstufung im Links-Rechts-Spektrum besteht ein bezeichnender Unterschied zwischen Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen: An den Fachhochschulen war er stets etwas größer, in früheren Zeiten um vier bis sechs Prozentpunkte mehr. Im neuen Jahrtausend hat sich diese Differenz verringert und beträgt 2007 nur noch zwei Prozentpunkte: 14% an Universitäten, 16% an Fachhochschulen sehen von einer Einordnung ab.

Weniger Studierende ordnen sich politisch als „links“ oder als „rechts“ ein

Die meisten Studierenden sind nach wie vor in der Lage, die Einordnung ihres Standortes im Links-Rechts-Schema vorzunehmen, wobei sich aufschlussreiche Entwicklungen zwischen 1983 und 2007 ergeben (vgl. Tabelle 8).

- Der Anteil Studierender ist gesunken, der sich als **klar links** einstuft: von 29% auf 25%, nachdem zwischenzeitlich, Mitte der 90er Jahre, der Anteil auf ein Drittel gestiegen war.
- Die Anteile Studierender, die sich entweder **eher als links** (25% bis 27%) oder **eher als rechts** (10% bis 13%) verstehen, hat im Zeitverlauf weniger geschwankt.
- Ein gewisser Rückgang ist auch bei jenen festzustellen, die sich als **klar rechts** bezeichnen: von 5% bis 6% (in den 80er Jahren) auf 2% bis 3% im neuen Jahrtausend.

Tabelle 8

Selbsteinordnung der Studierenden zwischen Links und Rechts im Vergleich zur Bevölkerung (1983 - 2007)

(Skala von links = 1 bis 7 = rechts und „kann ich nicht beurteilen“ = 8; Angaben in Prozent für Kategorien 1-2 = klar links, 3 = eher links, 4 = Mitte, 5 = eher rechts, 6-7 = rechts, 8 = kein Urteil)

Früheres Bundesgebiet	Politische Richtung ¹⁾					
	klar links	eher links	Mitte	eher rechts	klar rechts	kein Urteil
1983	29	26	19	12	5	9
1985	29	25	19	11	6	10
1987	29	25	19	13	5	9
1990	29	27	19	12	4	9
Deutschland						
1993	33	25	20	10	3	9
1995	32	26	20	11	3	8
1998	30	26	20	11	3	10
2001	25	24	21	11	3	16
2007	25	25	23	10	2	15

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) 2004 nicht erhoben

Gemäß der eigenen Einschätzung der Studierenden ist eine Abnahme auf den extremen Flügeln zu verzeichnen, auf der linken wie auf der rechten Seite. Gleichzeitig hat sich eine gewisse Stärkung der Mitte ergeben. Dennoch sehen sich auch 2007 die meisten Studierenden im Vergleich zur Bevölkerung auf der linken (50%), viel seltener auf der rechten Seite (12%).

Stärkerer Rückgang linker Studierender an Universitäten

An den Universitäten war bis in die 90er Jahre das linke Potential weit stärker: Nahezu ein Drittel der Studierenden ordnete sich damals als eindeutig links ein gegenüber einem knappen Viertel an den Fachhochschulen. Mit dem starken Rückgang von Vertretern linker Positionen seit 1993 an den Universitäten (von 34% auf 25%) hat im neuen Jahrtausend eine Angleichung

an die Verhältnisse an den Fachhochschulen stattgefunden, wo sich 2007 zuletzt 22% als klar links bezeichnen.

An beiden Hochschularten hat die Einstufung als "Mitte" in gleicher Weise etwas zugenommen und beläuft sich nun auf etwa ein Viertel. Stets aber gab es an den Fachhochschulen etwas mehr Studierende, die sich als rechts eingestuft haben. Die Differenz zu den Universitäten hat zumeist annähernd 10 Prozentpunkte betragen, ging zuletzt auf 4 Prozentpunkte zurück (mit 12% zu 16% rechter Einstufung).

Studentinnen stufen sich häufiger als „links“ ein, weit weniger als "rechts"

Studentinnen stufen ihren politischen Standort anders ein als die Studenten, und zwar in allen Erhebungen. Sie sehen sich häufiger als eindeutig links (zuletzt 27% zu 22%); zugleich weit seltener als rechts: Von den Studenten bezeichnen sich 2007 immerhin 19% als mehr oder weniger rechts, von den Studentinnen aber nur 7%.

Auffällig häufiger geben die Studentinnen kein Urteil über ihren politischen Standort ab: 2007 zu 19% gegenüber 9% der Studenten. Diese hohe Differenz bei der Urteilsenthaltung nach dem Geschlecht hat sich vor allem im neuen Jahrtausend ergeben. Insofern bestätigt sich darin das geringere Interesse an Politik, das die Studentinnen äußern.

3.2 Haltung zu politischen Grundrichtungen

Zu sechs politischen Grundrichtungen, die im politischen Feld konkurrieren, geben die Studierenden an, inwieweit sie mit deren Positionen übereinstimmen oder sie ablehnen. Es handelt sich um folgende Richtungen: christlich-konservativ, grün-alternativ, liberal, kommunistisch-marxistisch, national-konservativ und sozialdemokratisch. Mit dieser Frage wird keine Parteibindung oder gar eine Wahlabsicht angesprochen, sondern die politische Richtungspräferenz der Studierenden soll erfasst werden. Ihre Antworten ermöglichen es, sie nach eindeutigen **Anhängern** und nach **Gegnern** zu unterscheiden sowie die **Uneindeutigen** (neutral) auszuweisen.

Präferenz für die sozialdemokratische und die grün-alternative Grundrichtung

Im Vordergrund stehen für die Studierenden immer die **sozialdemokratischen** und die **grün-alternativen Grundrichtungen** mit einer Anhängerschaft zwischen 30% und 40% - in gegenseitiger Zu- und Abnahme. Bei der Erhebung 2007 kann die sozialdemokratische Grundrichtung mit 66% Zustimmung (darunter 36% Anhänger) die Spitze aller Grundrichtungen einnehmen. Sie liegt vor der grün-alternativen Grundrichtung, die 56% Befürwortung erreicht, darunter bei 30% eine starke Zustimmung. Die sozialdemokratische Haltung stellt für die Studierenden offenbar eine akzeptable aber diffuse Grundstimmung dar, der zwei Drittel zustimmen können und die kaum auf Ablehnung stößt.

Die grün-alternative Grundrichtung erfährt mehr Gegnerschaft, sie ist etwas umstrittener. Obwohl die Zustimmung zu dieser Grundrichtung überwiegt, ist im Zeitverlauf die Anhängerschaft wie die Gegnerschaft mehr Schwankungen unterworfen. Der Umfang der Zustimmung und Anhängerschaft zu den grün-alternativen Positionen hat im neuen Jahrtausend unter den Studierenden merklich nachgelassen (vgl. Abbildung 4).

Distanzierung gegenüber der christlich-konservativen und der liberalen Grundrichtung

Im Umfang der studentischen Zustimmung folgen, wie in den Jahren davor, die **liberale** mit 39% und die **christlich-konservative** Grundrichtung mit 32% Zustimmung. Darunter beträgt der Kreis der Anhänger unter den Studierenden bei den liberalen 18% und bei den christlich-konservativen Positionen 14% (die jeweils entschieden zustimmen). Das "Konservative" wie das "Christliche" ist den meisten Studierenden als politisches Gestaltungsprinzip weitgehend fremd, etwa ein Drittel steht ihm insgesamt aufgeschlossen gegenüber. Die Gegnerschaft ist im neuen Jahrtausend aber auffällig zurückgegangen: auf 32% (1995 noch 42%, 1985 sogar 44%).

Auch das "Liberale" findet bei Studierenden als politische Grundrichtung recht wenig Anklang, wohl weil es vielen Studierenden allzu "ökonomisch" ausgerichtet erscheint, eine Sichtweise, die sie noch selten teilen. Dafür stößt diese Grundrichtung auf wenig Gegnerschaft, nicht zuletzt deshalb, weil viele Studierende damit nicht so viel anfangen können, denn bei dieser Grundrichtung ist die "unentschiedene" Stellungnahme am häufigsten und erreicht fast ein Drittel (zuletzt 29%).

Häufige Ablehnung der kommunistisch-marxistischen und der national-konservativen Grundrichtung

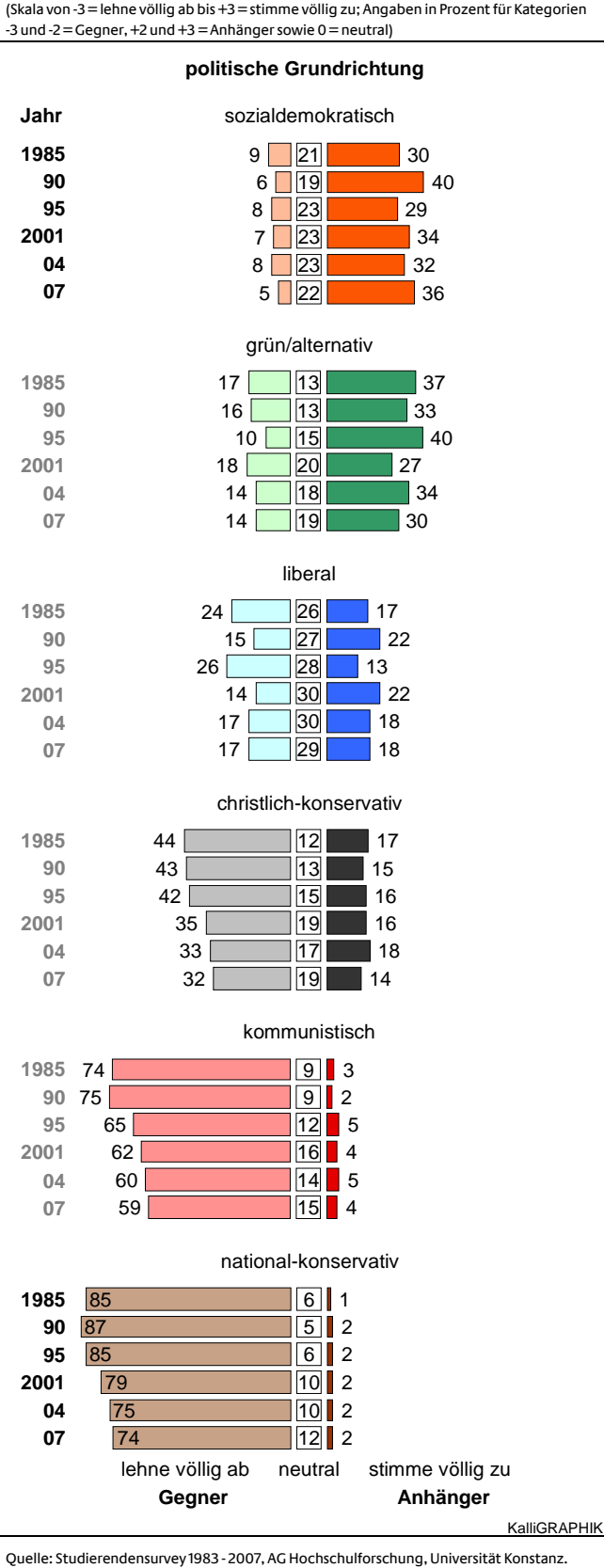
Mit weitem Abstand folgt die **kommunistisch-marxistische** Grundrichtung, die seit der Wiedervereinigung ihre positive Resonanz zwar etwas erhöht hat, 2007 stimmen ihr 13% der Studierenden zu (in den 80er Jahren weniger als 10%), allerdings können weiterhin nur 4% bis 5% als Anhänger gelten. Am wenigsten Akzeptanz erfährt die **national-konservative Grundrichtung**, der mittlerweile 6% der Studierenden zustimmen, zu der sich weiterhin aber nur 2% der Studierenden voll bekennen (vgl. Abbildung 4).

Die beiden extremeren Grundrichtungen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums haben nach der Wiedervereinigung ihre Anhängerschaft etwas ausgeweitet und sich im neuen Jahrtausend auf vergleichsweise hohem Niveau stabilisiert. Sie haben vor allem bei den dezenten Befürwortern und bei den neutralen Einschätzungen zugelegt.

Weniger Gegnerschaft gegen extreme politische Positionen

Die jeweilige **Anhängerschaft** der verschiedenen politischen Grundrichtungen hat sich im Zeitverlauf wenig verändert; größere Verschiebungen haben sich bei den Umfängen der **Gegnerschaft** eingestellt.

Abbildung 4
Anhänger und Gegner von politischen Grundrichtungen unter den Studierenden (1985 - 2007)¹⁾
 (Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für Kategorien -3 und -2 = Gegner, +2 und +3 = Anhänger sowie 0 = neutral)



Die Gegenstimmen haben sich bei zwei Grundrichtungen in bezeichnender Weise verringert: bei den eher extremen Positionen der marxistisch-kommunistischen und der national-konservativen Grundrichtung. Die Gegnerschaft zu den kommunistisch-marxistischen Positionen ist von 74% auf 59% gefallen. Bei den national-konservativen Positionen beläuft sich der Rückgang von 85% auf 74%, ebenfalls eine deutliche Abnahme einer klaren Ablehnung dieser Grundrichtung.

Weniger Gegnerschaft bedeutet nicht entsprechend mehr Zustimmung: deren Zunahme fällt weit geringer aus. Daher stellt sie auch weniger eine aktive Toleranz dar, als eher ein gleichgültige Hinnahme. Sie ist zu verstehen als ein Aspekt im Zuge der allgemeinen Abnahme klarer Konturen und unterschiedener Stellungnahmen. Es hat den Anschein, als ob von der größeren Enthaltensamkeit bei möglichen Auseinandersetzungen die extremen Grundrichtungen profitieren.

Uneindeutigkeit in den politischen Haltungen nimmt zu

Die zeitliche Entwicklung der studentischen Angaben über ihre Präferenzen hinsichtlich politischer Grundrichtungen weist zwei Auffälligkeiten auf:

- Es herrscht **mehr Entscheidungslosigkeit** unter den Studierenden: Die Mittelkategorie der Entscheidungslosigkeit (neutral), des sich nicht Festlegens zwischen Ablehnung und Zustimmung, hat bei nahezu allen Grundrichtungen im neuen Jahrtausend zugenommen.
- Es gibt **weniger klare Ablehnungen** durch die Studierenden: sie werden weit weniger geäußert, und zwar wiederum bei allen Grundrichtungen, in größerem Ausmaß bei den beiden extremeren, sei sie „kommunistisch-marxistisch“ oder "national-konservativ"; aber auch die „christlich-konservativen“ Positionen erfahren weniger Ablehnung.

Lage der politische Richtungen im Links-Rechts-Schema

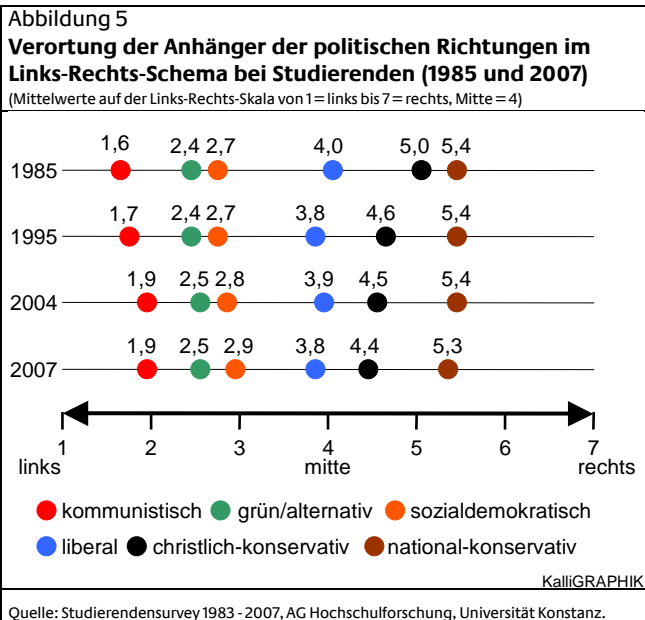
Werden die studentischen Anhänger der verschiedenen politischen Grundrichtungen im Links-Rechts-Schema verortet, erbringt dies eine klare Stufung und die einzelnen Positionen heben sich eindeutig voneinander ab.

Diese Stufung wiederholt sich in allen Erhebungen in ganz ähnlicher Weise: Am weitesten links befinden sich Studierende, die sich als Anhänger der kommunistisch-marxistischen Richtung verstehen; danach folgen, auch noch im linken Spektrum, die Anhänger der grün-alternativen und der sozialdemokratischen Positionen; eher zur Mitte tendiert die liberale Anhängerschaft; etwas auf der rechten Seite verorten sich die Anhänger der christlich-konservativen Richtung; am weitesten rechts stufen sich stets die Studierenden mit national-konservativer Gesinnung ein (vgl. Abbildung 5).

Studierende rücken mehr zur Mitte

Die Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen sind seit 1993 alle mehr zur Mitte gerückt, sei es vom linken, sei es vom rechten Spektrum her. Im Vergleich zur Bevölkerung

siedeln sich studentischen Anhänger der verschiedenen Grundrichtungen demnach weniger links oder rechts an: Sie sehen ihre politischen Ansichten offenbar mehr im Einklang mit der Bevölkerung und der „politischen Mitte“.



Nach dieser Stufung wird ebenfalls ersichtlich, dass unter den Studierenden die grün-alternative und die sozialdemokratische Grundrichtungen am nächsten beieinander liegen, und zwar links von der Mitte. Es folgen die liberale und die christlich-konservative Grundrichtung, beide nah an der Mitte und wenig weit auseinander. Die kommunistisch-marxistische Grundrichtung hat sich vom linken Extrem etwas zur Mitte bewegt und damit den grün-alternativen und sozialdemokratischen Studierenden leicht angenähert. Die größte Distanz weisen die national-konservativen Studierenden auf, die am stärksten „rechts“ verharren, ohne Annäherung an die christlich-konservative Position im Links-Rechts-Spektrum.

3.3 Politische Ziele: Kontroversen und Koalitionen

Politische Ziele verlangen konkretere Entscheidungen als es die Bündelung in Grundpositionen oder das allgemeine Links-Rechts-Schema verlangen. Die verschiedenen Ziele sind zu meist Ausdruck gesellschaftlicher Probleme und Vorschläge zu ihrer Lösung. Die Stellungnahmen der Studierenden ermöglichen nicht nur einen weiteren Einblick in ihre politischen Präferenzen, sondern sie zeigen zugleich auf, welche Lösungen ganz unterschiedlich, ja kontrovers, und welche eher übereinstimmend gesehen werden. Es werden dadurch politische Spannungen aber auch politische Koalitionen sichtbar, etwa beim Vergleich nach den politischen Grundrichtungen, denen die Studierenden anhängen.

Dimensionen der politischen Ziele: klare Bündelung

Für die Reihe der vorgelegten fünfzehn politischen Ziele ist es aufschlussreich, in welche Dimensionen sie sich anhand der studentischen Urteile aufteilen: Sind es die traditionellen Lager zwischen links und rechts oder bündeln sich die Ziele nach den politischen Grundrichtungen, etwa nach konservativen und nationalen, nach ökologischen und sozialen bzw. auch nach liberalen Zugehörigkeiten; oder ist eine Vielzahl von kleineren Gruppierungen entstanden ohne erkennbare Struktur.

Die studentischen Stellungnahmen zu den politischen Zielen ordnen sich in der Tat gemäß vier Dimensionen. (Der Beitrag der einzelnen Items zu den Dimensionen ist in Klammern gesetzt: Je höher der Wert bei einer Skala bis 1.00 ausfällt, desto enger ist das Item mit der Dimension verwoben). Danach lassen sich die vier Dimensionen folgendermaßen benennen.

Für die **konservativ-nationale Dimension** sind besonders vier Ziele kennzeichnend (in Klammern Kommunalität):

- Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern (.76),
- Abwehr kultureller Überfremdung (.75),
- Harte Bestrafung der Kriminalität (.64),
- Bewahren der herkömmlichen Familie (.52).

Die dimensionale Nähe dieser Items darf nicht zu dem Missverständnis führen, sie würden in gleicher Weise befürwortet. Da bestehen erhebliche Unterschiede: Die ersten beiden Items werden selten und fast nur von national-konservativen Studierenden stark befürwortet, aber nicht von den christlich-konservativen Studierenden.

Zur **sozialen-arbeitnehmerfreundlichen Dimension** lassen sich drei politische Ziele zusammenfassen:

- Volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb (.65),
- Garantie für Recht auf Arbeit für Alle (.61),
- Abschaffung des Privateigentums (.51).

Diese zweite Dimension ist nicht so ausgeprägt wie die erste, mit schwächeren Bindungen der Items bzw. Einzelziele.

Die dritte, **ökologische Dimension** stützt sich auf drei Ziele:

- Ausstieg aus der Kernenergie (.63),
- Priorität des Umweltschutzes (.56),
- Stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer (.57).

Die **neoliberale-marktfreundliche Dimension** ist schwächer ausgeprägt und weniger eindeutig mit ihren drei Zielen konturiert:

- Förderung der technologischen Entwicklung (.58),
- Sicherung der freien Marktwirtschaft (.50),
- Politische und wirtschaftliche Integration Europas (.45).

Nur zwei politische Ziele lassen sich nicht einer dieser vier Dimensionen schwerpunktmäßig zuordnen, weil sie zugleich zu mehreren passen: die Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft, die von fast allen befürwortet wird, oder die Reduzierung des Wohlfahrtsstaates, was fast alle ablehnen.

Prioritäten bei den politischen Zielen: einige Spannungen

Die Studierenden stellen bei der Reihe der 2007 vorgelegten fünfzehn politischen Ziele sechs besonders heraus, denen sie mit mehr als zwei Drittel bis zu gut vier Fünftel zustimmen, großenteils ganz entschieden. Es handelt sich um folgende politischen Ziele, die eine solche hohe Zustimmung in der Studentenschaft erfahren (vgl. Tabelle 9):

1. Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft: 85% Zustimmung (71% vehement),
2. Förderung der technologischen Entwicklung: 80% (52%),
3. Priorität des Umweltschutzes: 75% (51%),
4. Harte Bestrafung der Kriminalität: 74% (52%),
5. Vollendung der Integration Europas: 70% (43%),
6. Sicherung der freien Marktwirtschaft: 68% (43%).

Bei diesen politischen Zielen mit hoher Unterstützung steht nicht eine Dimension im Vordergrund. Sie stellen vielmehr einen Mix verschiedener Dimensionen dar, wie neoliberal, ökologisch und auch konservativ. Sie enthalten außerdem ein gehöriges Maß an Spannungen untereinander. Die Ziele sind zumeist in unterschiedliche Kontexte eingebunden und verweisen auf kontroverse Trägerschaften.

Tabelle 9

Starke Zustimmung zu politischen Zielen durch die Studierenden (1985 - 2007)

(Angaben in Prozent für zusammengefasste Kategorien +2 bis +3 = starke Zustimmung)
(Rangreihe für 2007)

Politische Ziele ¹⁾	1985	1987	1995	1998	2004	2007
Gleichstellung der Frau	85	84	75	72	72	71
Förderung von Technologien	35	36	40	42	45	52
Harte Bestrafung der Kriminalität	29	33	49	53	55	52
Priorität des Umweltschutzes	76	74	68	61	46	51
Integration Europas	-	-	38	38	48	43
Freie Marktwirtschaft	52	56	50	48	46	43
Unterstützung der Entwicklungsländer	51	43	40	35	38	36
Ausstieg aus der Kernenergie	-	-	41	41	46	42
Garantie des Rechts auf Arbeit für Alle	-	-	-	41	39	36
Bewahren der Familie	39	39	39	35	43	35
Mitbestimmung der Arbeitnehmer	47	44	38	36	31	33
Begrenzung von Ausländern	-	-	21	27	25	25
Abwehr kultureller Überfremdung	-	-	10	13	16	17
Reduzierung des Wohlfahrtsstaates	-	-	-	10	13	10
Abschaffung des Privateigentums	8	7	6	5	7	7

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Frage 2001 nicht gestellt

Außerdem fällt auf, dass unter den wichtigsten Zielen, gemessen am Umfang der Zustimmung, kein politisches Ziel der sozialen Dimension vertreten ist. Trotz der allgemeinen "sozialdemokratischen Grundhaltung" vieler Studierender haben ausgeprägt soziale, arbeitnehmerfreundliche oder gar linke Ziele offensichtlich keinen besonders hohen Stellenwert. Am ehesten finden die beiden Ziele "Volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer" (33%) und die "Garantie des Rechts auf Arbeit" (36% starke Zustimmung) noch einen gewissen Anklang, obwohl sich die unterschiedene Zustimmung auf jeweils ein Drittel der Studierenden beschränkt.

Wenig Unterstützung für Ziele sozialistischer oder nationalistischer Art

Wenig Unterstützung finden drei Ziele, die damit am Ende der Rangskala nach der Wichtigkeit unter den Studierenden liegen; sie kennzeichnen jeweils extremere Positionen auf der konservativen und auf der sozialen Seite.

Die beiden besonders konservativen Ziele, mit einer nationalistischen Tönung, finden unter den Studierenden keine größere Zustimmung: Die „**Abwehr kultureller Überfremdung**“ bejahen 33% (17% entschieden), was Platz dreizehn bedeutet; und die „**Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern**“, unterstützen 43% (darunter 25% entschieden), damit Platz zwölf unter den Zielen.

Am wenigsten wird das Ziel „**Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken**“ von Studierenden befürwortet: nur eine Minderheit von 16% spricht sich dafür aus, darunter 7% vehement. Für die Studierenden beinhaltet demnach die Bejahung sozialer Ziele keineswegs eine Zustimmung zu sozialistisch-kommunistischen Positionen.

Politische Richtungen und Unterstützung politischer Ziele: Kontroversen und Koalitionen

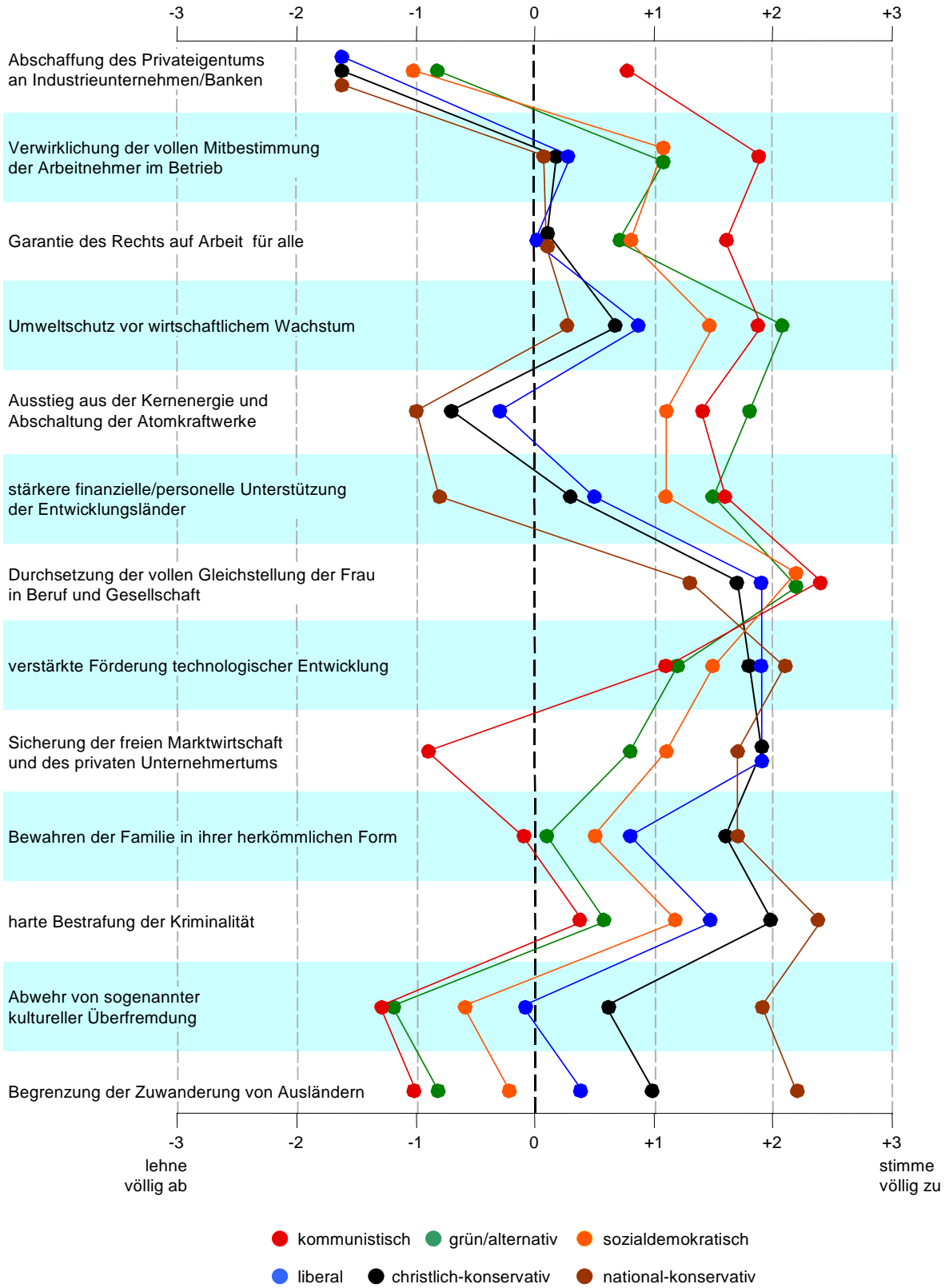
Jede politische Grundrichtung weist ein eigenes Profil der Zustimmung und Ablehnung einzelner politischer Ziele auf. Es ist jeweils anders konturiert und weist auffällige Differenzen zu den anderen Grundrichtungen auf. Dabei ist naheliegend, dass einige Ziele recht einvernehmlich beurteilt werden; bei anderen Zielen fällt aber die Beurteilung sehr unterschiedlich aus. Anhand der einzelnen Differenzen und Übereinstimmungen lässt sich auf Kontroversen und Koalitionen schließen (vgl. Abbildung 6).

Übereinstimmungen zwischen grün-alternativen und sozialdemokratischen Anhängern

Die Stellungnahmen zu den politischen Zielen zeigen auf, dass sozialdemokratische und grün-alternative Anhänger in der Studentenschaft oftmals übereinstimmen oder nahe beieinander liegen, etwa bei der Garantie des Rechts auf Arbeit, der Verwirklichung der Mitbestimmung, der Sicherung der freien Marktwirtschaft oder der Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken.

Abbildung 6
Politische Richtungen der Studierenden (Anhänger) und Beurteilung der politischen Ziele (2006/07)

(Mittelwerte; Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu)



KalliGRAPHIK

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Allerdings sind sich die kommunistisch-marxistischen Anhänger und die grün-alternativen Anhänger unter den Studierenden noch öfter einig, etwa bei der Ablehnung konservativer Ziele oder der Unterstützung ökologischer Aufgaben. Jedoch sind die Gegensätze bei zwei Zielen sehr groß, fast unüberwindbar: bei der Sicherung der freien Marktwirtschaft und bei der Abschaffung des Privateigentums. Diese beiden gesellschaftspolitischen Grundsätze trennen schließlich die kommunistisch-marxistisch eingestellten Studierenden in entscheidender Weise von ihren sozialdemokratisch oder grün-alternativ gesinnten Kommilitonen.

Nähe zwischen christlich-konservativen und liberalen Anhängern

Bei vielen Zielen weisen die christlich-konservativen und die liberalen Studierenden eine weitgehende Übereinstimmung auf. Dies wird vor allem in der Ablehnung oder Defensive gegenüber sozialen und ökologischen Zielen sichtbar.

Bei Zielen der konservativen Dimension nähern sich aber die christlich-konservativen und die national-konservativen Urteile an; bei einem stimmen sie sogar mehr mit ihnen als den liberalen überein: bei der Bewahrung der Familie in ihrer herkömmlichen Form.

Jedoch ist bei drei Zielen die Distanz zwischen christlich- und national-konservativen Studierenden allzu groß, als dass eine politische Verständigung möglich wäre: bei der Unterstützung der Entwicklungsländer, der Abwehr kultureller Überfremdung und der Begrenzung von Ausländern.

Extreme Grundrichtungen vertreten spezielle Ziele extrem

Bei den Anhängern extremer Grundrichtungen gibt es jeweils spezifische Ziele, die sie von den anderen eindeutig abheben und die von keiner anderen Gruppierung, auch nicht annähernd, geteilt wird: Bei der kommunistisch-marxistischen Grundrichtung ist es die freie Marktwirtschaft und das freie Unternehmertum, das einzig bei ihnen auf Ablehnung stößt, selbst mit großer Distanz zu der sozial-demokratischen und zur grün-alternativen Anhängerschaft.

Auf der anderen Seite finden bei den national-konservativen Anhängern die Begrenzung der Ausländer-Zuwanderung und die Abwehr kultureller Überfremdung weit mehr Zustimmung als bei allen anderen Grundrichtungen, auch mit größerem Abstand zu Studierenden mit christlich-konservativer Haltung.

Verortung politischer Ziele im Links-Rechts-Spektrum: gewisse Lagerbildung

Die verschiedenen politischen Ziele erfahren eine meist eindeutige Beurteilung durch rechte und linke Studierende, die oft gegensätzlich ausfällt. Danach kann durchaus von zwei politischen Lagern in der Studentenschaft gesprochen werden.

Linke Ziele: Bei den Zielen, die von Studierenden, die sich als links einstufen, viel mehr befürwortet werden, handelt es sich um einerseits ökologische und andererseits soziale bzw. sozia-

listische Präferenzen (in Klammern ist die Skalendifferenz zu den "rechten" Studierenden angeführt, Spannweite 0 bis 6):

- den Ausstieg aus der Kernenergie (2.7),
- die Unterstützung der Entwicklungsländer (2.3),
- die Priorität des Umweltschutzes (1.5),
- die volle Mitbestimmung der Arbeiter (1.3),
- und die Abschaffung des Privateigentums (1.1).

Rechte Ziele: Studierende, die sich auf der rechten politischen Seite sehen, heben andere Ziele viel stärker hervor, und zwar öfters mit größerem Abstand (in Klammern die Differenz zu den "linken" Studierenden):

- Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern (2.9),
- die Abwehr kultureller Überfremdung (2.9),
- die Reduzierung des Wohlfahrtsstaates (2.1),
- die Bewahrung der herkömmlichen Familie (1.8),
- die härtere Bestrafung von Kriminalität (1.7)
- die Sicherung der freien Marktwirtschaft (1.4).

Einige politische Ziele liegen nicht so weit auseinander, d.h. sie trennen rechte und linke Studierende weniger und sind weniger kontrovers zwischen diesen beiden Lagern: Es handelt sich um die Förderung der technologischen Entwicklung und zur Gleichstellung der Frau (wo die Differenzen zwischen "linken" und "rechten" Studierenden unter 1.0 liegen).

Bei Betrachtung des Zeitverlaufes ist zu konstatieren, dass die linken und rechten Ziele näher zusammengerückt sind, entsprechend der studentischen Einschätzung als tendenziell eher zur Mitte gehörig. Insofern ist die frühere politische „Lagerbildung“ nicht mehr in ehemaliger Schärfe vorhanden. Die Annäherung zur Mitte ist zugleich begleitet von einer weniger entschiedenen Vertretung der einzelnen Positionen oder Ziele.

3.4 Veränderungen der politischen Zielpräferenzen

Die Zustimmung oder Ablehnung der einzelnen politischen Ziele weist auf aufschlussreiche Trends hin. Einerseits werden Ziele mehr favorisiert, die „Ängste“ begrenzen sollen, zum anderen Ziele, von denen sich „Rettung“ versprochen wird. Außerdem verlieren vor allem soziale und ökologische Ziele an Zustimmung, zum Teil drastisch wie die Priorität des Umweltschutzes (vgl. Tabelle 9).

Zunehmende Unterstützung erfahren vier Ziele. Den höchsten Gewinn verzeichnet die harte Bekämpfung der Kriminalität mit einem Anstieg von 23 Prozentpunkten (von 29% auf 52% starke Zustimmung); eine ebenfalls große Zunahme fällt auf die Förderung der technologischen Entwicklung (von 35% auf 52%). Aber auch zwei stark konservativ-nationale Ziele gewinnen im neuen Jahrtausend deutlich mehr an Zustimmung als noch in den 90er Jahren: die Abwehr kultureller Überfremdung (seit 1995 von 10% auf 17% gestiegen) und die Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern (von 21% auf 25%).

Phasen und Ebenen des Wandels

Insgesamt hat sich eine gravierende **politischer Veränderung bei den Studierenden** zwischen 1985 und 2007 vollzogen, die phasenweise erfolgte und im neuen Jahrtausend eine spezifische Ausprägung gewonnen hat. Der Wandel spielt sich auf zwei Ebene ab, einer allgemeinen, offensichtlichen und einer spezielleren, noch weniger sichtbaren:

- Die erste Ebene umfasst einen **allgemeinen Wandel** von sozial-ökologischen Zielen zu konservativ-neoliberalen Themen, wobei die Präferenz für konservative Ziele (eher angst- und abwehrbesetzt) stärker zugenommen hat als für die neoliberalen Ziele (eher fortschritts- und erfolgsbesetzt);
- Die zweite Ebene bezieht sich auf den **Gewinn bei den extremen Zielen**, sei es auf der rechten Seite für die Abwehr kultureller Überfremdung, mit einem starken kontinuierlichen Anstieg zwischen 1995 und 2007, sei es auf der linken Seite die Abschaffung des Privateigentums, die sich vor allem in einer geringeren Ablehnung ausdrückt.

Zwischen den Studentengenerationen der 80er und der 90er Jahre sowie im neuen Jahrtausend haben sich die politischen Ziele und ihr Stellenwert in weiten Teilen so gewandelt, dass von neuen Zielkonfigurationen auszugehen ist. Vor allem die gegenwärtige Studentengeneration vertritt ein anderes Zielprofil als ihre Vorgänger an den Hochschulen.

Neue Zielkonfiguration: paradoxer Mix

Bei den politischen Haltungen ist ein paradoxer Mix zu beobachten: Er setzt sich aus gesteigerten neoliberalen-ökonomischen und national-konservativen Haltungen zusammen. Es hat den Anschein, als ob einerseits mehr Wettbewerb und Globalisierung befürwortet, andererseits deren Folgen an internationaler Mobilität und Multikulturalität gefürchtet werden. Für diesen widersprüchlichen Mix sind insbesondere die Studierenden der Wirtschaftswissenschaften Protagonisten.

Die neue Zielkonfiguration könnte als eine Spannung zwischen Erfolgszuversicht (abnehmend) und Misserfolgsangst (zunehmend) interpretiert werden. Auch in dieser Widersprüchlichkeit ist ein gehöriges Maß an Unsicherheit und damit auch Anomie enthalten. Sie kann durchaus den Nährboden für vermehrte politisch extreme Haltungen liefern. Im gleichen Zuge werden dafür soziale Einstellungen bei konkreten Zielen geopfert und ökologische Probleme zurückgestellt – allerdings zeigt sich hier zwischen 2004 und 2007 eine gewisse Rückbesinnung.

Stärkere Verschiebung politischer Ziele bei den "Linken"

Im Verlauf der letzten 25 Jahre haben die Linken ihre Zielvorstellungen weit mehr geändert als die Rechten. Insofern hat das, was als links verstanden und eingeordnet werden kann, sich anders konturiert.

Zwei Bewegungen veränderter Zustimmung zu den politischen Zielen sind bei den linken Studierenden zu unterschei-

den: In einem Fall haben sie sich von früher abgelehnten Positionen weg bewegt und damit der Mitte sowie den Rechten angenähert:

- das Bewahren der herkömmlichen Familie,
- die härtere Bekämpfung der Kriminalität,
- die Förderung der technischen Entwicklung.

Im anderen Fall vertreten linke Studierende einstmals betonte oder hervorgehobene Ziele weniger energisch und haben sich damit auch bei ihnen der Mitte angenähert:

- die Priorität des Umweltschutzes vor Wirtschaftswachstum,
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb.

Bei einigen Zielen ist eine Annäherung zwischen den rechten und linken Studierenden festzustellen: Oftmals werden sie nun von den Linken weniger scharf abgelehnt, von den Rechten weniger vehement bekämpft, wie vor allem die Sicherung der freien Marktwirtschaft oder die Abschaffung des Privateigentums.

Einzig bei dem Ziel der europäischen Integration haben sich die Studierenden etwas auseinander bewegt: Es wird von linken Studierenden nun etwas stärker befürwortet, von den rechten Studierenden aber weniger unterstützt.

Studierende aller Richtungen sprechen sich häufiger für national-konservative Ziele aus

Zwei Ziele werden von Studierenden aller Richtungen, von linker oder rechter Seite, 2007 mehr als noch 1995 unterstützt:

- die Abwehr kultureller Überfremdung,
- die Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern.

Das erste Ziel weist eine noch stärkere Zunahme auf als das zweite Ziel. Im Gegenzug stimmen Studierende aller Richtungen zwei anderen Zielen weniger zu:

- die Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft,
- die Unterstützung der Entwicklungsländer.

Es ist auffällig, dass es sich dabei um Ziele der Gleichheit und Solidarität handelt.

Verringerung politischer Gegensätze und Abrücken von linken Haltungen

Generell ist festzuhalten: Frühere Gegensätze unter den Studierenden haben sich bei vielen politischen Zielen stark verringert. Es ist einerseits ein Trend zur Mitte zu beobachten, zugleich eine Abschwächung links-ökologischer Ziele und eine Stärkung konservativ-konventioneller Ziele. In diesem Sinne könnte gerade bei den einstmals linken Studierenden von einem "Rechtsruck", genauer „Ruck zur Mitte“ gesprochen werden. Es bedeutet zugleich, dass die gegenwärtigen linken Studierenden mit dieser Einstufung andere Zielpräferenzen verbinden. Sie haben sich in ihrer politischen Ausrichtung und ihren Zielvorgaben deutlich mehr verändert als die Studierenden aus der Mitte oder auf der rechten Seite.

4 Demokratische Prinzipien und Mitwirkungszufriedenheit

Als Grundlagen einer demokratischen Haltung werden zwei Kernstücke hervorgehoben: die Wahrung der öffentlichen Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und der Verzicht auf Gewalt bei politischen Konflikten. Zu einer offenen Demokratie gehören außerdem die Betonung der Funktion einer Opposition als Gegenpart zur Regierung und die Bejahung der Auseinandersetzungen von Interessengruppen. Schließlich ist aufschlussreich für die demokratische Haltung, ob eher eine geordnete oder eine kontroverse Demokratie befürwortet wird, was sich in der Gegenüberstellung des Rechts auf Streiks und Demonstrationen einerseits versus Gefährdung der öffentlichen Ordnung andererseits manifestiert.

4.1 Entwicklung der demokratischen Einstellungen

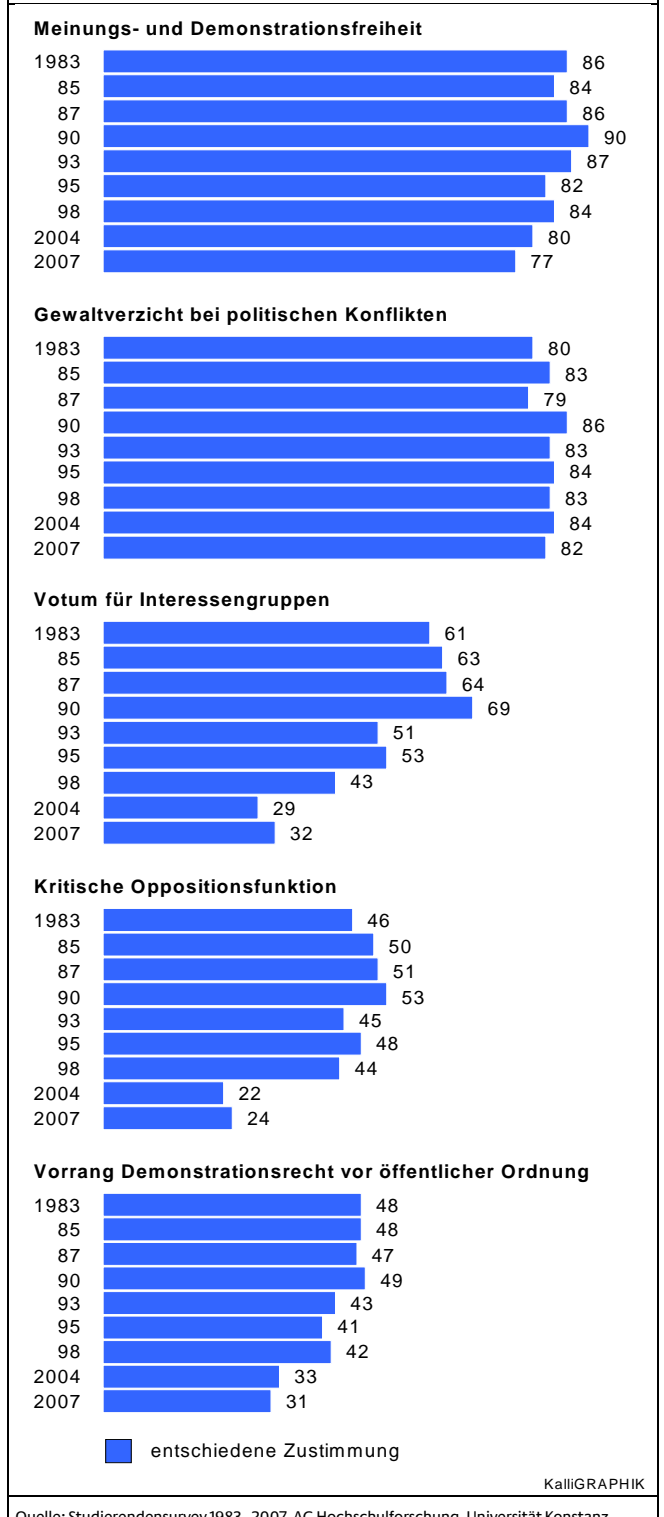
Fünf wichtige Elemente einer demokratischen Grundhaltung, und zwar Meinungsfreiheit, Gewaltverzicht, Oppositionsfunktion, Bejahung von Interessengruppen sowie Streik- und Demonstrationsrecht, sind der umfangreicheren Skala über "Demokratische Einstellungen" aus den 60er Jahren entnommen (vgl. Kaase 1971). Sie wurden in nahezu allen Erhebungen des Studierendensurveys (Ausnahme 2001) den Studierenden zur Stellungnahme vorgelegt.

Bejahung von Meinungsfreiheit und Gewaltverzicht

Die beiden Kernstücke der demokratischen Haltung, die **Meinungsfreiheit** einerseits und der **Gewaltverzicht** andererseits, werden von den Studierenden, bei allem andersartigen Wandel, fast unverändert bejaht. Sowohl die Unterstützung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit als auch der Gewaltverzicht bei politischen Konflikten sind weiterhin hoch. Auch im neuen Jahrtausend sind nur wenig Abstriche (bei der Meinungsfreiheit) zu erkennen. Diese hohe Stabilität ist bemerkenswert, denn damit werden zwei zentrale demokratische Prinzipien von den Studierenden ungeschmälert von Zeitläufen und Konjunkturen aufrecht gehalten.

Eine Spur Verunsicherung der Studierenden ist bei ihrer Einstellung zur Meinungs- und Demonstrationsfreiheit erkennbar. Dieses Recht, für seine Überzeugungen einzutreten und zu demonstrieren, wird nicht mehr ganz so häufig entschieden bejaht. Der Rückgang auf nun 77% (2007) ist beachtenswert, liegt er doch erstmals unter der Quote von 80% und bedeutet gegenüber 1993 eine Verringerung um zehn Prozentpunkte. Dafür hat sich der Anteil einer labilen Zustimmung auf 20% erhöht. Eine ablehnende Haltung diesem wichtigen demokratischen Prinzip gegenüber ist aber mit 3% unverändert sehr gering geblieben (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7
Demokratische Einstellungen der Studierenden (1983 - 2007)
 (Skala von 0 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für Kategorien +2 und +3 = entschiedene Zustimmung bzw. -2 und -3)



Oppositionsfunktion und Interessengruppen verlieren stark an Geltung

Entscheidende Veränderungen haben sich bei der Verteidigung der **Interessengruppen** und der Unterstützung der **Oppositionsfunktion** ergeben. Die Interessengruppen mit ihren Auseinandersetzungen finden längst nicht mehr bei vielen Studierenden unterschiedene Zustimmung, vielmehr meinen immer mehr, dass ihre Auseinandersetzungen dem Gemeinwohl schaden: In den 80er Jahren vertraten nur 10% bis 14% diese Ansicht. Das Hinzutreten der neuen Länder erhöhte die Ablehnung von Interessengruppen als schädlich auf 18% bis 22% in den 90er Jahren. Im neuen Jahrtausend ist ein starker Schub eingetreten, zuerst auf hohe 34% (2004) und dann immer noch 28% (2007) einer Einschätzung als schädlich. Das entschiedene positive Votum zugunsten von Interessengruppen und ihren Auseinandersetzungen ist von 51% (1993) auf nur noch 32% (2007) stark zurückgegangen.

Der Beurteilung der Oppositionsfunktion als kritisches Korrektiv zur Regierung bzw. Exekutive ist es ähnlich ergangen: In den 80er Jahren lehnten zwei Drittel der Studierenden ab, dass es Aufgabe der Opposition sei, die Regierung zu unterstützen und nicht zu kritisieren. Mit dem Beitritt der neuen Länder trat in den 90er Jahren eine gewisse Abschwächung ein. Sie hat sich aber erst im neuen Jahrtausend zu einer anderen Haltung verfestigt: Denn nur gut ein Fünftel (22% bis 24%) ist noch dieser Ansicht einer kritischen Opposition. Dafür verlangen nunmehr zwei Fünftel (42% bzw. 38%), dass die Opposition die Regierung unterstützen solle, nachdem es in den Jahren davor zumeist nur knapp ein Fünftel war - mit der niedrigsten Quote von 15% im Jahr 1990.

Tiefgreifender Wandel im Demokratieverständnis

Der Wandel in den Haltungen der Studierenden gegenüber einer kontroversen, ja konflikthaften Demokratie ist tiefgreifend und hat sich im neuen Jahrtausend stabilisiert. Die Befunde lassen erkennen, dass die Studierenden im Grunde bereits 2004 für eine "große Koalition" bei geringerer Opposition plädierten und dieses Votum 2007 bestätigt haben, wenngleich nicht mehr ganz so vehement wie noch drei Jahre vorher. Ihre distanzierte ablehnende Haltung gegenüber einer kritischen Opposition und den Interessenvertretungen beinhaltet eine Suche nach Einvernehmlichkeit und Geschlossenheit.

Recht auf Demonstrationen vs. öffentliche Ordnung

Die öffentliche Ordnung findet in Schüben mehr Anhänger unter den Studierenden als das Recht auf Streiks und Demonstrationen.

- In entschiedener Weise hielt in den 80er Jahren fast die Hälfte der Studierenden das Recht auf Streiks und Demonstrationen aufrecht, auch bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung (47% bis 49%).
- Mit der Wiedervereinigung gab es eine auffällige Abschwächung dieser Haltung in den 90er Jahren auf gut zwei Fünftel (41% bis 43%).

- Im neuen Jahrtausend verteidigt nicht einmal mehr ein Drittel der Studierenden dieses Streik- und Demonstrationsrecht (33% bzw. 31%).

Die Vertreter einer störungsfreien öffentlichen Ordnung haben sich im Umfang weniger geändert: ihre Anhänger, die sich gegen Streiks und Demonstrationen aussprechen, wenn sie die öffentliche Ordnung gefährden, lagen im Zeitraum der Erhebungen durchweg bei 25% bis 28%; ihr Anteil ist aber 2007 mit 30% am höchsten.

Bereitschaft zur eindeutigen Stellungnahme geht zurück

Erwähnenswert ist die Zunahme jener Studierender, die hinsichtlich ihrer demokratischen Einstellung keine Entscheidung treffen: in den 80er Jahren lag ihr Anteil nur bei 12% bis 14%; er stieg in den 90er Jahren etwas auf 15% bis 17% an und erhöhte sich im neuen Jahrtausend erheblich auf über ein Fünftel, d.h. 2007 auf beachtliche 23%.

Dieser Rückgang der Bereitschaft zur Stellungnahme und der Meinungsäußerung unter den Studierenden ist ein weiterer auffälliger Wandel in ihren Haltungen: Sie sind diffuser geworden und sie vermeiden Festlegungen. Dies kann durchaus in Korrespondenz zur geringeren Unterstützung der Oppositionsfunktion mit ihrer Kritik und der Interessenverbände mit ihren Auseinandersetzungen gesehen werden. Insgesamt verweist es auf eine Schwächung des demokratischen Potentials unter den Studierenden, insofern damit auch mehr Uneindeutigkeit bei den politischen Positionen und ein Verzicht auf öffentliches Eintreten für sie zutrifft.

4.2 Potential der Demokraten an Hochschulen und in den Fächerguppen

Die Erfassung der demokratischen Einstellungen erlaubt die Gruppierung der Studierenden nach der Gefestigkeit ihrer Haltung vorzunehmen. Es ergeben sich fünf Gruppen:

- (1) die vehementen, prinzipiellen Demokraten,
- (2) die eindeutigen, entschiedenen Demokraten,
- (3) die labilen, uneindeutigen Demokraten,
- (4) die distanzierten, reservierten Demokraten,
- (5) die stark ablehnenden, Anti-Demokraten.

In einer Zusammenfassung der Gruppen können die vehementen und eindeutigen Demokraten als "gefestigte Demokraten" den reservierten und ablehnenden Demokraten als "distanzierte Demokraten" gegenüber gestellt werden.

Mehr labile und distanzierte Demokraten

Wichtig ist festzuhalten, dass von den befragten Studierenden kein nennenswerter Anteil als **strikte Anti-Demokraten** eingestuft werden kann – sie bleiben stets unter der 1%-Marke, und zwar in allen Erhebungen zwischen 1983 und 2007.

Zugenommen hat allerdings die Gruppe der **distanzierten Demokraten**: In den 80er Jahren betrug ihr Anteil nur 5% bis 7%; er erhöhte sich nach der deutschen Einigung in den 90er

Jahren auf 8% und ist im neuen Jahrtausend (2004 wie 2007) auf 14% angestiegen – ein insgesamt bedenklicher Trend.

Ebenfalls in starkem Maße hat sich die Gruppe der **labilen Demokraten** unter den Studierenden vergrößert: Sie beläuft sich 2004 und 2007 auf insgesamt 39%, ein sehr hoher Wert, denn in den 90er Jahren umfasste diese Gruppe viel weniger mit 24% bis 28% und in den 80er Jahren noch weniger mit 21% bis 23%. Diese gegenwärtige Labilität und geringe Konzeptfestigkeit der Studierenden erscheint wegen ihres Umfangs ebenso problematisch wie die undemokratischen Trends in der Studentenschaft (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10
Entwicklung des demokratischen Potential in der Studentenschaft an deutschen Hochschulen (1983 - 2007)
(Demokratie-Skala mit 5 Items (tlw. umgepolt): Summenscore von 0 – 30; zusammengefasste Kategorien: 0 - 10 = ablehnend, 11-15 = distanziert, 16 - 20 = labil, 21 – 25 = eindeutig, 26 - 30 = vehement)

	Demokratische Haltungen				
	vehement	eindeutig	labil	distanziert	ablehnend
Früheres Bundesgebiet					
1983	30	41	23	6	1
1985	36	37	21	5	1
1987	36	38	21	5	0
1990	41	39	17	3	0
Deutschland					
1993	29	39	24	7	1
1995	30	37	25	7	1
1998	26	38	28	7	1
2004	12	35	39	13	1
2007	15	33	39	13	1

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Drei Entwicklungen des demokratischen Potentials unter den Studierenden sind zu beachten:

- Zum einen geht die Phase der Wende und der Entstehung des vereinigten Deutschlands (1990 bis 1993) mit einer Schwächung des demokratischen Potentials einher.
- Zum anderen ist mit dem neuen Jahrtausend ein noch stärkerer Einbruch des demokratischen Potentials festzustellen, der sich zwischen 2004 und 2007 stabilisiert hat.
- Zugleich ist ein immenser Anstieg der labilen Demokraten, vor allem im neuen Jahrtausend, zu bemerken: von 24% (1993) auf 39% (2007).

Auch bei der wichtigen demokratischen Grundhaltung haben die Studierenden vielfach Eindeutigkeit und Festigkeit verloren oder aufgegeben.

Gefestigte Demokraten bilden nicht mehr die Mehrheit
 Entsprechend zurück gegangen ist die Gruppe der **überzeugten Demokraten** in der Studentenschaft, die sich aus den vehementen und den eindeutig entschiedenen zusammensetzt: von zusammen beachtlichen 71% im Jahr 1983, dann sogar 80% im Jahr 1990, erfolgt zuerst ein Rückgang in den 90er Jahren auf etwa zwei Drittel; im neuen Jahrtausend tritt der starke

Abfall auf nur noch 48% ein (2004 bis 2007). Darunter befinden sich 2004 nicht mehr als 12% vehemente Demokraten, die Mitte der 90er Jahre immerhin bei 30% lagen und Mitte der 80er Jahre sogar 36% der Studierenden umfassten.

Stellt man die vehementen und gefestigten Demokraten auf der einen Seite den labilen und distanzierten auf der anderen Seite gegenüber, dann hat es in Deutschland zwischen den 80er Jahren und dem neuen Jahrtausend eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse gegeben: Mit drei Viertel überzeugter Demokraten in den 80er Jahren und noch knapp zwei Dritteln in den 90er Jahren hatten sie die klare Mehrheit.

Im neuen Jahrtausend hat sich diese Mehrheit der überzeugten Demokraten aufgelöst, denn sie liegen nun knapp unter der Hälfte (zuletzt 48%). Sie sehen sich aktuell 39% an labilen und 13% an distanzierten Demokraten an den Hochschulen gegenüber. Das Eintreten für die demokratischen Prinzipien ist weit weniger verbreitet und erfolgt weniger gefestigt.

Große Unterschiede im demokratischen Potential der Fächergruppen

Um die Entwicklung des demokratischen Potentials in den Fachrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen übersichtlich darzustellen, werden drei Messzeitpunkte herangezogen: 1985 (für das frühere Bundesgebiet), 1993 (für das wiedervereinigte Deutschland) und 2007 (als aktueller Zeitpunkt), denn sie markieren den Wandel in entscheidender Weise.

Nach den allgemeinen Befunden für die Studentenschaft kann davon ausgegangen werden, dass die grundsätzlichen Elemente der Demokratie wie Meinungsfreiheit und Gewaltverzicht auch in allen Fachrichtungen von den jeweiligen Studierenden in ähnlich hohem Maße gestützt werden. Ebenso sind verschwindend wenig strikte Anti-Demokraten in den Fachrichtungen zu erwarten. Das Interesse beim Vergleich der Fachrichtungen richtet sich demnach auf die jeweilige Entwicklung des Potentials an **vehementen** und **überzeugten**, d.h. **gefestigten** Demokraten gegenüber den **labilen** und den **distanzierten** Demokraten.

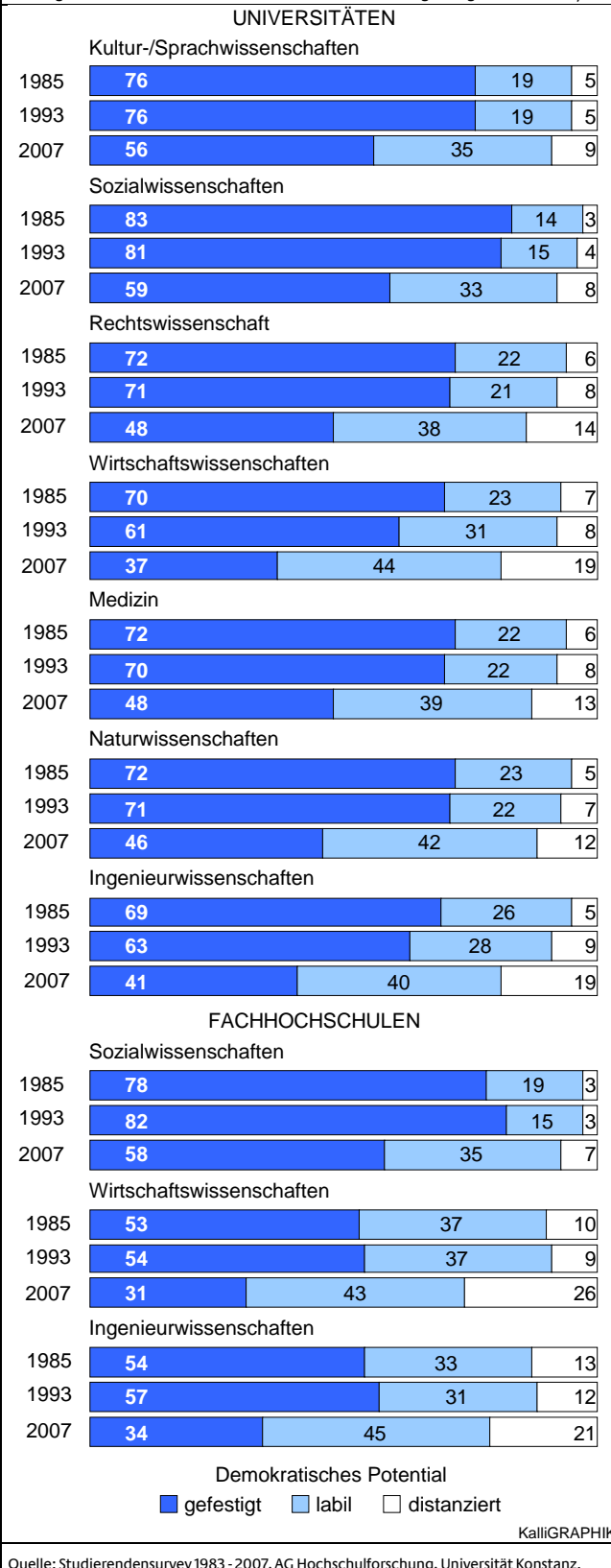
In den Fachrichtungen ist der stärkere Verlust an demokratischer Festigkeit und Überzeugung mit dem neuen Jahrtausend eingetreten, denn zwischen 1983 und 1993, auch nach der Wiedervereinigung von 1990, sind nur wenige Veränderungen erkennbar. Im Gegenzug ist die Gruppe der labilen und uneindeutigen Demokraten 2004 sehr stark angestiegen und auch die Gruppe der distanzierten, tendenziell antidemokratischen Studierenden hat in allen Fachrichtungen erheblich im neuen Jahrtausend zugenommen (vgl. Abbildung 8).

In einigen Fachrichtungen sind die entschieden, gefestigten Demokraten zur Minderheit geworden und liegen 2007 bei etwa einem Drittel, wie in den Wirtschaftswissenschaften (37% an Universitäten, 31% an Fachhochschulen). Aber auch in

Abbildung 8

Demokratische Haltung in den Fächergruppen an Universitäten und Fachhochschulen (1985, 1993, 2007)

(Demokratie-Skala mit 5 Items (tlw. umgepolt); Summenscore von 0 – 30; zusammengefasste Kategorien: 0 - 15 = distanzierte, 16 - 20 = labile und 21 – 30 = gefestigte Demokraten)



Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

den Ingenieurwissenschaften ist der Anteil ähnlich gering wie an den Fachhochschulen bei 34% und an den Universitäten bei 41%. Auch in der Medizin und der Rechtswissenschaft sind unter den Studierenden mit 48% mittlerweile weniger als die Hälfte gefestigte Demokraten.

Dagegen haben die distanzierten, teilweise antidemokratischen Studierenden öfters einen Anteil über der Zehn-Prozent-Marke 2007 erreicht. Er erscheint vor allem in den Ingenieur- und in den Wirtschaftswissenschaften an den Fachhochschulen mit 21% bzw. 26% bedenklich hoch.

Neue Konstellationen in den Fächergruppen

Es sind die pluralistischen, oppositionellen, kontroversen Elemente der freiheitlichen Demokratie, welche die Differenzen zwischen den Fächergruppen vor allem ausmachen. Dies war bereits in den 90er Jahren zu beobachten, freilich waren es damals nur "unterschiedliche Akzente im demokratischen Verständnis nach Fächergruppen" (Bargel, 1994, S. 34). Im neuen Jahrtausend ist die Entwicklung entschieden weiter gegangen, so dass nunmehr drei Konstellationen in den Fachrichtungen zu erkennen sind, je nachdem welche demokratische Haltung dominiert und welche Gruppierungen sich gegenüber stehen:

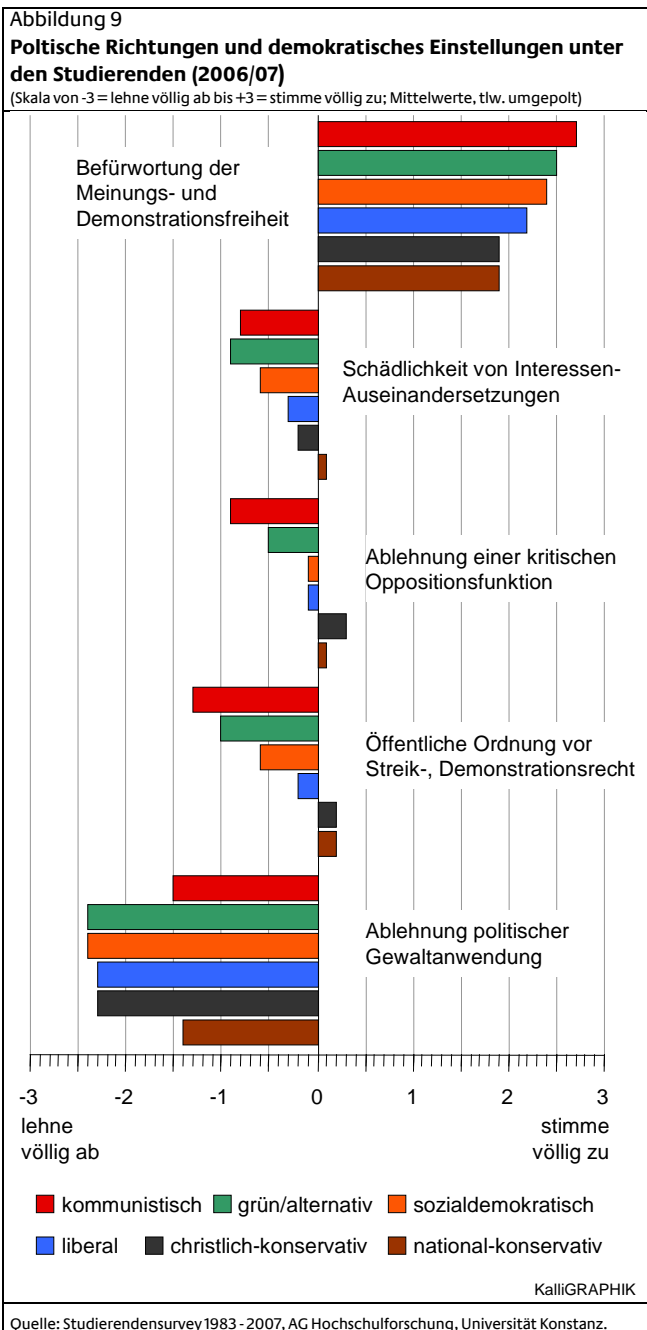
- Die gefestigten Demokraten finden sich vor allem noch in den Sozialwissenschaften; aber auch in den Kultur- und Sprachwissenschaften bilden die gefestigten Demokraten weiterhin eine knappe Mehrheit;
- die labilen und distanzierten Demokraten stehen mit gleichem Gewicht, sogar als eine gewisse Mehrheit, den gefestigten Demokraten in den Rechtswissenschaften, in der Medizin und in den Naturwissenschaften gegenüber;
- die distanzierten Demokraten sind vor allem in den Wirtschaftswissenschaften anzutreffen, an den Universitäten mit 19%, an den Fachhochschulen mit 26% sogar in einem besonders hohen Ausmaß.

Die sozialen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen von Demokraten sind durch einige Spannungen, Misstrauen und Konfrontationen bestimmt. So sind den gefestigten Demokraten die labilen suspekt, weil sie ihnen nicht als "genuine Demokraten" (Habermas u. a. 1961) erscheinen; anderen sind die vehementen Demokraten zu fundamentalistisch, deren praktische Demokratietauglichkeit bezweifelt wird (Noelle-Neumann 1978).

4.3 Politische Richtungen und demokratisches Verständnis

Bei den Studierenden, die sich für die verschiedenen politischen Richtungen aussprechen, besteht ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie, folgt man ihren geäußerten Einstellungen. Bei den Anhängern aller politischen Richtungen ist gegenüber den 90er Jahren ein gewisser Abbau der demokratischen Überzeugungen festzustellen.

Geringere Verschiebungen hat es bei den beiden demokratischen Grundüberzeugungen gegeben – darin sind sich die Vertreter aller Richtungen nahezu einig; beim Demonstrationsrecht sind allerdings die national-konservativen in gleichem Maße wie die christlich-konservativen Anhänger etwas zurückhaltender (vgl. Abbildung 9).



Größere Differenzen werden sichtbar wenn es um die strittige Demokratie geht – sie wird eher von grün-alternativen, sozialdemokratischen aber auch kommunistisch-marxistischen Studierenden befürwortet, weniger von den liberalen (was erstaunlich sein mag), aber noch weniger von den konservativen

Studierenden, nationaler oder christlicher Provenienz. Die kritische Funktion der Opposition wird am wenigsten von den christlich-konservativen Studierenden bejaht; vielmehr meinen sie mehrheitlich, die Opposition solle die Regierung unterstützen, statt sie zu kritisieren.

Extreme befürworten häufiger politische Gewalt

Auffällig ist die Haltung zum **politischen Gewaltverzicht**: Sowohl national-konservative wie auch kommunistisch-marxistische Studierende rücken weniger deutlich von Gewalt als politisches Mittel ab, während die Studierenden aller anderen Richtungen in ihrer vehementen Ablehnung fast völlig übereinstimmen. Während sich von den extremeren Positionen der kommunistisch-marxistischen wie der national-konservativen Richtung immerhin 20% für die Anwendung von Gewalt aussprechen, sind es in allen anderen Richtungen nicht mehr als 4% bis 6%. Im Gegenzug sprechen sich von den extremeren Richtungen etwas weniger als zwei Drittel für den Gewaltverzicht aus, bei den anderen Gruppierung sind es durchweg mehr als vier Fünftel mit dieser Haltung (zwischen 84% bis 86%).

Stärkste Differenz der Anhänger verschiedener Grundrichtungen bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung

Am meisten liegen die Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen auseinander, wenn sie das Recht auf Streik und Demonstrationen gegen die Gefährdung der öffentlichen Ordnung abwägen. Das Ergebnis trennt das Meinungsbild der Studierenden am schärfsten.

Am meisten beharren die Anhänger der grün-alternativen und der kommunistisch-marxistischen Grundrichtung auf Streik und Demonstrationen, selbst wenn die öffentliche Ordnung gefährdet ist: Zu etwa zwei Drittel (68% bzw. 63%) geben sie sich "rebellisch". Am stärksten setzen erwartungsgemäß studentische Anhänger konservativer Positionen auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung, und zwar die national-konservativen noch deutlich mehr (53%) als die christlich-konservativen (42%). Bei den sozial-demokratisch gesinnten Studierenden, die größte Gruppe an den Hochschulen, überwiegt das Festhalten an Streik und Demonstrationen recht knapp (für 52%). Die größte Aufspaltung liegt bei den liberalen Studierenden vor, wo sich ähnlich viele für das Demonstrationsrecht (46%) wie für die öffentliche Ordnung (36%) aussprechen.

4.4 Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung

Die Frage nach der persönlichen Zufriedenheit mit den Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Geschehen ist zwar recht einfach zu stellen, aber in ihren Befunden schwerer zu interpretieren und einzuordnen. Denn es bedarf einer genaueren Betrachtung, um aussagen zu können, was diese Zufriedenheit oder Unzufriedenheit ausdrückt, insbesondere im Zusammenhang mit dem politischen Engagement.

Mehrheit der Studierenden ist unzufrieden

Die Feststellung, die gegenwärtigen Möglichkeiten der politischen Mitwirkung seien für sie persönlich zufriedenstellend, lehnt die Mehrheit der Studierenden ab. Im Jahr 2004 äußerten sich 46% als unzufrieden und 30% als zufrieden mit ihren politischen Mitwirkungsmöglichkeiten (Frage 2007 nicht gestellt).

Weitere 24% der Studierenden konnten sich nicht entscheiden, ob sie zufrieden oder unzufrieden sind, wiederum der höchste Wert für ein "unentschieden-entscheidungslos" in der gesamten Zeitreihe seit 1983 (ansonsten liegen die Werte zwischen 19% und 21% für diese „mittlere“ Kategorie).

Tabelle 11

Zufriedenheit der Studierenden mit den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten (1983 - 2004)

(Skala von 0 = stimmt überhaupt nicht bis 6 = voll und ganz; Angaben in Prozent für Kategorien 0-1 = ganz unzufrieden, 2 = eher unzufrieden, 3 = teils-teils, 4 = eher zufrieden, 5-6 = ganz zufrieden)

	Zufriedenheit mit Mitwirkungsmöglichkeiten ¹⁾					Insgesamt
	ganz unzufrieden	eher unzufrieden	teils-teils	eher zufrieden	ganz zufrieden	
1983	28	20	20	13	19	100
1985	29	20	20	13	17	100
1987	30	20	19	13	18	100
1990	25	22	21	15	17	100
1993	36	23	20	11	11	100
1995	28	21	20	15	16	100
1998	28	22	20	15	15	100
2004	27	19	24	15	15	100

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Frage 2007 nicht gestellt

In der Zeitreihe über die Zufriedenheit mit der Mitwirkung in der Demokratie ist keine eindeutige Tendenz zu beobachten: Mit einer Ausnahme beträgt die Quote der zufriedenen Studierenden 30% bis 32%, liegt also nahe beieinander. Entsprechend ist der Anteil der mit den Mitwirkungsmöglichkeiten unzufrieden Studierenden mit 59% im Jahr 1993 zwar am höchsten, aber ansonsten hat auch diese Quote wenig variiert: zwischen 50% (1987 und 1998) und nur 46% (2004).

Unzufriedenheit und politisches Interesse

Die Frage zur Zufriedenheit erbringt bei den Studierenden im Zeitvergleich stets eine fast gleiche Verteilung: Grob unterteilt ist die Hälfte unzufrieden, ein Fünftel äußert sich teils-teils und knapp unter einem Drittel ist zufrieden; es gibt wenig stärkere Ausschläge. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass zur Demokratie immer ein Gutteil Unzufriedenheit mit den eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten gehört, zumal unter den Studierenden. Je stärker das politische Interesse und das Engagement, desto mehr werden die Grenzen eigener Einflussnahme gespürt und desto größer fällt die Unzufriedenheit aus.

Es mag paradox klingen, aber die Daten sprechen dafür: Ein größeres Maß an Unzufriedenheit (im normalen Rahmen)

spricht nicht gegen, sondern eher für demokratische Verhältnisse und Haltungen. Unzufriedenheit in diesem Sinne ist ein Movens für Auseinandersetzung und Entwicklung, Zufriedenheit signalisiert eher Anpassung und Stagnation.

Dies wird auch daran ersichtlich, dass zwischen politischem Interesse, Verantwortlichkeit oder kognitiver Kompetenz jeweils kein einfacher, linearer Zusammenhang mit der Mitwirkungszufriedenheit am politischen Geschehen besteht. Vielmehr sind sowohl die politisch Passiven und Desinteressierten als auch die Aktiven und Interessierten mit den Möglichkeiten zur Mitwirkung unzufriedener. Dagegen äußern sich Studierende mit mittlerem oder schwächerem politischem Interesse häufiger als teilweise zufrieden.

Mit steigendem politischem Interesse wird das Urteil der Studierenden über ihre Zufriedenheit mit den Mitwirkungsmöglichkeiten außerdem entschiedener. Die mittlere Kategorie wird deutlich weniger gewählt, dafür erhöht sich der Anteil der eindeutig Zufriedenen wie der eindeutig Unzufriedenen, letztere sogar ein wenig stärker (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12

Stärke des politischen Interesses und Mitwirkungszufriedenheit (WS 2003/04)

(Angaben in Prozent)

Mitwirkungszufriedenheit	Politisches Interesse ¹⁾				
	ganz gering	wenig	mittel	eher	sehr stark
gar nicht	28	25	23	23	32
eher nicht	13	19	23	22	18
teils-teils	31	30	28	25	22
eher zufrieden	10	11	14	16	15
völlig zufrieden	18	15	13	14	18
Insgesamt	100	100	100	100	100

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Frage 2007 nicht gestellt

Die Einstellungen der Studierenden zur Demokratie lassen zwar ein Festhalten an den zwei grundlegenden Prinzipien der Meinungsfreiheit und des Gewaltverzichts erkennen, aber größere Teile haben zunehmende Schwierigkeiten mit den offenen und kontroversen Elementen einer pluralistischen Demokratie: Sie zeigen einige Ambivalenz (vgl. Dippelhofer 2008).

Insofern lässt sich nicht mehr die Diagnose stellen, wie noch Ende der 90er Jahre, dass es sich bei der deutschen Jugend, insbesondere den Studierenden, um "unzufriedene Demokraten" handele (vgl. Gille/Krüger 2000). Vielmehr ist der Anteil an labilen und distanzierten Demokraten unter ihnen im neuen Jahrtausend dermaßen angestiegen, dass der Wandel ein neues Etikett verlangt. Da das wesentliche Kennzeichen des Wandels der Verlust an demokratischer Gefestigkeit ist und vor allem die Distanz zu Kontroversen und Pluralität zugenommen hat, bietet es sich an, die neue Studentengeneration als "**labile Demokraten**" zu bezeichnen.

5 Politische und soziale Partizipation an den Hochschulen

Seit längerem bringen sich die Studierenden bei der Gestaltung von Hochschulen und Studium wenig ein, sie bleiben den Wahlen zu den Hochschulgremien fern und haben sich von einer eigenen studentischen Politik weitgehend verabschiedet. Aufforderungen, bei der Entwicklung des Europäischen Hochschulraumes mitzuwirken, kommen sie nur zögerlich nach. Eine Reihe von Fragen sind angesichts dieser Zurückhaltung zu stellen: Wie hat sich die studentische Partizipation an den Hochschulen und in den Fachschaften entwickelt? Welche Aufgaben werden von den studentischen Vertretungen erwartet? Haben die aktiven Vertreter/innen andere Prioritäten als die "schweigende Mehrheit"? Welchen Stellenwert hat das allgemeine politische Mandat, einst umstritten, für die heutigen Studierenden?

5.1 Interesse an Hochschulpolitik und studentischen Aktivitäten

Bei Untersuchungen zur Partizipation der Studierenden an den Hochschulen bietet es sich an, zwei Bereiche zu unterscheiden: Zum einen die institutionellen Gruppen und Gremien an den Hochschulen (wie Fachschaft, AStA, Senat, politische Vereinigungen oder Aktionsgruppen), und zum anderen die sozialen und kulturellen Angebote und Gruppierungen (wie Hochschulsport, Studentengemeinden, Verbindungen, Theatergruppen oder Orchester) (vgl. Dippelhofer 2004).

Traditionell geringes Interesse an Hochschulpolitik

Das Interesse der Studierenden an Fragen der Hochschulentwicklung in der Nachkriegszeit war traditionell gering - mit spezifischen Ausnahmen in einzelnen Phasen (vgl. Jarausch 1984). Bereits frühere Untersuchungen hatten aufgezeigt, dass die Studierenden der Hochschulpolitik häufig distanziert gegenüber stehen (vgl. Adam 1965). Das Interesse der Studierenden für "hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen" hat sich auch in den 80er und 90er Jahren sowie im neuen Jahrtausend nicht entscheidend geändert. Anders als beim allgemeinen politischen Interesse ist allerdings kein genereller Trend des Rückgangs festzustellen.

Zumeist befindet sich das Interesse der Studierenden an der **Hochschulpolitik und den hochschulpolitischen Entwicklungen** auf einem niedrigen Niveau: Nicht mehr als 13% bis 14% bezeichnen sich als stark interessiert. Demgegenüber befassen sich zwischen 39% und 41% gar nicht oder wenig mit diesen Fragen. Die übrigen Studierenden, zumeist knapp weniger als die Hälfte, bescheinigen sich ein mittleres Interesse. Diese Verteilung von Interesse und Desinteresse tritt in fast allen Erhebungen auf; sie ist erstaunlich stabil (vgl. Tabelle 13).

Ausnahmen stellen die beiden Erhebungen von 2001 und 2004 dar: zu beiden Zeitpunkten liegt das studentische Interesse an der Hochschulentwicklung jeweils etwas höher. In dieser Phase bezeichnen sich immerhin 20% der Studierenden als stark und nicht mehr als 30% als wenig bzw. gar nicht daran interessiert. Man darf vermuten, dass dieser Anstieg mit den damaligen Debatten und Auseinandersetzungen um die Studiengebühren zusammenhängt, weniger mit der Einführung des Europäischen Hochschulraumes.

Aber 2007 sind die früheren Verhältnisse der studentischen Distanz gegenüber der Hochschulpolitik wieder zurückgekehrt. Das hochschulpolitische Interesse der Studierenden hat sich auf das "Normalmaß" reduziert: 14% äußern ein starkes und 39% ein geringes oder kein Interesse; die knappe Hälfte attestiert sich ein mittleres Interesse. Die Debatten um die Studiengebühren sind offenbar für viele beendet und die Entwicklung des Europäischen Hochschulraumes weckt kaum politische Aufmerksamkeit unter den Studierenden.

Eigene studentische Politik wenig gefragt

Kaum Anklang findet eine eigene studentische Politik. In der Regel äußern sich nicht mehr als 6% bis 7% als daran stark interessiert; nur 2004 wird sie etwas mehr befürwortet (von 10%). Stets bildet die Gruppe Studierender, die sich darum nicht kümmert, die eindeutige Mehrheit: Sie liegt durchweg bei etwa 60%, worunter nicht wenige (13% - 16%) gar nichts davon halten. Nur 2001 fällt der Anteil der Desinteressierten bis auf 51% ab, steigt aber 2007 wieder auf 60% an - die alten Verhältnisse einer großen Distanz gegenüber einer eigenen studentischen Politik haben sich wieder eingestellt.

Tabelle 13
Interesse der Studierenden an Hochschulpolitik und an studentischer Politik (1983 - 2007)
(Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark interessiert; Angaben in Prozent für Kategorien 0-2 = gering, 3+4 = mittel, 5+6 = stark interessiert)

	Interesse an Hochschulpolitik			Interesse an studentischer Politik		
	gering	mittel	stark	gering	mittel	stark
Früheres Bundesgebiet						
1983	35	48	17	55	36	9
1985	41	45	14	61	32	7
1987	41	46	13	61	32	7
1990	36	50	14	61	32	7
Deutschland						
1993	39	48	13	60	34	6
1995	40	47	13	62	32	6
1998	31	49	20	53	37	10
2001	30	51	19	54	38	8
2004	30	50	20	51	39	10
2007	39	47	14	60	33	7

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Kaum Unterschiede im hochschulpolitischen Interesse nach der Hochschulart

Zwischen den Studierenden an den beiden Hochschularten bestehen keine nennenswerten Unterschiede mehr, sei es im Interesse an Hochschulpolitik oder in der Stützung einer studentischen Politik. Zwar war in den 80er Jahren an den Universitäten das hochschulpolitische Interesse etwas größer, aber es entspricht in den 90er Jahren dem an den Fachhochschulen. Die studentische Politik wurde ebenfalls in den 80er Jahren an den Universitäten etwas mehr mit getragen; aber nach der deutschen Vereinigung standen ihr in den 90er Jahren die Studierenden an den Fachhochschulen etwas aufgeschlossener gegenüber. Mit der Erhebung 2007 ist eine Angleichung eingetreten: an Hochschulpolitik sind an beiden Hochschularten jeweils 14% stark interessiert, an der studentischen Politik 7%.

5.2 Beteiligung an der Hochschule und in den Fachschaften

Allenthalben ist ein Rückgang der Beteiligung von Studierenden an Gremien und Gruppen ihrer Hochschule zu beobachten. Nicht nur der Anteil häufiger Aktivisten hat abgenommen, auch die gelegentlich Aktiven sind weggeblieben. In allen politischen Einrichtungen der Hochschule war die Bereitschaft der Studierenden zur Teilnahme noch nie so gering wie 2007.

In den Fachschaften ist die Beteiligung 2007 auf 11% gefallen und in der studentischen Selbstverwaltung auf 5%; in offiziellen Gremien sind noch 2% vertreten; an den informellen Aktionsgruppen beteiligen sich nur 8% und in politischen Studentenvereinigungen mit 4% noch weniger (vgl. Tabelle 14).

Kleiner Kreis an Aktiven für die politische Fachschafts- und Gremienarbeit an den Hochschulen

Die **Beteiligung an Fachschaften** weist die vergleichsweise höchste Quote auf: Sie betrug in den 80er und 90er Jahren noch 14% bis 18% (1998), ist aber bis 2007 stark gefallen. Gut ein Drittel der Studierenden ist daran gänzlich desinteressiert. Die Fachschaften haben einiges ihrer früheren Attraktivität bei einem größeren Kreis Studierender verloren.

An der **studentischen Selbstverwaltung/Vertretung (AStA u.ä.)** nehmen nur 5% noch teil, nachdem in den 80er oder 90er Jahren auch 6% erreicht wurden - allerdings war die Quote der Aktiven als studentische Vertreter/innen nie hoch. Aber der Anteil der Desinteressierten ist kontinuierlich auf knapp über die Hälfte gestiegen.

Die **offiziellen Selbstverwaltungsgremien (Senat, Konzil u.ä.)** finden kaum mit studentischer Beteiligung statt. Sie war naturgemäß nie hoch und überschritt auch in den 80er Jahren nicht 4%; aber 2007 hat sie sich auf 2% halbiert. Zwei Drittel der Studierenden haben überhaupt kein Interesse für die offiziellen Gremien der Selbstverwaltung ihrer Hochschule, deutlich mehr als in den 90er Jahren.

Rückzug von politischen Studentenvereinigungen und Aktionsgruppen

Der Rückzug aus den politischen Studentenvereinigungen ebenso wie aus den informellen Aktionsgruppen an den Hochschulen ist besonders augenfällig. Der Rückgang betrifft sowohl die aktiven Teilnehmer als auch das interessierte Publikum; dagegen haben sich die Desinteressierten stark vermehrt.

Tabelle 14

Interesse und Teilnahme der Studierenden in politischen Gruppen und Gremien an ihrer Hochschule (1983 - 2007)

(Angaben in Prozent; Differenz zu 100 Prozent: Kategorie 6 = gibt es nicht)

	1983	1985	1987	1990	1993	1995	1998	2001	2004	2007
Fachschaften										
nicht interessiert	26	29	28	28	29	28	24	32	31	35
Interesse, keine Teiln.	58	57	58	57	54	54	57	54	55	54
Teilnahme / Amt ¹⁾	16	15	14	15	14	16	18	14	13	11
Studentische Selbstverwaltung (AStA)										
nicht interessiert			43	43	42	43	41	51	50	52
Interesse, keine Teiln.			51	52	51	50	52	42	44	42
Teilnahme / Amt			6	5	5	6	6	5	5	5
Offizielle Gremien (Senat, Konzil)										
nicht interessiert	52	52	53	55	57	56	52	63	63	66
Interesse, keine Teiln.	44	44	44	42	38	39	42	32	32	31
Teilnahme / Amt	4	4	3	3	3	3	3	3	3	2
Politische Studentenvereinigungen										
nicht interessiert	55	59	60	62	66	67	63	66	63	67
Interesse, keine Teiln.	37	34	33	32	27	26	30	28	31	27
Teilnahme / Amt	8	7	7	6	4	4	5	4	4	4
Informelle Aktionsgruppen										
nicht interessiert	36	39	43	41	44	49	45	54	54	60
Interesse, keine Teiln.	47	44	42	43	39	36	38	33	33	29
Teilnahme / Amt	17	17	15	16	14	12	14	9	9	8

Quelle: Studierenden survey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) Kategorie „gelegentlich“ und „häufig/habe ein Amt inne“ zusammengefasst.

Für die **politischen Studentenvereinigungen** hat sich die Quote der Teilnahme zwischen 1983 und 2007 von 8% auf 4% halbiert; sie war schon 1993 nach der Wiedervereinigung auf 4% bis 5% gefallen. Zwei Drittel der Studierenden haben an den politischen Studentenvereinigungen (von den Jusos bis zum RCDS oder andere Gruppen) kein Interesse mehr.

Bei den **informellen Aktionsgruppen**, einst mit einigem Zulauf, ist ebenfalls stufenweise eine Halbierung der Teilnehmer eingetreten: Lag die Quote in den 80er Jahren noch bei 15% bis 17%, ging sie in den 90er Jahren auf 12% bis 14% zurück und fiel dann im neuen Jahrtausend bis 2007 sogar auf 8% ab. Hier ist der Anstieg des Desinteresses am größten: von etwa einem Drittel (1983) über knapp die Hälfte (1998) bis zu beachtenswerten 60% (2007).

Der **Kreis der desinteressierten** Studierenden ist stark angewachsen, und zwar bei allen politischen Gruppen und Gremien: um 9 (Fachschaften) bis 24 Prozentpunkte (Aktionsgruppen) zwischen 1983 und 2007. Solche vermehrte Teilnahmslosigkeit, solche Verringerung bei den Aktiven als auch beim Publikum der Hochschulpolitik, ihrer Gestaltung und Entwicklung, solche Abstinenz der Einflussnahme und des Verzichts auf Interessenvertretung belegt, dass für viele Studierende die Hochschule kein Lebensraum mehr ist, der sie angeht. Sie mögen sie als "Dienstleistungsunternehmen" ansehen, an dem sie nicht mitwirken, sondern nur als Kunden ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Angebot äußern. Diese Änderung der studentischen Haltung zur Hochschule hat sich vor allem im neuen Jahrtausend verschärft, nachdem sie sich in den 90er Jahren bereits abzeichnete.

5.3 Beteiligung an sozialen und kulturellen Gruppen

Als soziale Gruppen, die dem Austausch und möglichen Aktivitäten dienen, können der Studentensport, kulturelle Aktivitäten (z.B. Theater-, Musikgruppen), aber auch die Studentengemeinden (meist kirchlich) oder die traditionellen Studentenverbindungen angesehen werden. Wie steht es mit der Betätigung in kulturellen Einrichtungen oder bei den kirchlichen Studentengemeinden? Was ist aus den Verbindungen geworden, erfahren sie eine Renaissance?

Auch bei den sozialen und kulturellen Angeboten ist ein geringer Rückgang der Beteiligung seitens der Studierenden festzustellen, der aber längst nicht so ausgeprägt ist wie bei den politischen Gremien und Gruppen an der Hochschule. Bei einigen Angeboten hat sich der Kreis des Publikums und der potentiellen Mitwirkenden sogar etwas vergrößert.

Höchste Beteiligung am Studentensport

Ganz auszunehmen ist der **Studentensport**, der ein unverändert hohes Interesse und eine breite Beteiligung erfährt. Nur ein Viertel der Studierenden ist daran nicht interessiert, unter dem Motto „No sports“. Aber 43% nehmen daran teil, wenngleich nicht alle regelmäßig (vgl. Tabelle 15).

Die kulturelle Aufgeschlossenheit ist unter den Studierenden begrenzt. Nicht mehr als ein Viertel von ihnen ist in **kulturellen oder musischen Gruppen** aktiv, wobei ein leicht fallender Trend bei der Beteiligung zu beobachten ist.

	1983	1985	1987	1990	1993	1995	1998	2001	2004	2007
Hochschul-/Studentensport										
nicht interessiert	27	27	28	29	25	26	26	25	23	24
Interesse, keine Teiln.	29	30	28	30	29	30	30	32	34	33
Teilnahme / Amt	44	43	43	41	46	44	44	43	43	43
Kulturelle/musische Gruppen										
nicht interessiert		33	35	35	33	33	34	33	33	35
Interesse, keine Teiln.		38	38	37	37	36	38	38	41	38
Teilnahme / Amt		29	27	28	28	29	26	26	24	25
Studentengemeinden										
nicht interessiert	71	72	75	75	72	73	73	69	70	70
Interesse, keine Teiln.	21	20	18	18	17	17	18	20	19	20
Teilnahme / Amt	8	8	7	7	8	7	7	6	6	7
Studentenverbindungen										
nicht interessiert	81	80	81	82	76	78	76	74	75	75
Interesse, keine Teiln.	13	15	14	13	17	15	17	18	17	18
Teilnahme / Amt	6	5	5	5	5	5	5	5	4	4

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Kategorie „gelegentlich“ und „häufig/habe ein Amt inne“ zusammengefasst.

Begrenzt Potential für die Studentengemeinden

Für die Studentengemeinden (unterschiedlicher Konfessionalität) besteht nur ein begrenztes Potential unter den Studierenden. Es hat sich im Zeitverlauf nur wenig verändert: Gegenwärtig liegt es bei 18% Interessierter und 7% aktiver Teilnehmer/innen. Leicht zurückgegangen ist der Kreis der völlig Desinteressierten, bleibt aber mit 70% recht hoch.

Keine Renaissance der Studentenverbindungen

Die Studentenverbindungen haben keinen größeren Zulauf, obwohl konventionelle Orientierungen und konservative Haltungen unter den Studierenden zugenommen haben. Der Anteil der „Aktiven“ ist sogar auf 4% gesunken, nachdem er Anfang der 80er Jahre bei 6% lag. Das ablehnende Desinteresse hat sich allerdings etwas verringert.

5.4 Aufgaben der studentischen Vertretungen

Die studentischen Vertretungen und ihre Aufgaben, an den einzelnen Hochschulen oder als bundesweiter Verband, waren stets umstritten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand oft die Frage nach dem allgemeinen politischen Mandat. Neuerdings wird ein Wechsel bei den studentischen Vertretungen diagnostiziert: weg von politischen Parolen und Demonstrationen hin zu Serviceleistungen und Kundenorientierung. Der möglichen Entwicklung und dem gegenwärtigen Stand ist anhand des Studierenden surveys nachzugehen: Welche Aufgaben werden den Studentenvertretungen zugeschrieben? Wie steht es um das politische Mandat: Wird es befürwortet oder abgelehnt?

Allgemein politisches Mandat umstritten

Die politische Vertretung der Studierenden nach außen, das **allgemeinpolitische Mandat**, wird von den Studierenden seit Ende der 90er Jahre stärker und vordringlicher als Aufgabe der Studentenvertretung verlangt.

In den 80er Jahren verneinte über ein Viertel der Studierenden das allgemein politische Mandat und nicht mehr als 30% sprachen sich für eine politische Vertretung nach außen durch ihre Studentenvertreter aus; die übrigen Studierenden, insgesamt recht viele, hatten keine direkte Meinung dazu. Ähnlich blieben die Verhältnisse nach der Wiedervereinigung in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Zwar verneinten etwas weniger Studierende das politische Mandat (Rückgang auf 22%); aber auch weniger sprachen sich entschieden dafür aus: Nur 5% bezeichneten es als vordringlich und weitere 23% befürworteten es.

Erst 1998 trat eine Wende ein: Gegen das allgemein politische Mandat waren nur noch 17%, aber 40% votierten dafür, darunter 10% sogar als vordringlich. Damit war eine hohe Quote der Zustimmung erreicht, die im neuen Jahrtausend weitgehend beibehalten wurde. 2007 sprechen sich 39% dafür aus (darunter 9% sogar als vordringlich). Zugleich ist die Ableh-

nung des allgemein-politischen Mandates weiter zurückgegangen: 2004 und 2007 lehnen es nur noch 13% bzw. 14% ab.

Im Verhältnis zu den anderen möglichen Aufgaben der studentischen Vertretung hat aber das politische Mandat für die Studierenden einen nachgeordneten Stellenwert - es bleibt in der konkreten Anwendung auch weiterhin umstritten, da 47% es nur mit Vorbehalten befürworten und 14% völlig ablehnen.

Ähnlich verhält es sich mit der Aufgabe, die **Studentenschaft zu organisieren** und deren politisches Bewusstsein zu bilden. Bis Ende der 80er Jahre, in den alten Ländern, lag die Quote der Befürwortung als dringliche oder starke Aufgabe für die Studierendenvertretung bei gut einem Drittel (36% bis 38%); die Verneinung dieser Aufgabe blieb bei knapp unter einem Fünftel (18% bis 19%). Mit der Wiedervereinigung bis Mitte der 90er Jahre trat eine gewisse Zurückhaltung bei dieser Aufgabe ein: Die Befürwortung sank leicht unter ein Drittel (32%), dagegen belief sich die Ablehnung nun auf 20%.

Ebenfalls Ende der 90er Jahre steigt dann die Befürwortung dieser Aufgabe deutlich an, und zwar im Jahr 1998 auf 42%, darunter 10% sogar als vordringlich; und die Verneinung dieser Aufgabe fiel auf 14%. Zwar liegen für das neue Jahrtausend zu dieser Aufgabe keine weiteren Stellungnahmen vor, es ist aber anzunehmen, dass die zustimmenden Voten ähnlich wie beim allgemeinpolitischen Mandat hoch geblieben sind.

Die Voten für das **allgemein politische Mandat** (die politische Vertretung nach außen) und für die politische Organisation der Studentenschaft als Aufgaben der Studierendenvertretung haben sich in den letzten Jahren vergleichsweise auf hohem Niveau verfestigt, auch wenn andere Themen für die Studierenden vordringlicher bleiben.

Eine vermehrte Zurückhaltung bei den Studierenden, ihren Vertretern allgemeine politische Aufgaben und Funktionen zuzuschreiben, ist nicht zu erkennen. Trotz geringer eigener politischer Beteiligung wird dennoch von den studentischen Vertretern eine stärkere politische Einflussnahme verlangt. Ein völliger politischer Verzicht der Studentenvertretung entspricht daher nicht dem mehrheitlichen Votum der Studierenden - die allerdings bei der Wahrnehmung sich weniger engagieren, sie offensichtlich mehr an die Vertreter delegieren.

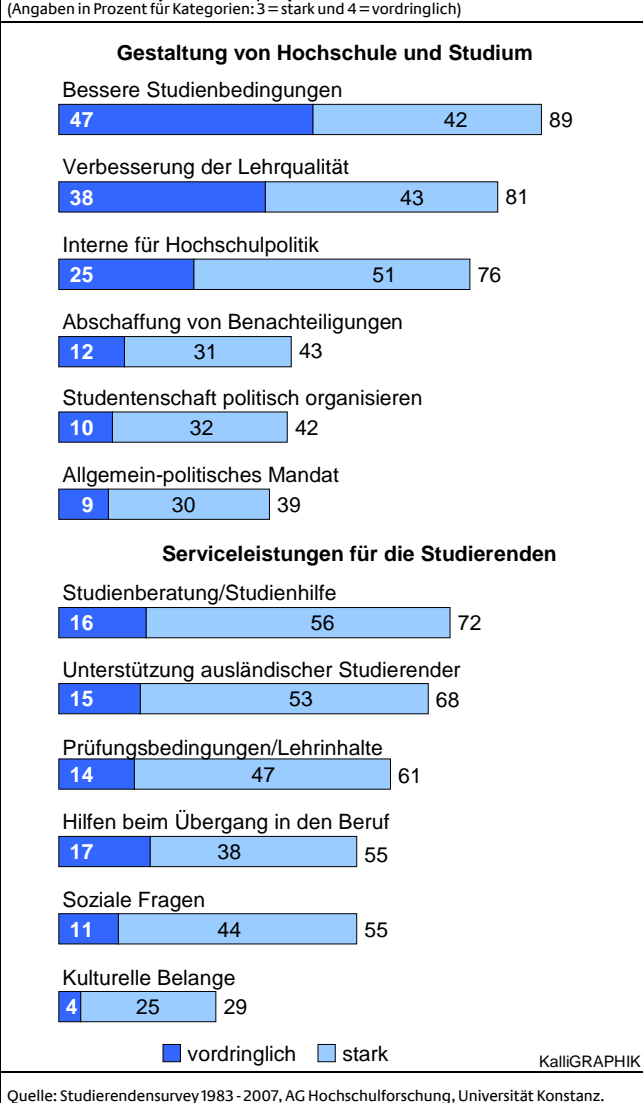
Die Diskussion um die Studiengebühren, die neuen politischen Verfassungen der Hochschulen, die Änderungen der Zulassungen, die Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes haben offenbar das Bewusstsein bei den Studierenden geschärft, dass solche hochschulpolitischen Entscheidungen in allgemeine politische Vorstellungen und Konzepte eingebunden sein sollten. Allerdings bleibt ihre Befassung damit punktuell ohne in einen allgemeineren Rahmen hochschulpolitischer Überlegungen eingebunden zu sein.

Vordringliche Aufgaben: Studienbedingungen, Lehrqualität, Hochschulpolitik

Für die Studierenden stehen als wichtigste Aufgaben ihrer Studentenvertretung drei allgemeine Aufgaben im Vordergrund, die sie 2007 am häufigsten als stark und vordringlich einstufen:

- erstens der Einsatz für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen (für 89%)
- zweitens: die Bemühung um eine Verbesserung der Qualität der Lehre (81%)
- drittens: die Einflussnahme auf die interne Hochschulpolitik (76%).

Abbildung 10
Aufgaben der studentischen Vertretungen im Urteil der Studierenden (WS 2006/07)
(Angaben in Prozent für Kategorien: 3 = stark und 4 = vordringlich)



Bei diesen Problemen handelt es sich um Aufgaben der Gestaltung an den Hochschulen, welche die Studentenschaft insgesamt betreffen und zugleich in ihrem Interesse liegen. Es handelt sich nicht um punktuelle Leistungen für die Studie-

renden oder besondere Studentengruppen. Obwohl das allgemeine politische Mandat von den Studierenden wieder stärker befürwortet wird, bleibt es auch 2007 mit 39% Zustimmung kein vordringliches Anliegen. Es gehört nicht in den Kreis der primären Aufgaben einer Studentenvertretung, allgemeine-politische Stellungnahmen vorzunehmen.

Service-Leistungen der Studentenvertretungen stehen weniger im Vordergrund

Die Aufgaben der Studentenvertretungen, die als Serviceleistungen eingestuft werden könnten, werden weniger verlangt, bilden dennoch für viele Studierende eine wichtige Aufgabe: wie die Studienberatung und Studienhilfe (72%); die Bearbeitung sozialer Fragen wie Kontaktförderung oder Wohnungssuche (55%) oder Hilfen beim Übergang in den Beruf (55%).

Viel seltener wird das Aufgreifen kultureller Belange von den Studentenvertretern verlangt, z.B. Theater, Konzerte und ähnliche Veranstaltungen zu organisieren (nur 29%). Diese Aufgabe nimmt damit den letzten Rangplatz unter den angesprochenen zwölf Aufgaben für die Studentenvertretung ein.

Aktivisten, Publikum und Passive setzen gleiche Prioritäten

Oft wird unterstellt, dass politische Funktionäre sich von ihrer Klientel abheben, deren Interessen nicht mehr kennen. Geht es den Vertretern der Studierenden ebenso? Haben aktive Mitarbeiter in Fachschaft und Gremien andere Vorstellungen und Prioritäten als die Studierenden, seien sie interessiertes Publikum oder die passive, schweigende Mehrheit?

Insgesamt ist festzustellen, dass die Stufung der Aufgaben für die Studentenvertretung in gleicher Weise erfolgt, sei es bei den desinteressierten, apathischen Studierenden (2007 immerhin 31%), beim passiven Publikum (mit 55% der größte Teil) oder bei den gelegentlich bzw. den häufig Aktiven (14%). Stets gelten für alle drei Gruppen unterschiedlichen Aktivitätsgrades die folgenden Aufgaben der Studentenvertretung als besonders wichtig:

- die Schaffung bessere Studienbedingungen,
- die Verbesserung der Lehrqualität,
- die Einflussnahme auf die interne Hochschulpolitik
- sowie die Studienberatung oder Studienhilfe.

Auch die möglichen **Serviceleistungen** der Studentenvertretungen werden von den apathischen Studierenden oder von der Publikumsmehrheit keineswegs anders gewichtet. In der Wichtigkeit wird das **politische Mandat** von den in den Gremien aktiveren Kommilitonen ähnlich zurückhaltend eingestuft. Die **kulturellen Belange** werden von allen drei Gruppen am seltensten als wichtig angesehen (vgl. Tabelle 16).

Allen Aufgaben der Studentenvertretung schreiben die desinteressierten-passiven Studierenden am wenigsten Wichtigkeit zu - gegenüber den anderen Gruppen des Publikums, der gelegentlichen Teilnehmer und der häufig Aktiven. Sie

stellen weit weniger Forderungen an die Studentenvertretung: Der Abstand einer geringeren Dringlichkeit zwischen Passiven und Aktiven liegt zwischen 5 und 14 Prozentpunkten.

Politisch Aktive sind zurückhaltender als das Publikum, auch beim politischen Mandat

Anders ist das Verhältnis des interessierten Publikums zu den Aktiven, seien sie gelegentliche Teilnehmer oder Amtsinhaber. Hier liegen zwei Möglichkeiten vor:

(1) Beide Gruppen stimmen in der Einschätzung der Aufgaben der Studierendenvertretung nahezu überein. Vor allem bei den vier wichtigsten Aufgaben herrscht einvernehmen über den hohen Stellenwert (vgl. Tabelle 16):

- Einsatz für bessere Studienbedingungen (92% und 90%),
- Verbesserung der Lehrqualität (83% und 85%),
- interne Hochschulpolitik, Einflussnahme (79% und 81%),
- Studienberatung, Studienhilfen (gleichermaßen 75%).

(2) Bei anderen Aufgaben sind die aktiven Amtsinhaber sogar etwas zurückhaltender als das interessierte Publikum. Diese Konstellation ist immerhin bei drei Aufgaben der Fall (in Klammern Prozentwerte für Publikum zu Aktive):

- Soziale Fragen, z.B. Wohnen (57% zu 55%),
- Ausländische Studierende (71% zu 69%),
- und allgemeinpolitisches Mandat (42% zu 40%).

Tabelle 16
Dringlichkeit von Aufgaben der studentischen Vertretungen nach Intensität der Partizipation (2006/07)

(Angaben in Prozent für Kategorien: 3 = stark und 4 = vordringlich zusammen)

Aufgaben	Partizipation		
	Passive (2.592)	Publikum (4.536)	Aktive (1.117)
Bessere Studienbedingungen	85	92	90
Verbesserung der Lehrqualität	78	83	85
interne Hochschulpolitik	67	79	81
Studienberatung/Studienhilfe	66	75	75
Unterstützung ausländischer Studierender	64	71	69
Prüfungsbedingungen/Lehrinhalte	55	62	67
Soziale Fragen (Kontakte, Wohn.)	54	57	55
Abschaffung von Benachteiligung der Frauen	37	45	44
Allgemein-politisches Mandat	33	42	40
Kulturelle Belange	28	30	31

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Die Unterstellung, dass die aktiven Studierenden in den Gremien und Fachschaften der Hochschulen das allgemein-politische Mandat mehr beanspruchen, im Unterschied zu ihrer studentischen Klientel, diese Unterstellung trifft offenbar nicht zu. Die politisch Aktiven und Amtsinhaber sind sogar zurückhaltender.

Trotz aller Differenzen im Umfang der Anteile besteht eine völlig gleiche Rangordnung für die Aufgaben der studentischen

Vertretungen zwischen den aktiven und den passiven. Demnach setzt die „schweigende Mehrheit“ unter den Studierenden, keineswegs andere Prioritäten, sondern stimmt darin mit den gelegentlichen Teilnehmern und den aktiven Amtsinhabern überein. Es besteht ein hohes Einverständnis über die Priorität der Aufgaben, die eher in politischen Feldern der Qualitätswahrnehmung und Hochschulpolitik gesehen wird als in Serviceleistungen (Ausnahme Studienberatung).

Aufgabenschwerpunkte und politischer Standort

Eine andere Frage bezieht sich darauf, ob die Aufgaben der Studentenvertretung anders gesehen und gewichtet werden, je nachdem welcher politischen Richtung die Studierenden angehören: Haben rechte Studierende andere Präferenzen und Prioritäten als linke Studierende?

Nur wenige Aufgaben der studentischen Vertretungen werden von linken wie rechten Studierenden (gemäß ihrer Selbsteinordnung im Links-Rechts-Spektrum) ähnlich stark gefordert: Es handelt sich um die Studienberatung, um bessere Studienbedingungen und die Verbesserung der Lehrqualität. Bei diesen zentralen Aufgaben, die von der studentischen Mehrheit als vordringlich betrachtet werden, stimmen linke und rechte Studierende in deren Gewichtung weitgehend überein.

Bei allen anderen Aufgaben bestehen mehr oder weniger große Differenzen im Hinblick auf ihre Dringlichkeit. Alles in allem sind es fast durchweg die „linken“ Studierenden, denen diese Aufgaben mehr auf den Nägeln brennen. Viel stärker votieren linke Studierende für:

- Abschaffung der Benachteiligung von Frauen (53% zu 27%),
- das allgemein-politische Mandat (48% zu 29%),
- Beeinflussung der internen Hochschulpolitik (83% zu 61%),
- die Befassung mit sozialen Fragen (61% zu 49%),
- Unterstützung ausländischer Studierender (77% zu 52%).

Besonders groß ist die Meinungsverschiedenheit zwischen rechten und linken Studierenden bei den Aufgaben der politischen Gestaltung und der sozialen Probleme. Bei diesen Aufgaben liegen die Voten teilweise so weit auseinander, dass es zu Kontroversen zwischen Vertretern der verschiedenen Richtungen kommen muss, etwa auch um die Berechtigung für ein allgemein-politisches Mandat.

Unabhängig von ihrer unterschiedlichen Haltung gegenüber den Aufgaben dürfte es studentischen Vertretern, gleich welcher politischen Richtung, schwer fallen, Studierende für Aktionen, Programme oder Wahlen zu gewinnen. Nur in Ausnahmen gelingt es, Studierende in eine aktive Politik einzubeziehen, und zwar eher für eine punktuelle Interessenvertretung als für allgemeinere politische Anliegen; ansonsten bleibt die studentische Mehrheit desinteressiert.

6 Gesellschaftsbild und gesellschaftliche Werte

Was als Gesellschaftsbild gefasst wird, bezieht sich auf Vorstellungen zum gesellschaftlichen Aufbau und seiner leitenden Werte. Zum einen steht das Ausmaß der sozialen Unterschiede und dessen Gerechtigkeit im Mittelpunkt, zum anderen die Prinzipien der sozialen Differenzierung und deren Geltung: Gilt noch das Leistungsprinzip und hat jeder eine faire Aufstiegschance? Diese Kernfragen zur gesellschaftlichen Verfasstheit werden ergänzt durch Fragen zu grundlegenden gesellschaftlichen Werten wie Wettbewerb und Solidarität oder technischer Fortschritt und Umweltschutz, die in ein Spannungsverhältnis geraten können.

6.1 Soziale Ungleichheit: Ausmaß und Gerechtigkeit

Die sozialen Unterschiede und deren Gerechtigkeit bilden den Kernpunkt der gesellschaftlichen Verfasstheit und ihrer Legitimität (vgl. Rawls 1975). Die Vorstellungen von Studierenden als zukünftiger gesellschaftlicher Elite sind daher als ein wichtiger Gradmesser für die Legitimität der gesellschaftlichen Verhältnisse anzusehen. Frühzeitig wurde dazu ein Instrumentarium mit Indikatoren zum Gesellschaftsbild und den gesellschaftlichen Werten entwickelt (vgl. Sandberger 1977).

Soziale Ungleichheit wird unterschiedlich eingeschätzt

Die Studierenden haben stets mehrheitlich die sozialen Unterschiede in Deutschland als groß bzw. eher groß bezeichnet. Im Ausmaß der Unterschiede ergeben sich im Zeitverlauf unterschiedliche Einschätzungen, die aber keinem einfachen Trend folgen (vgl. Tabelle 17).

Tabelle 17
Ausmaß der sozialen Unterschiede in der Bundesrepublik im Urteil der Studierenden (1983 - 2004)
 (Skala von 0 = gering bis 6 = groß; Angaben in Prozent für Kategorien: 0-1 = gering, 2 = eher gering, 3 = mittel, 4 = eher groß, 5-6 = groß)

Studierende insgesamt ¹⁾	Ausmaß der sozialen Unterschiede ²⁾					Mittelwert
	gering	eher gering	mittel	eher groß	groß	
1983	10	16	18	25	30	3.6
1987	6	12	17	26	40	4.0
1990	4	9	16	27	44	4.1
1993	3	7	13	28	49	4.3
1995	3	8	13	29	48	4.3
1998	3	7	13	29	47	4.3
2004	4	9	16	34	38	4.0

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
 1) 2001 und 2007 nicht erhoben
 2) Differenz zu 100 Prozent entfällt auf Kategorie weiß nicht

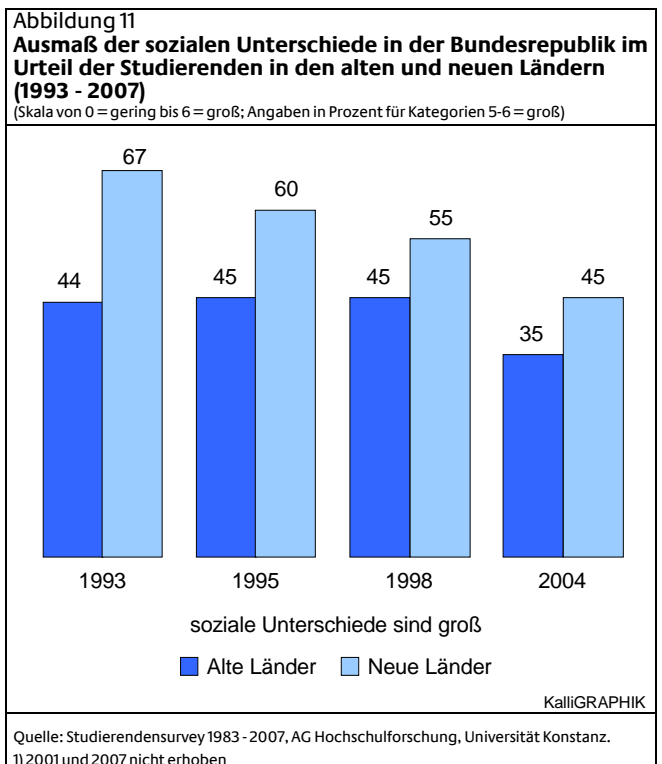
Zu Beginn der Erhebungen, 1983, war die Sicht der gesellschaftlichen Ungleichheit unter den damaligen Studierenden in den alten Ländern recht moderat: Weniger als ein Drittel

hielt sie für groß (30%). Diese Einschätzung der sozialen Unterschiede in Deutschland als groß hat bereits über die 80er Jahre eine deutliche Zunahme erfahren: Sie stieg bis 1990 auf 44%.

Vergleichsweise mehr Studierende meinten in den 90er Jahren, dass die sozialen Unterschiede groß seien, wobei die Anteile recht stabil blieben: Fast die Hälfte hielt sie für eindeutig groß, etwas mehr als ein Viertel für eher groß. Über drei Viertel der Studierenden gingen demnach von einer Gesellschaft mit ausgeprägten sozialen Unterschieden aus. Im neuen Jahrtausend (2004) halten weniger Studierende die sozialen Unterschiede für groß: Rückgang auf 38%; weitere 34% halten sie für eher groß. Insgesamt meinen weiterhin sehr viele Studierende (72%), es bestünden größere soziale Ungleichheiten.

Unterschiede in der Sichtweise von Studierenden in den alten und neuen Ländern

In den alten und in den neuen Ländern urteilen die Studierenden deutlich anders über die soziale Ungleichheit: Diese große Differenz konnte für Mitte der 90er Jahre in der ersten Phase nach der Verreinerung aufgezeigt werden (vgl. Ramm 1997). Besonders weit auseinander lagen die Urteile der Studierenden zur Ungleichheit unmittelbar nach der Wiedervereinigung (1993): Während die Studierenden in den alten Ländern die sozialen Unterschiede zu 44% für groß hielten, waren es in den neuen Ländern mit 67% weit mehr (vgl. Abbildung 11).



Im neuen Jahrtausend ist die Einschätzung der sozialen Unterschiede als groß in beiden Teilen Deutschlands weiter zurückgegangen: In den alten Ländern ist der Anteil auf 35% und in den neuen Ländern auf 45% gefallen. Eine beachtliche Differenz von zehn Prozentpunkten besteht aber weiterhin. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass nach 2004 (letzte Erhebung) eine weitere Annäherung im Urteil der Studierenden in den alten und neuen Ländern erfolgt ist.

Die ursprünglich große Differenz im Urteil über die gesellschaftliche Ungleichheit, die nach der Wiedervereinigung zwischen Studierenden in den alten und neuen Ländern zu beobachten war, ist erheblich zurückgegangen. Aber trotz dieser Annäherung ist die Sicht in den neuen Ländern kritischer geblieben.

Danach sind die Lebensverhältnisse in den neuen Ländern weiterhin mehr durch soziale Ungleichheit geprägt als in den alten Ländern, obwohl gemäß dem Urteil der Studierenden beachtenswerte Verbesserungen erreicht wurden. Das unterschiedliche Ausmaß an wahrgenommener Ungleichheit stellt ein wichtiges Moment der sozialen und politischen Spannungen zwischen den alten und den neuen Ländern dar. Für die Tiefe solcher Spannungen ist ein entscheidendes Kriterium die Gerechtigkeit solcher sozialen Unterschiede. Deren Einschätzung als gerecht oder ungerecht ist daher eine wichtige Grundlage für die gesellschaftliche Legitimität.

Soziale Ungleichheit ist für die meisten ungerecht

Wie bei der Größe der sozialen Unterschiede bewertet in allen Erhebungen mehr als die Hälfte der Studierenden diese Unterschiede als ungerecht. Die Studierenden zeigen demnach durchaus eine kritische Sensibilität und hohe Ansprüche an die Gerechtigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse. Nur in einer Erhebung, in der von 1983 im früheren Bundesgebiet, kommt mehr als ein Viertel der Studierenden zu dem Urteil "gerecht" - in allen weiteren Erhebungen bleibt der Anteil zum Teil deutlich geringer (vgl. Tabelle 18).

Tabelle 18
Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit der sozialen Unterschiede im Urteil der Studierenden (1983 - 2004)
 (Skala von 0 = ungerecht bis 6 = gerecht; Angaben in Prozent für Kategorien: 0-1 = ungerecht, 2 = eher ungerecht, 3 = teils-teils, 4 = eher gerecht, 5-6 gerecht)

Studierende insgesamt ¹⁾	Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede ²⁾					Mittelwert
	ungerecht völlig	eher ungerecht	teils- teils	eher gerecht	gerecht völlig	
1983	33	25	17	12	13	2.4
1987	36	25	17	11	11	2.3
1990	35	27	17	11	10	2.2
1993	38	28	15	11	8	2.1
1995	39	28	25	10	7	2.1
1998	38	29	16	9	7	2.1
2004	29	30	21	12	8	2.3

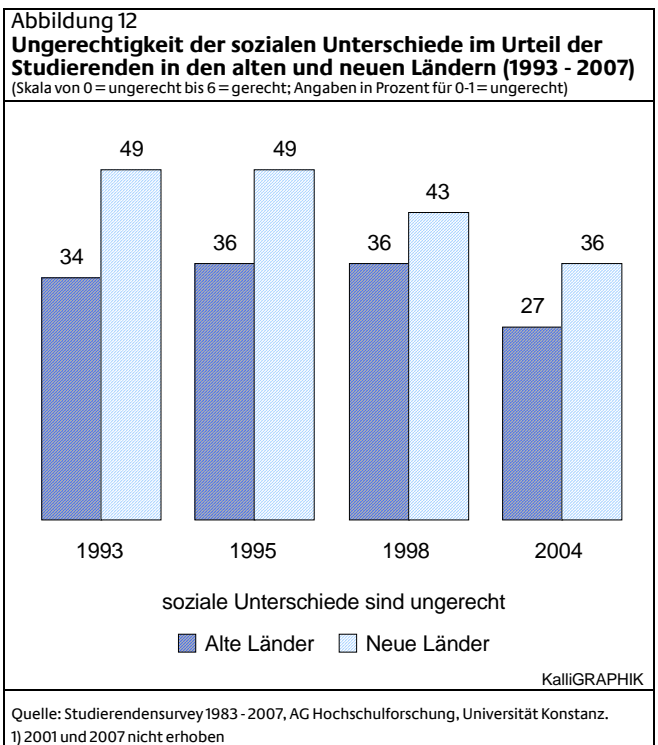
Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
 1) 2001 und 2007 nicht erhoben
 2) Differenz zu 100 Prozent entfällt auf Kategorie weiß nicht

Das studentische Urteil zur Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede folgt – ohne linearen Trend – den Einschätzungen über ihr Ausmaß: In den 80er Jahren wurden sie häufiger als gerecht eingeschätzt, allerdings auch damals mit abnehmenden Anteilen. Entsprechend stieg das Urteil über die sozialen Unterschiede als ungerecht auf 62% der Studierenden, darunter meinte ein gutes Drittel sogar, sie seien völlig ungerecht.

In den 90er Jahren erscheinen für durchweg zwei Drittel der Studierenden die sozialen Unterschiede als ungerecht. Immer weniger von ihnen stuften sie damals noch als eher oder völlig gerecht ein (Rückgang von 19% auf 16%). Nach der Wiedervereinigung Deutschlands fielen die studentischen Urteile in größerem Umfang kritisch aus, die Befürchtung einer Spaltung der Gesellschaft in Oben und Unten war unter den Studierenden verbreitet. Erst im neuen Jahrtausend ist bei dieser Frage wieder eine beachtliche Wende eingetreten: Das kritische Urteil über die sozialen Unterschiede als völlig oder eher ungerecht ist auf 59% deutlich zurückgegangen, und die Bewertung als gerecht hat immerhin wieder die Marke von 20% erreicht. Es bleibt zu fragen, ob sich darin unterschiedliche Entwicklungen in den alten und neuen Ländern verbergen?

Analoge Entwicklung im Urteil zur Gerechtigkeit sozialer Ungleichheit in den alten und neuen Ländern

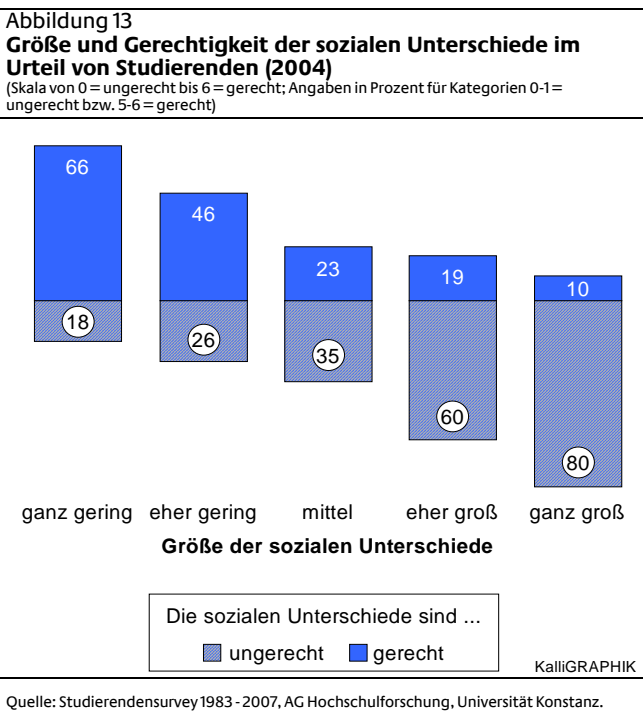
Das Urteil zur Gerechtigkeit sozialer Unterschiede hat sich bei den Studierenden in den alten und neuen Ländern ähnlich entwickelt. In der ersten Hälfte der 90er Jahre bestand eine erhebliche Differenz bei diesem Urteil: In den alten Ländern kam ein Drittel, in den neuen Ländern die Hälfte der Studierenden zum Urteil, dass sie ungerecht seien (vgl. Abbildung 12).



Bereits 1998 erfolgte eine gewisse Annäherung, wobei wiederum die Studierenden in den neuen Ländern nicht mehr ganz so häufig zu einem kritischen Urteil gelangten: noch zu 43%. Im neuen Jahrtausend, bei der Erhebung 2004, ist dann in beiden Regionen Deutschlands ein deutlicher Rückgang des Urteils über die sozialen Unterschiede als ungerecht erfolgt. Die Differenz zwischen den Studierenden in den alten und neuen Ländern ist aber weiterhin beachtlich, hat sogar gegenüber 1998 wieder leicht zugenommen: von 7 auf 9 Prozentpunkte.

Zusammenhang zwischen Wahrnehmung und Bewertung zur sozialen Ungleichheit

Die ähnliche Entwicklung der studentischen Stellungnahmen hinsichtlich der Größe der sozialen Unterschiede und ihrer Urteile über deren Gerechtigkeit legt es nahe, nach den Zusammenhang zwischen Wahrnehmung und Bewertung zu fragen. Dabei ist davon auszugehen, dass mit steigender Größe der wahrgenommenen sozialen Unterschiede das Urteil als ungerecht zunimmt (vgl. Abbildung 13).



In der Tat wächst mit der wahrgenommenen Größe der Ungleichheit die Beurteilung als ungerecht an. Jedoch erfolgt die Zunahme nicht stetig; der Eindruck der Ungerechtigkeit stellt sich vor allem bei sehr vielen Studierenden ein, wenn die Ungleichheit ein mittleres Ausmaß überschreitet: Dann ergibt sich der größte Schritt mit einer Zunahme von 25 Prozentpunkten beim Urteil als ungerecht. Die Studierenden beurteilen die sozialen Unterschiede vor allem dann als gerecht, wenn sie ihnen ganz gering erscheinen. Auf der anderen Seite erscheinen einigen Studierenden auch eher geringe soziale Unterschiede als ungerecht, und zwar für 26%. Gelten die sozialen Unterschiede als ganz groß, beurteilen sie nur 10% als gerecht.

Gemäß der Korrelationswerte über die Zusammenhänge zwischen den beiden Variablen Wahrnehmung und Bewertung zur sozialen Ungleichheit sind dabei wenig Veränderung im Zeitablauf eingetreten: Die Korrelation erreicht bei den Erhebungen zwischen 1993 und 2004 stets eine ähnliche Größenordnung von 0.51 bis 0.55.

Ergänzend ist festzuhalten, dass dieser enge Zusammenhang in den neuen Ländern anfangs nicht bestand: 1993 lag er erst bei 0.44; bis 2004 ist er dann ebenfalls auf 0.51 gestiegen und liegt nun gleichauf wie in den alten Ländern. Studierende in den alten wie neuen Ländern stellen nun zwischen Größe und Gerechtigkeit sozialer Unterschiede in gleicher Weise einen Zusammenhang her.

Demnach wird der Umfang oder die Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede zwischen Studierenden in den alten und neuen Ländern zwar immer noch unterschiedlich beurteilt, aber die Enge des Zusammenhangs ist gleich geworden. Die Einschätzung als gerecht und ungerecht erfolgt nunmehr offenbar nach gleichen Maßstäben.

6.2 Aufstiegschancen und Leistungsprinzip

Bei Akzeptanz sozialer Ungleichheit wird es wichtig, wie Auf- und Abstieg geregelt sind: Handelt es sich um eine offene Gesellschaft, in dem alle eine faire Chancen haben und universell für alle das gleiche Prinzip gilt. Sowohl die Feststellung über die sozialen Unterschiede als auch das Urteil über deren Gerechtigkeit hängen davon ab, für wie offen und fair die Gesellschaft wahrgenommen wird. Sicherlich spielt auch die Sicht der Aufstiegschancen für das Gesellschaftsbild eine Rolle – möglicherweise auch die eigene Zukunftsperspektive in beruflicher und finanzieller Hinsicht (Ramm 1997).

Offenheit der sozialen Aufstiegschancen hat nachgelassen

Die Überzeugung hat unter den Studierenden nachgelassen, dass jeder eine faire Chance hat aufzusteigen, obwohl stets mehr als die Hälfte an diesem Versprechen zweifelte (vgl. Tabelle 19):

- An das Bestehen von fairen Aufstiegschancen glaubten Ende der 80er Jahre etwa 30%, im Jahr 2007 sind es nur noch 23% der Studierenden.
- Entsprechend ist der Anteil Studierender gestiegen, der an diese Aufstiegsfairness nicht glaubt: von 56% Ende der 80er Jahre auf nunmehr 65% (2007; darunter 42% überhaupt nicht).

Der Glaube an die Fairness der sozialen Aufstiegschancen hat tendenziell nachgelassen, zur Erhebung 2007 sogar in einem deutlicheren Umfang. Er ist 2007 so gering wie zu keinem anderen Zeitpunkt der Erhebungsreihe seit 1983. Fast zwei Drittel der Studierenden sind nicht mehr davon überzeugt, dass jeder eine faire Chance für einen sozialen Aufstieg hat.

Tabelle 19

Fairness der sozialen Aufstiegschancen im Urteil der Studierenden (1983 - 2007)

(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Angaben in Prozent für Kategorien: 0-1 = überhaupt nicht, 2 = wenig, 3 = teils-teils, 4 = eher, 5-6 = völlig)

	Fairness der sozialen Aufstiegschancen ¹⁾					Mittelwert
	überhaupt nicht	wenig	teils-teils	eher	völlig	
1983	36	23	13	14	14	2.4
1987	35	22	13	15	15	2.5
1990	32	23	14	15	16	2.6
1993	32	24	13	16	15	2.6
1995	33	24	14	15	14	2.5
1998	36	25	12	14	13	2.4
2004	35	24	13	14	14	2.5
2007	42	23	11	12	12	2.2

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) Differenz zu 100 Prozent: Kategorie weiß nicht

Zu dieser kritischen Einschätzung dürften die Diskussionen um die ungleichen sozialen Chancen im Bildungswesen und die Erschwernisse für Bildungsaufsteiger beigetragen haben, die in Folge der PISA-Befunde und des Nachwuchsmangels in den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen, insbesondere den Ingenieuren, vermehrt geführt werden. Auch die Probleme der Studienfinanzierung und deren mögliche sozial-selektive Wirkung (z.B. wegen Studiengebühren) mag zu diesem Eindruck bei den Studierenden beigetragen haben.

Legitimität des sozialen Aufstiegs: Leistungsprinzip wird vermehrt angezweifelt

Ähnlich ist die Sicht auf den Umstand, dass das Einkommen von der Leistung abhängt: An dieses grundlegende gesellschaftliche Prinzip glauben im neuen Jahrtausend nur 19% der Studierenden; Ende der 80er, Anfang der 90er waren es immerhin 30%, die das Einkommen entsprechend dem Leistungsbezug sahen. Im neuen Jahrtausend wird von den Studierenden viel seltener bestätigt, dass das Einkommen von der Leistung abhängt (vgl. Tabelle 20).

Tabelle 20

Leistungsbezug des Einkommens im Urteil der Studierenden (1983 - 2004)

(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Angaben in Prozent für Kategorien: 0-1 = überhaupt nicht, 2 = wenig, 3 = teils-teils, 4 = eher, 5-6 = völlig)

	Einkommen hängt von der Leistung ab ¹⁾					Mittelwert
	überhaupt nicht	wenig	teils-teils	eher	völlig	
1983	26	16	13	19	24	4.0
1987	22	16	14	20	26	4.1
1990	19	15	14	21	30	4.3
1993	19	14	14	21	30	4.3
1995	22	15	15	20	26	4.2
1998	27	18	14	19	20	3.8
2004	25	18	16	18	19	3.8

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) Differenz zu 100 Prozent: Kategorie weiß nicht

Eine entscheidende Zäsur in den studentischen Urteilen zum Leistungsprinzip ist bei der Erhebung 1998 sichtbar geworden: Erstmals haben mehr Studierende dessen Geltung bestritten als sie zu bestätigen. Seit dieser Erhebung hat sich dieses Ungleichgewicht zwischen Zustimmung und Ablehnung des Leistungsprinzips im neuen Jahrtausend stabilisiert.

Aufstiegschancen und Leistungsprinzip in den alten und neuen Ländern

Bei den **Aufstiegschancen** ist in den alten wie neuen Ländern die Einschätzung der Studierenden ungünstiger geworden, in diesem Falle aber stärker bei den Studierenden in den alten Ländern. Die noch 1993 größere Differenz von 8 Prozentpunkten ist bis 2007 auf 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Mittlerweile erfolgt die Einschätzung der Aufstiegschancen in ähnlicher Weise: Annähernd zwei Drittel halten sie nicht für gegeben und weniger als ein Viertel bejaht sie noch. In dieses allgemeine Urteil spielt die Sicht der eigenen Berufschancen nur begrenzt hinein, d.h. die Studierenden können weitgehend von ihrer eigenen Situation absehen und ein Urteil über die allgemeinen Verhältnisse fällen. In diesem Punkt ist zudem die Urteilsenthaltung (weiß nicht) mit nur 1% bis 2% sehr gering.

Das **Leistungsprinzip** wird ebenfalls von den Studierenden in den alten wie in den neuen Ländern immer weniger als geltend angesehen. In dieser Hinsicht waren sie aber zu allen Erhebungen zwischen 1993 bis 2007 nahezu der gleichen Ansicht: 1993 war jeweils etwa die Hälfte der Studierenden in beiden Teilen Deutschlands noch von der Geltung des Leistungsprinzips überzeugt; nur etwa ein Drittel zweifelte sie an.

Seit Ende der 90er Jahre haben sich die Mehrheiten umgedreht: Nun verneint fast die Hälfte der Studierenden die Geltung des Leistungsprinzips. Diese Entwicklung ist in beiden Landesteilen gleichermaßen abgelaufen und hat sich im neuen Jahrtausend weiter stabilisiert. Der verbreitete Zweifel am Leistungsprinzip ist als Gefährdung gesellschaftlicher Legitimität und sozialer Integration anzusehen.

Konfiguration der Sichtweisen und Urteile: problematisches Gesellschaftsbild mit anomischen Zügen

Alles in allem zeichnen die Studierenden ein problematisches Gesellschaftsbild, das zwar einzelne positivere Züge aufweist, aber insgesamt doch eher mehr Schließung statt Offenheit, mehr Ungerechtigkeit statt Fairness, insgesamt mehr Anomie statt Geltung der Werte ausdrückt. Trotz eines gewissen Optimismus bleiben für die Mehrheit der Studierenden die sozialen Unterscheide groß und sie erscheinen ihnen überwiegend ungerecht.

Der sich stabilisierende Trend eines Zweifels an fairen Aufstiegschancen und an der Geltung des Leistungsprinzips ist für die junge Generation der Studierenden besonders problematisch, insbesondere für die Bildungsaufsteiger unter ihnen, für die der Hochschulbesuch eine besondere Leistung bedeutet.

Diese Bedenken von zunehmend mehr Studierenden, und zwar in den alten wie neuen Ländern, weist einige Züge von Anomie auf. Solche Anomie kann phasenweise zu fatalistischer Hinnahme führen, sie kann aber auch den Keim zur Auflehnung enthalten – wenn die geringere Geltung der Normen zu einem eigenen Abrücken von ihnen führt (Merton 1957).

6.3 Gesellschaftliche Grundwerte und Antinomien

Es ist ein verbreitetes Missverständnis, dass Werte und Überzeugungen zu Harmonie und Integration führen. Vielmehr bilden Werte zumeist Antinomien, d.h. Wertepaare, die in einem Spannungsverhältnis stehen, wie Wettbewerb und Solidarität, wie Technologie (Fortschritt) und Umweltschutz (Gefährdung) – unmittelbar oder in ihren Folgen.

Urteile der Studierenden zu Wettbewerb und Solidarität

Der gesellschaftliche Austausch und der Umgang der Einzelnen wie sozialer Gruppen werden entscheidend dadurch bestimmt, welcher gesellschaftliche Grundwert dafür bestimmend ist: der Wettbewerb oder die Solidarität. Für das eine wie das andere Prinzip werden Argumente ins Feld geführt: Die einen halten den Wettbewerb für den Motor des Fortschritts, andere sehen dadurch die Solidarität gefährdet.

In den 80er Jahren wurde dem Wettbewerb seitens der Studierenden nicht viel zugetraut: Der Annahme, dass sich die Menschen ohne Wettbewerb nicht anstrengen, stimmt nur eine knappe Mehrheit zu, aber fast ein Drittel lehnt es ab. Bis Mitte der 80er Jahre war die Sachlage für die Studierenden noch recht eindeutig: Der Wettbewerb zerstört hauptsächlich die Solidarität und nutzt wenig zu höherer Anstrengung, d.h. die negative Funktion überwog klar die positive Funktion von Wettbewerb (vgl. Tabelle 21).

Kritische Sicht des Wettbewerbs hat nachgelassen

Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre - noch unter den Studierenden im früheren Bundesgebiet - drehte sich dieses Verhältnis: Nun wurde die positive Funktion des Wettbewerbs (mehr Anstrengung) stärker hervorgehoben, die negative (weniger Solidarität) abgeschwächt. Im neuen Jahrtausend überwiegt zwar weiterhin die positive die negative Funktion, aber das Verhältnis blieb spannungsreicher: Ein Viertel der Studierenden ist 2007 überzeugt, dass Wettbewerb die Solidarität zerstört, aber ein Drittel meint ebenso entschieden, ohne Wettbewerb gäbe es nicht genügend Anstrengung.

Wie bei anderen Haltungen können die Studierenden heute eher verschiedene Konzepte miteinander verbinden, die früher als widersprüchlich galten. Dies zeigt sich auch bei der Vertretung von idealistischen und utilitaristischen Motiven in Studium und Beruf oder bei den altruistischen (Allgemeinwohl) oder individualistischen (Karriere) Erwartungen der Studierenden (vgl. Bargel/Ramm/Multrus 2008).

Tabelle 21

Positive und negative Funktion von Wettbewerb im Urteil der Studierenden (1983 - 2007)

(Skala von 0 = trifft überhaupt nicht zu bis 6 = trifft voll und ganz zu; Angaben in Prozent für Kategorien: 0-1 = gar nicht, 2 = wenig, 3 = teils-teils, 4 = eher, 5-6 = völlig)

	Positiv: Ohne Wettbewerb keine Anstrengung ¹⁾					Mittelwert
	gar nicht	wenig	teils-teils	eher	völlig	
Früheres Bundesgebiet						
1983	22	11	12	21	31	4.3
1985	20	10	13	22	33	4.4
1987	13	9	14	24	39	4.8
1990	9	7	13	24	46	5.1
Deutschland						
1993	9	7	14	25	44	5.1
1995	9	8	14	26	42	5.0
1998	10	8	15	26	40	4.9
2004	9	9	15	28	38	4.9
2007	12	10	17	27	33	4.7
	Negativ: Wettbewerb zerstört Solidarität ¹⁾					Mittelwert
	gar nicht	wenig	teils-teils	eher	völlig	
Früheres Bundesgebiet						
1983	9	8	10	23	48	5.1
1985	12	9	12	23	43	4.9
1987	13	12	14	26	32	4.6
1990	12	12	14	29	31	4.6
Deutschland						
1993	11	10	13	28	36	4.8
1995	11	11	13	29	33	4.7
1998	12	12	15	28	30	4.6
2001	13	12	18	22	35	4.7
2004	15	14	17	27	22	4.3
2007	15	13	16	27	24	4.4

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) Differenz zu 100 Prozent: Kategorie weiß nicht

Trotz einer häufigeren Verbindung von widersprüchlichen Wertkomplexen in der Haltung der Studierenden darf nicht übersehen werden, dass in diesem gesellschaftlichen Wertekomplex zwischen Wettbewerb und Solidarität einiges an sozialer Spannung enthalten ist. Wenn für die eine oder andere Haltung sich eine entschiedene Trägerschaft findet, vermag ein solcher Antagonismus die Gesellschaft spalten.

Studentinnen betonen weniger den Wettbewerb

In den Urteilen zum Wettbewerb in seiner positiven Funktion als Ansporn wie seiner möglichen Gefahr für den sozialen Zusammenhalt setzen die Studentinnen weniger als die Studenten auf den Wettbewerb. Dies entspricht gängigen Erwartungen, wonach die jungen Männer stärker auf Wettbewerb und Konkurrenz fokussiert seien und Solidarität und Zusammenhalt eher der weiblichen Haltung entspreche.

Unter den Studierenden gilt die geschlechtsspezifische Zuteilung hinsichtlich dieser Antinomie von Wettbewerb und Solidarität ebenfalls; dieser Unterschied hat sich allerdings in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt – in einem Aspekt, dem der Solidarität, sogar verdreht, das heißt Studentinnen stimmen ihm 2007 etwas weniger zu (vgl. Tabelle 22).

Tabelle 22
Funktionen des Wettbewerbs im Urteil von Studentinnen und Studenten (1985 - 2007)

(Angaben in Prozent für Kategorien: 5-6 = trifft völlig zu)

Früheres Bundesgebiet	Positive Funktion Mehr Anstrengung		Negative Funktion Weniger Solidarität	
	Studentinnen	Studenten	Studentinnen	Studenten
1985	25	36	50	39
1987	30	43	40	28
1990	36	51	36	28
Deutschland				
1993	33	51	41	32
1995	32	48	38	30
1998	30	48	33	28
2001	26	38	37	33
2004	31	46	23	20
2007	27	40	22	27

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Die Voten der Studentinnen fallen außerdem weniger unterschieden aus. Diese Einschätzung des Wettbewerbs entspricht auch bei den Studentinnen den individuellen Motiven und Perspektiven, die eher sozial-altruistisch als konkurrierend ausfallen, obwohl auch sie zunehmend öfters diese Motive anführen (vgl. Ramm/Bargel 2005).

Umwelt versus technischer Fortschritt

Mit keinem anderen Problem haben sich die Studierenden so hartnäckig in den letzten drei Jahrzehnten auseinandersetzen müssen wie mit dem Verhältnis von Umwelt und Natur vs. Technik und technologischem Fortschritt. Einerseits erreichen sie aufrüttelnde Berichte wie über die Grenzen des Wachstums, andererseits Katastrophenszenarien wie über das Waldsterben (hierzulande bzw. im Regenwald) oder über die globale Klimaerwärmung und den CO2-Ausstoß. Gleichzeitig wird der technologische Fortschritt im Kommunikationsbereich, in der Biologie und Neurologie etc. für die Studierenden immer unüberschaubarer und schwerer in seinen Konsequenzen einzuschätzen, auch hinsichtlich seiner ethischen Bedeutung.

Die Wertung von "Natur und Umwelt" versus "Technik und Technologie" ist an der zugeschriebenen Wichtigkeit dieser Lebensbereiche zu bemessen. Bei diesen Werten umfasst die Zeitreihe die Erhebungen von 1993 bis 2007 und belegt eindrückliche Veränderungen des jeweiligen Stellenwertes. Vor diesem Hintergrund kann die Umsetzung dieser Werte in konkrete politische Zielsetzungen betrachtet werden: Werden die Ziele unmittelbar durch die Werte bestimmt oder sind sie weitgehend frei davon – eher den "Sachzwängen" folgend?

Während der Lebensbereich von Natur und Umwelt über die Zeitreihe seit 1998 ständig an Wert verliert, sind bei den Urteilen hinsichtlich Technik und Technologie weniger Veränderungen eingetreten und deren Entwicklung ist uneinheitlich verlaufen (vgl. Tabelle 23).

Tabelle 23
Wichtigkeit von Natur und Umwelt versus Technik und Technologie für die Studierenden (1983 - 2007)

(Skala von 0 = gar nicht wichtig 6 = sehr wichtig, Angaben in Prozent für Kategorien: 0-1 = gar nicht, 2 = wenig, 3 = teils-teils, 4 = eher, 5-6 = sehr wichtig)

Natur und Umwelt	Ausmaß der Wichtigkeit ¹⁾					Mittelwert
	gar nicht	wenig	teils-teils	eher	sehr wichtig	
1993	2	2	8	20	68	4.9
1995	2	4	11	23	60	4.6
1998	3	6	13	22	55	4.5
2001	4	7	16	26	46	4.2
2004	4	7	16	26	46	4.2
2007	5	9	18	25	44	4.1
Technik und Technologie						
1993	18	15	22	23	23	3.2
1995	16	14	22	23	24	3.3
1998	16	15	21	23	24	3.3
2001	13	14	20	25	28	3.4
2004	19	16	20	22	23	3.2
2007	20	15	19	21	24	3.1

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) Differenz zu 100 Prozent: Kategorie weiß nicht

Politische Ziele: starker Einbruch für Umweltschutz, großer Gewinn für Förderung der Technologie

Bei den politischen Zielen, die sich auf den Umweltschutz und die technologische Förderung beziehen, sind die Entwicklungen seit 1993 in beiden Fällen von deutlichen Veränderungen gekennzeichnet, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen:

- Für die **Priorität des Umweltschutzes** ist ein Einbruch der entschiedenen Unterstützung von 76% auf nur noch 51% zu verzeichnen;
- Dagegen erfährt die **Förderung der technologischen Entwicklung** einen großen Gewinn an starker Zustimmung: von 31% auf 52%.

Die politischen Zielsetzungen der Studierenden haben sich stärker verändert als ihre Werthaltungen. Von einem einst breiten Votum für den Umweltschutz haben sich bis 2007 mehr und mehr Zweifel für dessen Priorität eingestellt. Das Problem ist offenbar für die Studierenden spannungsreicher geworden und wird weniger prinzipiell behandelt. Dagegen wird das Ziel der Förderung technologischer Entwicklung weniger durch die Wichtigkeit bzw. die Wertigkeit von Technik und Technologie bestimmt. Sie wird offensichtlich nicht so sehr als eine grundsätzliche Angelegenheit betrachtet, sondern ist öfters eine Frage des pragmatischen Nutzens geworden.

7 Alternative Haltungen und Protestbereitschaft

Alternative Orientierungen umfassen eine bunte Vielfalt verschiedenster Strömungen und Werte. Gemeinsam sind ihnen das Infragestellen gegebener Verhältnisse und die Verweigerung gesellschaftlicher Konventionen oder Zwänge. Alternative Haltungen fanden in der Studentenschaft lange Zeit große Resonanz; sogar in Politik und Parlamente fanden oppositionelle "Alternative Listen" Eingang. Für die Studierenden wurde die Frage gestellt: Wo stehen sie zwischen Ausstieg und Anpassung, zwischen Abkehr und Aufbruch. Heute ist zu fragen: Was ist aus der alternativen Mentalität der Studierenden geworden? In welcher Weise ist unter ihnen noch Protestbereitschaft vorhanden und inwieweit trägt sie aggressive Züge?

7.1 Alternative Orientierungen: anders Leben, anders Arbeiten, eine andere Politik

Die alternativen Orientierungen der Studierenden lassen sich durch ein Bündel von Haltungen kennzeichnen:

- Geringschätzung materiellen Wohlstands und sozialer Sicherheit;
- Betonung der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit;
- Ausstieg aus den Zwängen der Leistungsgesellschaft;
- Geringer Stellenwert der kontinuierlichen Erwerbsarbeit,
- Sensibilität für Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung;
- Zerfall des technischen Fortschrittsglaubens.

Die Skala über die alternativen Orientierungen umfasst entsprechend sechs Vorgaben, ergänzt um den Grundwert der Selbstverwirklichung als vorrangigem Lebensziel (vgl. Krause/Lehner/Scherer 1980; Mayer 1981; Conti 1984, Bargel 1988). Was ist aus dem alternativen Denken und der damit verbundenen Aufbruchsstimmung geworden: Bilden die einzelnen Aspekte noch einen "bunten Strauß" oder sind sie auseinander gefallen? Wird die Selbstverwirklichung der eigenen Persönlichkeit von den Studierenden noch in den Vordergrund gerückt?

Dimension: anfangs hohe Konsistenz und Trennschärfe

Die alternative Orientierung hat trotz ihrer Heterogenität und Buntheit stets eine eindimensionale Skala von hoher Konsistenz ergeben (0.818). Die Trennschärfe der einzelnen Items war recht groß, vor allem bei drei Items: Gründung autonomer Lebens- und Arbeitskollektive, Verweigerung gegenüber traditionellen Leistungsnormen und Ausstieg aus den beruflichen Zwängen der Gesellschaft (je 0.68); der Verzicht auf materiellen Wohlstand wie das Infragestellen der etablierten Parteien waren weniger kennzeichnend (mit 0.54); noch schwächer trug die Stellungnahme zur "eigenen Selbstverwirklichung" (nur 0.32) zur Messung alternativer Orientierung bei. Offenbar teilen viele Studierende diesen Grundwert des Individualis-

mus, ohne damit in stärkerem Maße alternative Mentalitäten zu verbinden.

Nachlassende Konsistenz der alternativen Orientierungen

Für die alternativen Orientierungen ist eine nachlassende Konsistenz zwischen 1983 und 2004 festzustellen. Diese Verringerung der Konsistenz ist bei der Skala mit sieben Items (nicht in allen Erhebungen) ebenso wie mit fünf Items (in allen Erhebungen) festzustellen (vgl. Tabelle 24). Dies besagt nichts anderes, als dass auch in diesem Fall der alternativen Orientierungen übergreifende Konzeptualisierungen und Bündelungen von den Studierenden weniger vorgenommen werden. Sachverhalte werden von ihnen weniger eindeutig eingeschätzt und ihre Urteile fallen punktueller aus.

Tabelle 24
Konsistenz der alternativen Orientierungen bei Studierenden (1983 - 2004)

(Hoytscher Konsistenzkoeffizient)

	Konsistenz alternativer Orientierungen	
	Skala mit 7 Items ¹⁾	Skala mit 5 Items
1983	0.825	0.715
1985	0.816	0.702
1987	...	0.688
1990	0.774	0.638
1993	0.749	0.614
1995	0.741	0.591
1998	0.734	0.597
2004	...	0.595

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Nicht in allen Erhebungen eingesetzt.

Bezeichnend für die alternativen Orientierungen ist eine gewisse Auflösung. Das einstmals konsistente Konzept des "Alternativen" besteht nicht mehr im gleichen Maße als ein "integriertes Konstrukt" im Bewusstsein der Studierenden – es ist stärker in einzelne Elemente zerfallen. Damit erscheint es paradigmatisch für die Auflösung und Uneindeutigkeiten bei vielen anderen Prinzipien, z. B. den demokratischen Einstellungen oder den politischen Grundrichtungen.

Die Einordnung der Studierenden als "Alternative" oder "Konventionelle" ist demzufolge erschwert; in den 80er Jahren war dies viel eindeutiger möglich. Anhand der alternativen Orientierungen konnte damals von einer "gespaltenen Studentenschaft" gesprochen werden (vgl. Bargel 1988). Die Abnahme der Konsistenz kann auf zwei Quellen zurückgeführt werden: das Verlorengehen von umrissenen, klaren Konzepten und die Abneigung gegenüber eindeutigen Festlegungen.

Starker Rückgang alternativer Orientierungen

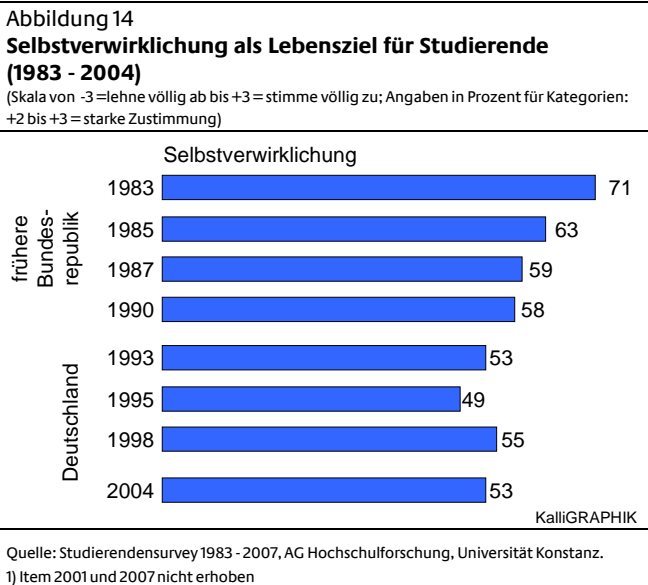
Im Zeitraum zwischen 1983 und 2004 haben alle sieben Elemente der alternativen Orientierungen Einbussen an Zustimmung erfahren: Die Studierenden sind in allen Facetten des Lebens, des Arbeitens und der Politik konventioneller geworden. In einzelnen Fällen kann der Rückgang als drastisch bezeichnet werden. Es gibt keine Anzeichen, dass dieser Trend sich seit 2004 abgeschwächt hat.

Selbstverwirklichung als Lebensziel dominiert nicht mehr

Der **Grundwert der Selbstverwirklichung** als vorrangiges Lebensziel hat sich in starkem Maße aufgelöst:

- Entschieden vertraten ihn 1983 noch 71% der Studierenden;
- bis 1995 fiel seine Herausstellung stetig auf nur noch 49%;
- im Jahr 2004 sind es mit 53% wieder etwas mehr.

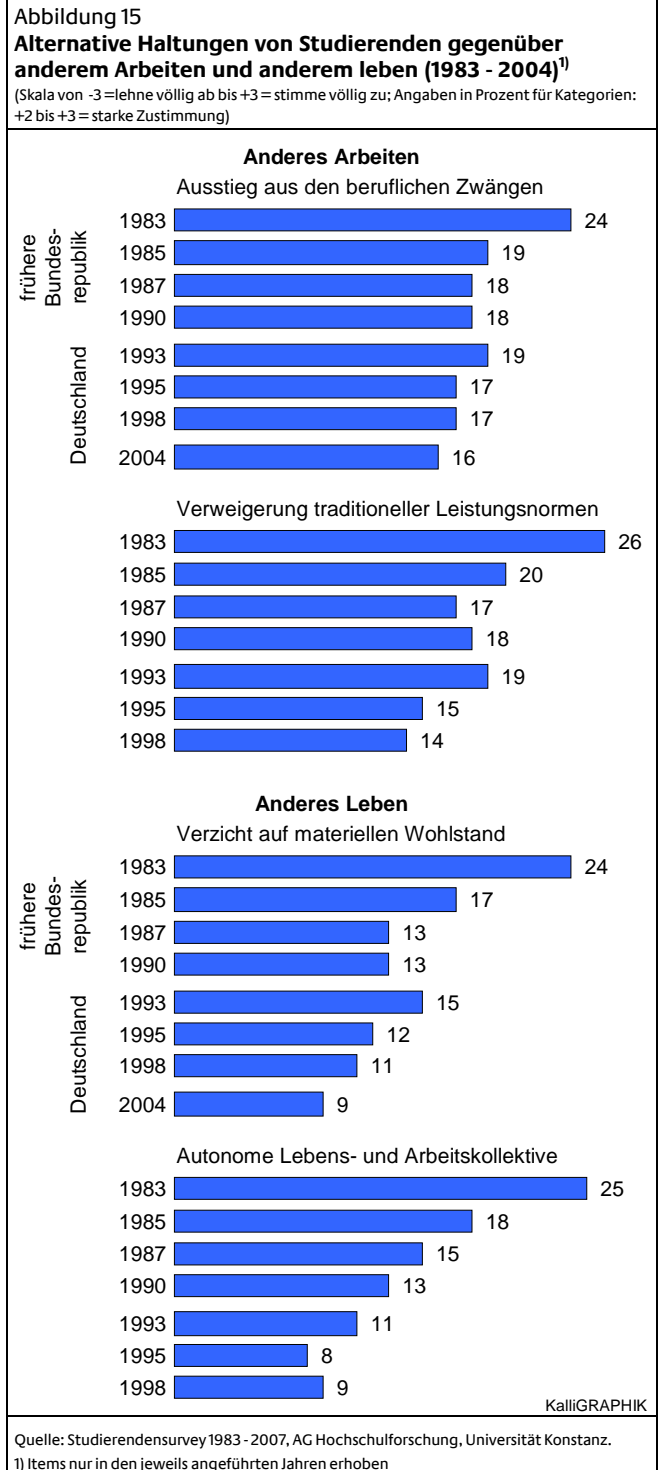
Aber insgesamt ist ein Rückgang von 18 Prozentpunkten bei diesem zentralen Grundwert im Laufe der letzten 20 Jahre unter den Studierenden zu verzeichnen, der sich bereits 1993 auf dem aktuellen Niveau befand (vgl. Abbildung 14).



Der "Individualismus" unter den Studierenden ist demnach weniger von Autonomie oder dem Streben um Eigenständigkeit geprägt, sondern eine vordergründige Selbstbehauptung bei allgemeiner Anpassung und Konventionalität. Diese Individualität erschöpft sich in Konsumvarianten (modischen Stilblüten) und ist nicht Prinzip der Lebensführung. Damit ist die Suche nach Selbstverwirklichung oft aufgegeben worden.

Weniger wollen anders Leben oder anders Arbeiten

Ähnlich fällt der Rückgang bei den beiden Aspekten eines **anderen Lebens** aus, die allerdings nie von vielen Studierenden energisch vertreten wurden: Den **Verzicht auf materiellen Wohlstand** wie die **Tätigkeit in autonomen Lebens- und Arbeitskollektiven** vertraten einst jeweils ein Viertel der Studierenden; doch nach der Jahrtausendwende ist es nur noch knapp jeder zehnte Studierende (vgl. Abbildung 15).



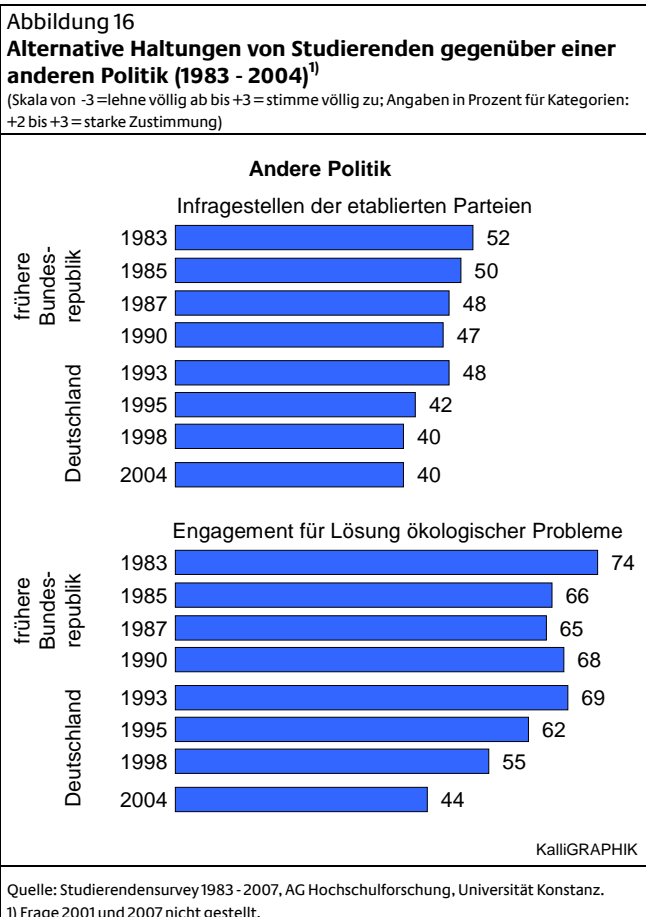
Die Vorstellungen eines **anderen Arbeitens** sind nicht ganz so stark zurückgegangen. Zwar wurden sie in den 80er Jahren ebenfalls von jeweils etwa einem Viertel der Studierenden entschieden befürwortet, so der **Ausstieg aus den beruflichen Zwängen** oder die **Verweigerung gegenüber traditionellen Leistungsnormen**. Zuletzt stimmte dem noch jeder sechste Studierende zu (14% bzw. 16%). Bei dem Ausstieg aus den beruflichen Zwängen ist aber seit Ende der 80er Jahre kein weiterer

Rückgang festzustellen: Wenige wollen aussteigen, immer mehr suchen vielmehr den frühen Einstieg in das Berufsleben (wohl auch, weil dieser schwieriger geworden ist).

Eine andere Politik ist organisatorisch wie inhaltlich weniger gefragt

Das **Infragestellen der etablierten Parteien**, als ein Aspekt einer anderen Politik, ist unter den Studierenden, trotz Abnahme, weiterhin recht häufig: Ein gutes Drittel stimmt deutlich zu (36%), allerdings waren es früher weit mehr (52%). Eine größere Parteienverdrossenheit, als kritische oder unzufriedene Abwendung, ist demnach nicht zu erkennen. Ebenfalls kann daraus keine höhere Zufriedenheit mit der Politik abgelesen werden, da die geäußerte Unzufriedenheit nach wie vor hoch ist. Es handelt sich vielmehr um eine eher resignative Hinnahme, weil Gegenpositionen weniger entwickelt werden.

Am meisten distanzieren sich die Studierenden vermehrt von einem **Engagement für die Lösung ökologischer Probleme** und von Umweltfragen. Der Rückgang der Unterstützung dieses Engagements beträgt zwischen 1983 und 2004 insgesamt 30 Prozentpunkte an starker Zustimmung: Der einst hohe Anteil Engagierter von 74% hat sich auf 44% verringert. Dabei ist der entscheidende Rückgang ab Mitte der 90er Jahre erfolgt und hat sich bis 2004 fortgesetzt.



Inhaltlich wie organisatorisch haben die Studierenden immer weniger Vorstellungen für eine „andere Politik“. Es ist aber weder ein Einverständnis mit den politischen Verhältnissen noch eine Parteienverdrossenheit, vielmehr herrscht eine Konzept- und Ratlosigkeit mehr und mehr vor, die sich auf die Lebensführung wie den politischen Gestaltungswillen bezieht.

7.2 Alternative und Konventionelle an Hochschulen und in den Fächergruppen

Aufgrund der Einstufung bei den einzelnen alternativen Orientierungen lassen sich vier Gruppen unter den Studierenden bilden. Diese Gruppierungen reichen von den strikten **Konventionellen** (die alternative Orientierungen völlig ablehnen) über die **Ambivalenten** und die **Aufgeschlossenen** bis hin zu den "echten" **Alternativen**, die sich mit allen Elementen alternativer Sichtweisen stark identifizieren.

Konventionelle und Alternative: Wechsel der Mehrheit

Zu Anfang der Zeitreihe 1983 war die Gruppe der strikten Alternativen mit 24% deutlich größer als die Gruppe der Konventionellen mit 13%. Seitdem hat sich das Kräfteverhältnis kontinuierlich und eindeutig zugunsten der Konventionellen verschoben. Die Alternativen sind bis 2004 auf nur noch 7% gefallen, die Konventionellen umfassen demgegenüber 22% der Studierenden. Die Mehrheitsverhältnisse an den Hochschulen haben völlig gewechselt.

Bezeichnenderweise haben die Studierenden mit einer ambivalenten Haltung gegenüber alternativen Ideen im Umfang stark zugenommen: um 17 Prozentpunkte. Am Anfang der Zeitreihe, 1983, blieb ein gutes Viertel (28%) uneindeutig; bis Ende der 90er Jahre ist deren Anteil auf zwei Fünftel angestiegen und 2004 wurde der Höchstwert von 45% erreicht. Auch bei den alternativen Orientierungen können die Studierenden offenbar immer weniger eindeutig Stellung beziehen – oder sie wollen es nicht.

Tabelle 25
Konventionelle, Ambivalente, Aufgeschlossene und Alternative in der Studentenschaft (1983 - 2004)
(Summenscore-Skala über 5 Items von 5 = völlig dagegen bis 35 = völlig dafür; Angaben in Prozent für Kategorien: 5 - 19 = Konventionelle, 20 - 24 = Ambivalente, 25 - 29 = Aufgeschlossene, 30 - 35 = Alternative)

	Konventionelle	Ambivalente	Aufgeschlossene	Alternative
1983	13	28	34	24
1985	18	33	32	17
1987	19	36	31	14
1990	17	37	33	13
1993	14	38	35	13
1995	18	41	31	10
1998	17	41	32	10
2004	22	45	27	7

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
 1) Frage 2001 und 2007 nicht gestellt

Über die Hälfte der Studierenden konnte 1983 als alternativ oder zumindest aufgeschlossen eingestuft werden, und zwar zusammen 58%. Mitte der 90er Jahre (1995) gehörten dazu nach einem bereits kräftigen Rückgang noch zwei Fünftel (41%). Bis 2004 ist diese Gruppierung der Alternativen und Aufgeschlossenen unter den Studierenden auf ein Drittel abgefallen. Nur noch eine Minderheit träumt von Ausstieg und Abkehr. Dagegen sind die Konventionellen auf dem Vormarsch: Sie arrangieren sich mit den Verhältnissen und Gegebenheiten und denken nicht an Gegenentwürfe oder suchen neue Wege.

Die Entwicklung des alternativen und des konventionellen Potentials unter den Studierenden ist an den Universitäten und den Fachhochschulen ganz analog verlaufen. Nur in den 80er Jahren war an den Universitäten der Anteil strikt Alternativer ein wenig größer (um 2 bis 4 Prozentpunkte). Er ist aber in den 90er Jahren verschwunden, als dieser Anteil an beiden Hochschularten auf 12% fiel. Auch 2004 ist die Differenz mit 7% (Uni) zu 6% (FH) sehr gering und kaum mehr erwähnenswert.

Konventionelle haben Vormacht in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

In allen Fachrichtungen haben die Alternativen an Umfang eingebüßt und die Konventionellen besetzen mehr und mehr das Feld. Allerdings sind die Änderungen nicht in allen Fachrichtungen gleich stark, in manchen sogar gering. Es handelt sich um jene Fachrichtungen, in denen stets die Konventionellen dominiert haben; sie haben nunmehr ihre Vorherrschaft ausgebaut und gefestigt. Dazu gehören insbesondere die Fachrichtungen Rechts- (34%) und Wirtschaftswissenschaften (35%).

Dagegen sind in den Fachrichtungen der Kultur- und Sozialwissenschaften, in Teilen auch der Naturwissenschaften, die alternativen Ansichten besonders stark zurück gegangen, wiewohl in den Sozialwissenschaften mit 10% noch am ehesten Reste einer entschiedenen Anhängerschaft alternativer Haltungen zu finden sind (vgl. Tabelle 26).

An den Fachhochschulen ist ein Rückgang der alternativen Orientierungen am stärksten in den Sozialwissenschaften, was zu einem Abfall von 26 Prozentpunkten für die Alternativen führt. Relativ gering sind die Veränderungen in den Ingenieurwissenschaften, wo jeweils ein Fünftel als Konventionelle, etwas weniger als die Hälfte als Ambivalente und ein Viertel als Aufgeschlossene bezeichnet werden kann; aber auch in dieser Fachrichtung sind die Alternativen nur noch mit 5% im Jahr 2004 vertreten.

Die wenigsten Alternativen finden sich wiederum in den Wirtschaftswissenschaften, wo nur noch 3% derart eingeordnet werden können. Dafür ist gut die Hälfte der Studierenden dieser Fachrichtungen als Ambivalent zu bezeichnen, der höchste Anteil. Er signalisiert erneut die nicht unerhebliche Uneindeutigkeit (auch Beliebigkeit) unter den Studierenden der Wirtschaftswissenschaften.

Tabelle 26

Alternative und Konventionelle nach Fächergruppen an Universitäten und Fachhochschulen (1985, 1995, 2004)

(Angaben in Prozent; Summenschore-Skala über 5 Items von 5 = völlig dagegen bis 35 = völlig dafür; Angaben in Prozent für Kategorien: 5 - 19 = Konventionelle, 20 - 24 = Ambivalente, 25 - 29 = Aufgeschlossene, 30 - 35 = Alternative))

	Konventionelle	Ambivalente	Aufgeschlossene	Alternative
Universitäten				
Kulturwiss.				
1985	11	27	38	24
1995	12	38	37	13
2004	17	43	31	9
Sozialwiss.				
1985	6	21	43	30
1995	10	37	39	14
2004	15	40	35	10
Rechtswiss.				
1985	30	36	24	10
1995	27	42	25	6
2004	34	44	19	3
Wirtschaftswiss.				
1985	28	43	24	5
1995	28	46	22	4
2004	35	47	16	2
Medizin				
1985	17	34	38	11
1995	18	42	32	8
2004	24	48	24	4
Naturwiss.				
1985	15	32	35	18
1995	18	37	34	11
2004	20	46	26	8
Ingenieurwiss.				
1985	21	32	31	16
1995	18	49	32	9
2004	22	44	28	6
Fachhochschulen				
Sozialwiss.				
1985	4	18	40	38
1995	8	36	43	13
2004	6	41	41	12
Wirtschaftswiss.				
1985	26	39	24	11
1995	25	48	20	7
2004	26	51	20	3
Ingenieurwiss.				
1985	21	40	28	11
1995	20	45	28	7
2004	23	47	25	5

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Frage 2001 und 2007 nicht gestellt

Vor dem Hintergrund der alternativen Orientierungen als Ausdruck von Mentalitäten fächert sich die "Alternativ-Kultur" auf, und zwar in eine bohémehafte Alternativ-Szene (vgl. Schwendter 1978), in soziale Bewegungen und in "Alternative Listen/Parteien" sowie in alternative Arbeitsprojekte und Lebensgemeinschaften (Kreutz/Fröhlich/Maly 1985). Sowohl die kulturelle Bohème als auch die sozialen Bewegungen haben an Elan stark eingebüßt und finden kaum mehr Anhänger bei den Studierenden. Auch der Ausstieg aus den beruflichen Zwängen

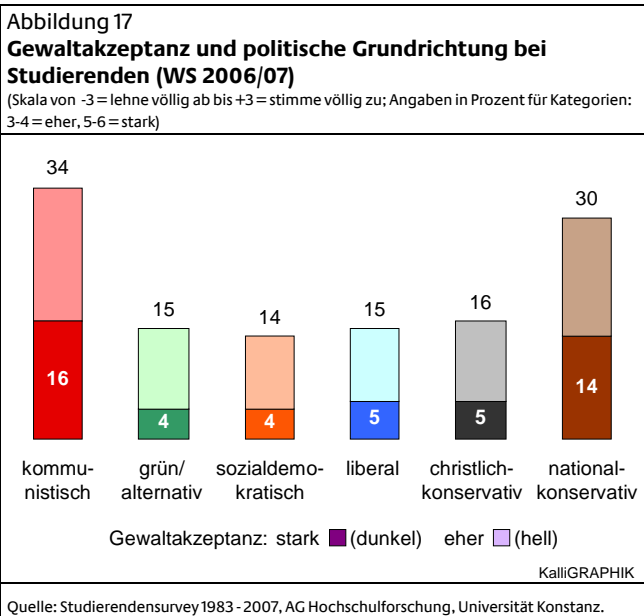
wird von Studierenden kaum mehr anvisiert, im Gegenteil: Berufsvorbereitung und Berufseinstieg werden intensiver gesucht. Die Studienphase wird von den allermeisten Studierenden weit weniger als Möglichkeit gesehen oder genutzt, um auf alternative Vorstellungen einzugehen und sie zu erproben (vgl. Multrus/ Bargel/ Ramm 2008).

7.3 Studentische Protestbereitschaft und Aggressivität

Eine häufig und besorgt gestellte Frage lautet: Wann protestieren die Studierenden? Es ist durchaus zutreffend, dass Studierende aufgrund ihrer sozialen Situation leicht für Proteste zu gewinnen und zu Demonstrationen zu bewegen sind. Studierende können dazu ganz verschiedene Anlässe wählen und auch aggressive Formen anwenden, bis hin zu Nötigungen und Beschädigungen. In ihren Parolen und Pamphleten zeigen sie dann öfters einen Hang zu Ironie, Satire, Parodie (bis hin zu Zynismus). Diese Verhaltensweise war zu nahezu allen Zeiten für das Protestverhalten von Studierenden kennzeichnend (vgl. Jarausch 1984, Bargel 2000).

Politische Gewaltakzeptanz bei extremen Studierenden

Unter den demokratischen Einstellungen hat der Gewaltverzicht bei den Studierenden einen hohen und zeitlich stabilen Stellenwert. Nur bei politisch extrem eingestellten Studierenden gibt es relevante Anteile, die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung befürworten (vgl. Abbildung 17).



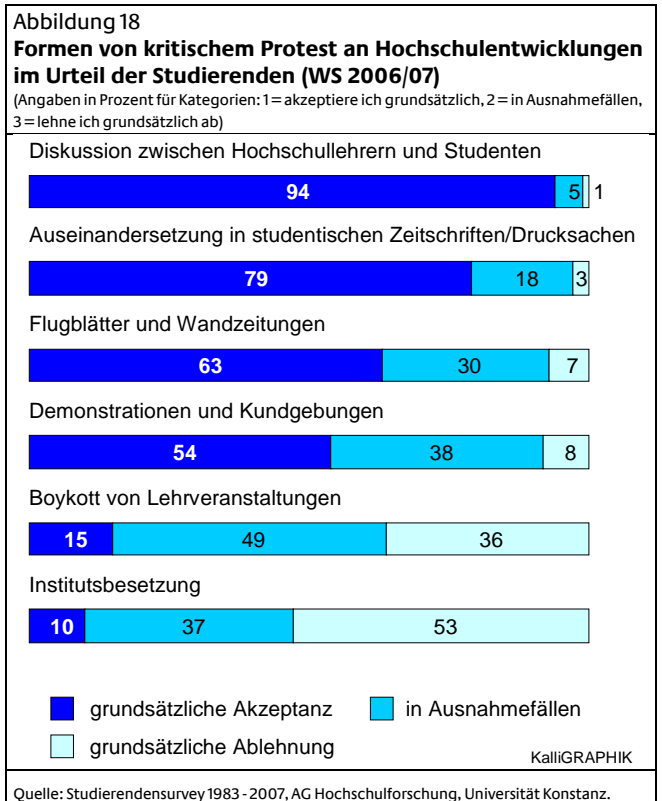
Bei den politisch extremen Studierenden ist die Gewaltbereitschaft vergleichsweise hoch: Nahezu ein Drittel akzeptiert sie, etwa jeder sechste ganz entschieden. Die Verhältnisse gelten für kommunistisch-marxistisch gesinnte Studierende auf der linken, wie für national-konservative Studierende auf der

rechten Seiten in nahezu gleicher Weise. Die Studierenden aller anderen Grundrichtungen (christlich, liberal, grün, sozialdemokratisch) weisen ein ähnlich geringes Potential an Studierenden auf, die eine Gewaltanwendung bei politischen Konflikten bejahen.

Akzeptanz von Protestformen

Genauer lässt sich die Bereitschaft zu Protest und auch zu aggressiven Formen der Auseinandersetzung erfassen, wenn die studentische Akzeptanz solcher „Protestformen“ erhoben wird. Es ergibt sich eine eindeutige Stufung der Akzeptanz oder Ablehnung von verschiedenen Formen, Kritik an hochschulpolitischen Entwicklungen zum Ausdruck zu bringen.

Offensichtlich sind für die Studierenden erste Ansprechpartner bei kritischen Entwicklungen die Hochschullehrer. Diese haben insofern eine hohe Verantwortung, als die Studierenden erwarten, dass solche **Diskussionen zwischen Hochschullehrern und Studierenden** möglich sind. Erst wenn sich die Lehrenden als Diskussionspartner verweigern oder nicht zum Gespräch bereit sind, dürfte es für die Studierenden zu weiterreichenden Formen protestierender Äußerungen kommen.



Recht selbstverständlich sind für die Studierenden ebenfalls **Auseinandersetzungen in studentischen Publikationen und Zeitschriften**, auch in Drucksachen. Sie sind für vier Fünftel von ihnen eine geeignete Plattform, um Kritik zu üben und Protest auszudrücken. Diese Form sehen sie eher als berechtigt

an, weil sie stärker sachlich und argumentativ bleibt. Daran wird ersichtlich, dass die überwiegende Mehrheit der Studierenden nicht von vornherein auf Protest und Demonstrationen aus ist.

Nicht mehr ganz so breite Zustimmung finden Formen, die stärker den Charakter eines öffentlichen Protestes annehmen und eine plakativere Auseinandersetzung darstellen – zudem eine größere Portion Aggressivität beinhalten. **Flugblätter und Wandzeitungen**, einst eine beliebte Form studentischen Protestes, werden von etwas weniger als zwei Dritteln der Studierenden grundsätzlich akzeptiert.

Noch geringer ist die grundsätzliche Akzeptanz von **Demonstrationen und Kundgebungen** als Ausdruck von Kritik an Hochschulentwicklungen. Die Studierenden gehen keineswegs in breitem Maße und ohne Überlegung auf die Straße. Uneingeschränkt bejaht diese Form von Protest nicht mehr als gut die Hälfte der Studierenden (54%); ein beachtenswerter Teil von 38% spricht sich nur in Ausnahmefällen dafür aus.

Ein höheres Aggressivitätspotential, mit einem Gutteil Nötigung stellen der Boykott von Lehrveranstaltungen und die Institutsbesetzung dar. Sie erscheinen vielen Studierenden eher als problematisch oder werden gar grundsätzlich abgelehnt:

- Der **Boykott von Lehrveranstaltungen** kommt für die Studierenden häufig nur in Ausnahmefällen in Frage: die Hälfte nimmt diese Beurteilung vor; aber ein gutes Drittel spricht sich grundsätzlich dagegen aus.
- Eine **Institutsbesetzung** wird sogar von einer Mehrheit grundsätzlich abgelehnt (53%); ein gutes Drittel (37%) kann sich nur in Ausnahmefällen damit einverstanden erklären. Nicht mehr als jeder zehnte Studierende äußert eine grundsätzliche Akzeptanz dieser härteren Protestform mit möglicherweise nötigendem Charakter.

Demonstrationsbereitschaft variiert stark

In der zeitlichen Entwicklung zwischen 1983 und 2007 hat im Gesamttrend die Befürwortung der verschiedenen Kritikformen bei den Studierenden nachgelassen. Die sanfteren, sachlich ausgerichteten Formen der Auseinandersetzung wie Diskussionen mit den Hochschullehren oder wie studentische Zeit- und Streitschriften haben aber nur wenig an grundsätzlicher Akzeptanz eingebüsst (etwas gegenüber Anfang der 90er Jahre, als die Akzeptanz leicht angestiegen war). Zugenommen hat die Bereitschaft dazu in Ausnahmefällen, während die grundsätzliche Ablehnung nahezu gleich gering geblieben ist.

Die Demonstrationen und Kundgebungen zeigen im Zeitverlauf am ehesten ein Auf und Ab an Zustimmung (zwischen 47% und 66%). Offenbar kommt darin weniger eine grundsätzliche Haltung zum Ausdruck als vielmehr eine Reaktion auf aktuelle politische Probleme. Insofern ist es aufschlussreich, dass im neuen Jahrtausend die Akzeptanz von Demonstrationen zu-

erst 2001 mit 47% sehr niedrig lag, dann 2004 mit 60% einen hohen Wert erreicht, um 2007 wieder auf 54% zurück zu gehen.

Einen größeren Rückgang an Akzeptanz müssen Flugblätter und Wandzeitungen hinnehmen. Die Bejahung von öffentlichen Protestformen wie das Auslegen von plakativen Flugblättern ist um gut 10 Prozentpunkte gefallen.

Unterschiedlich verläuft die Entwicklung bei den beiden härteren Formen der Auseinandersetzung mit höherem Aggressivitätspotential: Der Boykott von Lehrveranstaltungen wird häufiger grundsätzlich abgelehnt und eher nur in Ausnahmefällen zugelassen. Dagegen verliert eine Institutsbesetzung gegenüber den 80er Jahren deutlich an Ablehnung, allerdings weniger im neuen Jahrtausend.

Das Aggressivitätspotential unter den Studierenden hat sich im Trend wenig abgeschwächt. Es variiert vielmehr stärker und hat sich verlagert: vom Boykott auf die Institutsbesetzung. Das mag damit zusammenhängen, dass die Lehre und die Beziehungen zu den Lehrenden besser eingeschätzt werden, was für die Administration nicht zutrifft.

Index zum Protestpotential

Anhand der Bejahung der härteren Protestformen kann ein Index zum politischen Protestpotential der Studierenden gebildet werden, der insbesondere auch das Potential zur Aggressivität anzeigt. Dieser Index umfasst Werte von 0, d.h. völlige Ablehnung von öffentlichem Protest bis 20, d.h. durchgängig hohes Protestpotential, wobei die Werte um 10 ein mittleres aggressives Protestpotential (eher in Ausnahmefällen) anzeigen. Im Zeitraum seit 1993 ergibt sich für die Studentenschaft insgesamt erwartungsgemäß ein mittleres Protestpotential in öffentlich-aggressiver Form (vgl. Tabelle 27).

Tabelle 27
Protestpotential öffentlich-aggressiver Art unter den Studierenden (1993 - 2004/2007)
(Index-Skala von 0 = völlig abstinert bis 20 = durchgehend; Mittelwerte und Angaben in Prozent für Kategorien: 0 - 3 = völlig abstinert, 4 - 6 = weitgehend abstinert, 7 - 9 = ausnahmsweise, 10 - 13 = gelegentlich, 14 - 16 = häufiger, 17 - 20 = durchgehend hoch)

Protestpotential	1993	1995	1998	2001	2004	2007
völlig abstinert	14	18	11	18	13	18
weitest abstinert	16	17	18	19	20	20
ausnahmsweise	20	18	18	20	19	18
gelegentlich	34	32	35	31	34	29
häufiger	6	6	6	4	4	6
durchgehend hoch	10	9	13	8	9	9
Mittelwerte	9.8	9.2	10.2	8.8	9.5	9.1

Quelle: Studierenden survey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Im zeitlichen Vergleich der letzten 25 Jahre ist das aggressive Protestpotential leichten Schwankungen unterworfen (wie am Mittelwert der Skala zum Protestpotential ablesbar). Am höchsten ist der Schnitt mit 10.2 im Jahr 1998 und am geringsten im Jahr 2001 (mit 8.8), während es 2007 ein mittleres

Niveau von 9.1 erreicht. Damit ist zu allen Zeitpunkten seit 1993 kein großes, aber hinreichendes Protestpotential auch in aggressiver Weise an den Hochschulen vorhanden:

- Unter den Studierenden sind zwischen 12% (2001) bis 19% (1998) relativ grundsätzlich und recht rasch zu aggressiven, öffentlichen Protesten bereit, aktuell 2007 sind es 15%, d.h. in der Zeitreihe eine mittlere Größenordnung.
- Ein weiteres Drittel kann fallweise für härtere Proteste, auch mit aggressiven Begleiterscheinungen, gewonnen werden, da es diese Formen nicht grundsätzlich ablehnt.
- Jeder fünfte Studierende ist nur „ausnahmsweise“ für einen aggressiveren Protest zu gewinnen, ein über die gesamte Zeitreihe recht stabiler Anteil unter den Studierenden.
- Das übrige Drittel der Studentenschaft ist kaum oder gar nicht für härtere Formen der Auseinandersetzung bei politischen Fragen zur Hochschulentwicklung zu gewinnen: Sie äußern sich weitest oder völlig abstinert.

Das Protestpotential, auch in aggressiver Weise, ist unter den Studierenden groß genug, so dass es jederzeit aufflammen kann. Solche härteren Protestformen können bei partiellen Interessenskonflikten (z.B. Thema Studiengebühren, Einsparungen im Hochschulbereich, Stipendienfragen) ebenfalls angewandt werden, nicht nur bei grundsätzlichen politischen Richtungsdebatten (etwa zur Bildungs-, Sicherheits- oder zur Außenpolitik).

Ob es sich allerdings um mehr als ein "Strohfeuer" des Protestes handelt, das hängt einerseits von den Reaktionen der Instanzen an den Hochschulen und in der Politik ab, andererseits vom Umstand, ob sich daraus ein auf Konzepten und Prinzipien gegründete Bewegung bildet. Breitere und schärfere Formen, auch in langfristiger Weise, erhält der Protest mit höherer Aggressivität erst dann, wenn eine "System – und Machtfrage" damit gestellt wird. Eine solche "Protestwelle" größeren Ausmaßes ist für den nächsten Zeitraum nicht absehbar. Sie könnte sich erst mit einer neuen Studentengeneration bilden.

Die mögliche Politisierung von größeren Teilen der Studentenschaft im Zuge einer solchen Demonstrations- und Protestentwicklung kann problematische Züge aufweisen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie von einer Basis geringen politischen Interesses und Kompetenz recht abrupt erfolgt. Denn dann nimmt sie in der Regel hektische Züge an und wird in Teilen zum Selbstzweck (vgl. Janowitz 1956).

Studentinnen sind nicht weniger zu härterem Protest bereit

Im Vergleich mit Studenten weisen Studentinnen im Mittel ein höheres Protestpotential mit etwas mehr Aggressivität auf, zumindest was die Akzeptanz von Formen öffentlicher Kritik in Ausnahmefällen betrifft (Wandzeitungen, Demonstrationen, Boykotts, Besetzungen). Bei der grundsätzlichen und hohen Bereitschaft zum Protest ist der Umfang bei Studentinnen wie Studenten ähnlich.

Aggressives Protestpotential nimmt von Links- nach Rechts ab

Anders als bei der allgemeinen Gewaltakzeptanz, wo die jeweils extremen Gruppierungen links und rechts die deutlich höheren Werte aufweisen, wird bei den aggressiveren Protestformen eine andere Abfolge erkennbar. Sie stuft sich von Links nach Rechts: Studierende mit kommunistisch-marxistischer Gesinnung akzeptieren am ehesten öffentliche und aggressive Protestformen (sie liegen mit 13.2 deutlich über dem Mittelwert). Etwas höher ist auch das aggressivere Protestpotential unter den grün-alternativen Studierenden (11.3), während die sozialdemokratisch eingestellten Studierenden (der größte Teil der Studentenschaft) auch bei der aggressiven Protestbereitschaft einen mittleren Wert aufweisen (9.5).

Auf der anderen Seite zeigen sich liberale Studierende zurückhaltender in der Bereitschaft zu aggressiveren Protestformen (7.7). In ähnlicher Weise eher abstinert gegenüber den Einsatz von härteren Protestmitteln bei hochschulpolitischen Fragen geben sich die konservativen Studierenden, sowohl christlicher wie nationaler Provenienz (vgl. Tabelle 28).

Tabelle 28
Akzeptanz aggressiver Protestformen nach politischen Grundrichtungen unter den Studierenden (WS 2003/04)
(Index-Skala von 0 = völlig abstinert bis 20 = durchgehend, Mittelwerte)

Politische Grundrichtung	Mittelwerte		
	2001	2004	2007
Kommunistisch-marxistisch	13.1	13.2	13.2
Grün-alternativ	11.3	11.2	11.3
Sozialdemokratisch	9.5	10.0	9.5
Liberal	7.6	8.1	7.7
Christlich-konservativ	6.2	7.3	6.4
National-konservativ	5.8	7.4	6.6
Insgesamt	8.8	9.5	9.1

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Das geringe Protestpotential der konservativen Studierenden kann an der Ausrichtung der Frage auf hochschulpolitische Themen liegen, die für sie weit weniger Anlass zum Protest sind. Außerdem halten konservative Studierende weit weniger von Demonstrationen als politische Ausdrucksform; es ist für sie eine gewisse Form der Unordnung. Für linke Studierende sind dagegen Demonstrationen, auch in härterer Form, selbst ein Ausdruck für demokratische Haltungen. In dieser unterschiedlichen Beurteilung von politischen Demonstrationen auf der einen Seite und gesellschaftlicher Ordnung auf der anderen Seite besteht ein erhebliches Spannungsfeld zwischen linken und sozialistischen Studierenden auf der einen Seite und konservativ-konventionellen Studierenden auf der anderen Seite.

Literatur

- Adam, H. (1965): Studentenschaft und Hochschule: Möglichkeit und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt a.M.
- Allport, G.W. (1979): The Composition of Political Attitudes. In: *American Journal of Sociology*, Nr. 35, 220-238.
- Almond, G.A./S. Verba (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton.
- Arzheimer, K. (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden.
- Bargel, T./J.-U. Sandberger (1981): Politisches Engagement und gesellschaftliche Vorstellungen. In: Framhein, G./ T. Bargel/ B. Dippelhofer-Stiem/ H. Peisert/ J.-U. Sandberger (Hg.): *Studium und Hochschulpolitik*. (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft - Schriftenreihe Hochschule 39). München, 136-205.
- Bargel, T. (1985): Politisches Bewußtsein und Verhalten von Studenten. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.): *Politische Sozialisation an Hochschulen*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 33). Bonn, 65-86.
- Bargel, T. (1988): Alternative Orientierungen - die gespaltene Studentenschaft. In: Peisert, H./ T. Bargel/ G. Framhein: *Studiensituation und studentische Orientierungen*. (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 59). Bad Honnef, 284-312.
- Bargel, T. (1990): Wann protestieren die Studenten? Zur Entwicklung studentischen Protestpotentials. In: Bargel, T. (Hg.): *Hochschulprofile - Studierende und Studium* (Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz; Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 1). Konstanz, 21-36.
- Bargel, T. (1994): Student und Politik im vereinten Deutschland. Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation an deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1992/93. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Reihe Bildung - Wissenschaft - Aktuell 3/94. Bonn.
- Bargel, T. (2000): Zum Wandel politischer Orientierungen bei Studierenden seit Beginn der 80er Jahre. (Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz; Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 33). Konstanz.
- Bargel, T./G. Framhein (1975): Zur Diskussion von Bildungszielen und zur Leistungsmessung im Hochschulbereich. In: Zapf, W. (Hg.): *Gesellschaftspolitische Zielsysteme. Soziale Indikatoren IV*. Frankfurt-New York, 126-161.
- Bargel, T./H. Bargel/ S. Dippelhofer (2008): Der Bachelor - zum Image einer neuen sozialen Kategorie. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 4, 377-391.
- Bargel, T./M. Ramm/ F. Multrus (2008): Studiensituation und studentische Orientierungen. Kurzfassung. (Bundesministerium für Bildung und Forschung). Bonn, Berlin.
- Bathke, G.-W. (1990): Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR. In: Burkart, G. (Hg.): *Sozialisation im Sozialismus*, *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 1. Beiheft, 114-128.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.
- Bell, D. (1975): *Die nachindustrielle Gesellschaft: Frankfurt-New York*.
- Blücher, V. von (1966): *Die Generation der Unbefangenen*. Düsseldorf, Köln.
- Bonner, P./ A. Weiss (2008): *Generation Doof. Wie blöd sind wir eigentlich?* Bergisch-Gladbach.
- Brämer, R./ P. Duret (1992): Das Trauma der Intelligenz. Die deutsche Vereinigung aus studentischer Sicht. In: *Deutschland Archiv*, 9, 919-929.
- Brämer, R./ U. Heublein (1990): Studenten in der Wende? Versuch einer deutsch-deutschen Typologie vor der Vereinigung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*). B 44/90, 2-16.
- Bürklin, W. (1980): Links und/oder demokratisch? Dimensionen studentischen Demokratieverständnisses. *Politische Vierteljahresschrift* 3, 221-247.
- Cloetta, B. (1975): Einstellungsänderung durch die Hochschule. Konservatismus, Machiavellismus, Demokratisierung. Stuttgart.
- Conti, C. (1984): *Abschied vom Bürgertum, Alternative Bewegungen in Deutschland von 1980 bis heute*. Reinbek.
- Dahrendorf, R. (1965): *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München.
- Decker, O./ E. Brähler/ N. Geißler (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin.
- Demirovic, A./ G. Paul (1996): *Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren*. Frankfurt a.M.
- Deutsches Jugendinstitut (Hg.) (1992): *Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West*. Opladen.

- Dippelhofer, S. (2004): Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik. Sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierenden surveys. (Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz; Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 41). Konstanz.
- Dippelhofer, S. (2008): Studierende und Demokratie - ein ambivalentes Verhältnis. Berlin.
- Framhein, G./T. Bargel/ B. Dippelhofer-Stiem/ H. Peisert/ J.-U. Sandberger (1981): Studium und Hochschulpolitik (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Schriftenreihe Hochschule, Nr. 39). Bonn.
- Friedeburg, L.v. (1965): Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln.
- Gaiser, W./J. de Rijke (2000) : Partizipation und politisches Engagement. In : Gille, M./ W. Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen, 267-323.
- Gaiser, W./J. de Rijke (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, M. u.a. (Hg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 3. Deutsches Jugendinstitut. Wiesbaden, 213-275.
- Georg, W. (1993): Modernisierung und Lebensstile Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament). B 26-27/93, 20-28.
- Gille, M./ W. Krüger/ J. de Rijke (2000): Politische Orientierungen. In: Gille, M./ W. Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen.
- Gille, M./ S. Sardei-Biermann/ W. Gaiser/ J. de Rijke (2006): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 3. Deutsches Jugendinstitut. Wiesbaden.
- Glott, P./ W. Malanoski (1982): Student heute: Angepaßt? Ausgestiegen? (SPIEGEL-Buch). Hamburg.
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied, Berlin.
- Habermas, J./ L. v. Friedeburg/ C. Oehler/ F. Weltz (1961): Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Neuwied, Berlin.
- Heublein, U./ R. Brämer (1990): Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch. In: Deutschland Archiv, 23. Jg., Heft 9, 1397-1410.
- Hitpaß, J. (1974): Radikale Minderheit - Schweigende Mehrheit. Osnabrück.
- Hoffmann-Lange, U./ M. Gille/ H. Schneider (1993): Das Verhältnis von Jugend und Politik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). B 19/93, 3-12.
- Hoffmann-Lange, U. (Hg.) (1995): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen.
- Hurrelmann, K./ A. Albert (Hg.) (2006): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt a.M..
- Illies, F. (2001): Generation Golf - Eine Inspektion. Frankfurt a.M.
- Infratest-Wirtschaftsforschung (1980): Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozialempirischen Untersuchung des Extremismus. Stuttgart.
- Inglehart, R. (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles. Princeton.
- Janowitz, M. (1956): Politische Soziologie und Demokratieforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 8, Heft 3, 357-379.
- Jarausch, K.H. (1984): Deutsche Studenten 1800-1970. Frankfurt.
- Kaase, M. (1971): Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band II. München, 119-326.
- Kaase, M. (1973): Politisches Verhalten von Studenten im Vergleich mit anderen Gruppen. In: Albrecht, G./ H. Daheim/ F. Sack (Hg.): Soziologie. Opladen, 560-572.
- Kaase, M. (1982): Student und Politik in den achtziger Jahren. In: Rektorat der Universität Mannheim (Hg.): Gesellschaft und Universität. Mannheim.
- Kehm, B. (2008): Internationalisierung und Globalisierung der deutschen Hochschulen im Kontext des Bologna-Prozesses. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 4, 347-362.
- Kiel, S. (1995): Politische Sozialisation. Studierende in der BRD (Diplomarbeit). Universität Hannover.
- Klages, H. (1984): Die Jugend im gesellschaftlichen Wertwandel. In: H. Rabe (Hg.): Jugend. Beiträge zum Verständnis und zur Bewertung des Jugendproblems. Konstanz.
- Klingemann, H.-D. (1972): Testing the Left-Right-Continuum on a Sample of German Voters. In: Comparative Political Studies, No. 5, 93-106.
- Kmieciak, P. (1976): Wertstrukturen und Wertwandlungen. In: Zapf, W. (Hg.): Gesellschaftspolitische Zielsysteme. Soziale Indikatoren IV. Frankfurt-New York, 3-39.
- Kmieciak, P. (1975): Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 135, Göttingen.

- Krause, C./D. Lehnert/K.-J. Scherer (1980): Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Bonn.
- Kreutz, H./G. Fröhlich/H.-D. Maly (1985): Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags (BeitrAB 86). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg.
- Laponce, J.A. (1970): Note on the Use of the Left-Right-Dimension. *Comparative Political Studies* 2, 481-502.
- Lind, G./J.-U. Sandberger/T. Bargel (1985): Moral Competence and Democratic Orientations. In: Lind, G./H. Hartmann/R. Wakenhut (Eds.): *Moral Development and The Social Environment*, Chicago, 55-77.
- Mayer, K.U. (1975): Ungleichheit und Mobilität im sozialen Bewußtsein. Opladen.
- Mayer, U. (1981): Zwischen Anpassung und Alternativkultur oder das politische Bewußtsein und Handeln der Studierenden. Bonn.
- Merton, K. (1957): Social Structure and Anomie. In: K. Merton: *Social Theory and Social Structure*. New York.
- Milbrath, L. W. (1965): Political Participation. How and why do people get involved in politics? Chicago.
- Muller, E.N./T.O. Jukom (1977): On the Meaning of Political Support. In: *American Political Science Review*, 71, 1561-1595.
- Muller, E.N. (1979): *Aggressive Political Participation*. Princeton.
- Multrus, F./T. Bargel/M. Ramm (2008): Studiensituation und studentische Orientierungen. 10. Studierendensurvey. Langfassung. Bonn, Berlin.
- Narr, W.-D./F. Naschold (1971): *Theorie der Demokratie*. Stuttgart.
- Noelle-Neumann, E. (1978): Wie demokratisch sind unsere Studenten? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.10.1978.
- Noelle-Neumann, E. (1979): Die deutsche Gruppenuniversität und das Meinungsklima. Institut für Demoskopie (Hg.): *Dokumentation einer Studentenumfrage*. Allensbach.
- Parsons, T./C.M. Platt (1973): *The American University*. Cambridge.
- Ramm, M. (1994): Studierende und Studiensituation in der DDR und in der BRD. (Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz; Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 10). Konstanz.
- Ramm, M. (1997): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Gesellschaftliche Orientierungen von Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 1983 bis 1995. Dissertation. Konstanz.
- Ramm, M./T. Bargel (2005): *Frauen im Studium. Langzeitstudie 1983 - 2004*. (Bundesministerium für Bildung und Forschung). Bonn, Berlin.
- Rawls, J. (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.
- Reigrotzki, E. (1956): *Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik*. Tübingen.
- Rokeach, F. (1973): *The Nature of Human Values*. New York.
- Roth, R./D. Rudet (Hg.) (1987): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. (Bundeszentrale für politische Bildung, Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 252). Bonn.
- Sandberger, J.-U. (1977): „Gesellschaftsbilder“ als subjektive Indikatoren im sozio-politischen Bereich. In: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hg.): *Politisches Klima und Planung. Soziale Indikatoren V*. Frankfurt-New York, 11-42.
- Sandberger, J.-U. (1983): Zwischen Legitimation und Kritik. Vorstellungen von Akademikern, Studenten und Bevölkerung zur sozialen Ungleichheit. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 12. Jg., Heft 3, 181-200.
- Schelsky, H. (1957): *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. Düsseldorf, Köln.
- Schelsky, H. (1963): *Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen*. Reinbek bei Hamburg.
- Schulze, G. (2005): *Die Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt-New York.
- Schwendter, R. (1978): *Theorie der Subkultur*. Frankfurt a.M.
- Simeaner, H./S. Dippelhofer/H. Bargel/M. Ramm/T. Bargel (2007): *Datenalmanach. Studierendensurvey 1983 - 2007*. (Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz; Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 51). Konstanz.
- Wildenmann, R./M. Kaase (1968): *Die unruhige Generation. Eine Untersuchung zur Politik und Demokratie in der Bundesrepublik*. Forschungsbericht. Mannheim.
- Willener, A. (1957): *Images de la société et classes sociales*. Bern.
- Zapf, W. (1975): *Gesellschaftspolitische Zielsysteme. Soziale Indikatoren IV*. Frankfurt-New York.

Anhang: Konzept und Durchführung des Studierendensurveys

Die Langzeitstudie „Studiensituation und studentische Orientierungen“ an Universitäten und Fachhochschulen besteht seit 25 Jahren und ist die umfassendste Dauerbeobachtung der Entwicklung der Studiensituation an den Hochschulen in Deutschland. Die erste Befragung fand im WS 1982/83 statt, die weiteren Erhebungen im Abstand von zwei bis drei Jahren. Im WS 2006/07 wurde der 10. Studierendensurvey durchgeführt.

Der Studierendensurvey wird seit Beginn vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Durchführung und Berichterstattung liegen bei der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz, deren Arbeit von einem Wissenschaftlichen Beirat begleitet wird.

Konzept des Studierendensurveys

Das Konzept des Studierendensurveys zielt darauf ab, „Leistungsmessungen“ im Hochschulbereich vorzunehmen und damit Grundlagen für die Hochschulpolitik und deren öffentliche Diskussion bereit zu stellen.

Im Mittelpunkt des Studierendensurveys stehen Fragen zur Beurteilung der Studienverhältnisse und Lehrangebote an den Hochschulen. Damit wurde bereits frühzeitig eine Evaluation der Lehrsituation und Studienqualität eingeleitet. Wie durch keine andere Studie sind damit die Anforderungen an einen „**Studienqualitätsmonitor**“ erfüllt.

Außerdem werden anhand des Studierendensurveys Probleme des Studiums und der Hochschulen aufgezeigt, wie die geringe Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden, die Erwerbsarbeit der Studierenden, die wechselnden Berufsaussichten und die Schwierigkeiten für Frauen oder Bildungsaufsteiger im Studium. Zugleich ist dadurch eine Klärung des Einflusses verschiedener Faktoren möglich: etwa für das Auslandsstudium, die Kontakte zu Professoren, die Promotionsabsichten oder den Studienabbruch. Die Befunde werden publiziert und dienen als Informationsgrundlage für die interessierte Öffentlichkeit sowie für die Verantwortlichen der Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung.

Themenspektrum der Befragungen

Inhaltlich behandelt der Studierendensurvey ein breit gefächertes Themenspektrum. Der Kern des Fragebogens ist über die verschiedenen Erhebungen hinweg stabil geblieben. Die meisten Fragen konnten unverändert beibehalten werden, weil sie sich als „subjektive Indikatoren“ über Studium und Studierende bewährt haben. Die Stabilität des Instrumentes ist ei-

ne wichtige methodische Voraussetzung für die zeitlichen Vergleiche. Der Fragebogen gliedert sich in sechzehn Themenbereiche:

Themenbereiche des Studierendensurveys

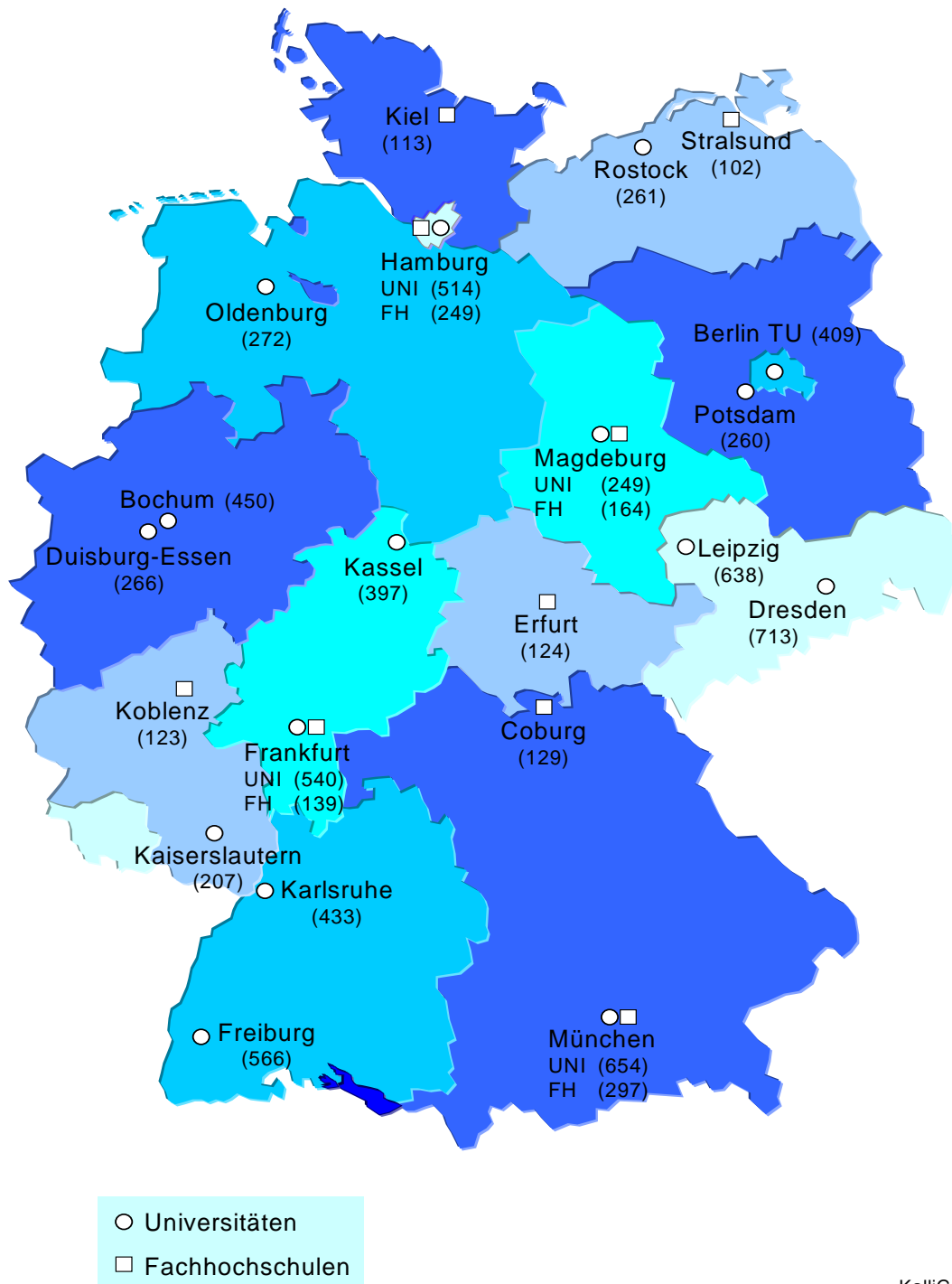
1. Hochschulzugang, Fachwahl, Motive und Erwartungen
2. Studienstrategien, Studienverlauf und Qualifizierungen
3. Studienintensität, Zeitaufwand und Studiendauer
4. Studienanforderungen, Regelungen und Prüfungen
5. Kontakte und Kommunikation, soziales Klima, Beratung
6. Fachstudium, Situation der Lehre und Studienqualität
7. Studentische Lebensformen, soziale Situation, Erwerbstätigkeit
8. Schwierigkeiten, Beeinträchtigungen und Belastungen
9. Neue Medien und Internet in Studium und Lehre
10. Hochschulpolitik: Interesse, Partizipation, studentische Vertretung
11. Internationalität und Europäischer Hochschulraum (Bachelor/Master)
12. Berufswahl, Berufswerte und Tätigkeitsbereiche
13. Berufsaussichten und Arbeitsmarktreaktionen
14. Gesellschaftliche Vorstellungen und politische Beteiligung
15. Wünsche und Forderungen zur Hochschulentwicklung
16. Demographische und bildungsbiographische Daten

Diese Themen sind Gegenstand der Berichterstattung, wobei besondere Entwicklungen und aktuelle Ereignisse hervorgehoben werden. Im Vordergrund der Darstellung steht die Situation der Studierenden, die vor dem Hintergrund der Zeitreihe über die letzten zwanzig Jahre behandelt wird.

Auswahl der beteiligten Hochschulen

Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Befunde über die verschiedenen Erhebungen hinweg werden jeweils die gleichen Universitäten und Fachhochschulen einbezogen. Das statistische Bundesamt führt zum WS 2006/07 insgesamt 391 Hochschulen unterschiedlichen Typs in Deutschland. Davon sind 184 Fachhochschulen (ohne Fachhochschulen der Verwaltung) und 104 Universitäten. Die **Grundgesamtheit des Studierendensurveys** bilden diese Universitäten und Fachhochschulen, derzeit insgesamt 288 Hochschulen. Sie entsprechen nach der OECD-Klassifizierung der Stufe fünf ISCED (5A und 5B) im tertiären Sektor des Bildungswesens: first stage (degree) of tertiary education - at university level or equivalent, long or short. Aus diesem Kreis der Hochschulen sind zur 10. Erhebung wiederum 25 Hochschulen im Sample des Studierendensurveys vertreten, und zwar 16 Universitäten und 9 Fachhochschulen (vgl. Karte).

Standorte und Besetzungszahlen¹⁾ (befragte Studierende) der beteiligten Universitäten und Fachhochschulen des 10. Studierendensurveys im Wintersemester 2006/07



KalliGRAPHIK

Quelle: Studierendensurvey 1983-2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

1) Die Gesamtsumme der Besetzungszahlen ergibt wegen fehlender Angaben zum Hochschulort eine Differenz zur Anzahl der befragten Studierenden von 8.350.

Für die Auswahl der Hochschulen waren mehrere Gesichtspunkte maßgebend: Jeder wichtige Hochschultyp sollte vertreten sein: Universitäten, Technische Universitäten, Gesamthochschulen und Fachhochschulen. Die Spezialhochschulen und privaten Hochschulen wurden wegen ihres engen Fachangebots und meist kleineren Studierendenzahlen nicht berücksichtigt. Um eine bundesweite Streuung zu erreichen sollen Hochschulen aus möglichst allen Bundesländern vertreten sein. Die einbezogenen Fachhochschulen weisen Fächer der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften sowie des Sozialwesens/der Sozialarbeit auf, um Fächervergleiche mit den Universitäten durchführen zu können.

Für die Vergleichbarkeit der Befunde über die Zeit und das Aufzeigen von Trends ist die Stabilität des Samples der Hochschulen von großer Wichtigkeit. Sie ist für sechzehn Hochschulen in den alten Ländern (elf Universitäten und sechs Fachhochschulen) für alle zehn Erhebungen seit 1982, für die acht Hochschulen in den neuen Ländern (fünf Universitäten und drei Fachhochschulen) für die sechs Erhebungen seit 1993 erfüllt.

Sample der Studierenden

Die Zahl der deutschen Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen ist seit den 80er Jahren kontinuierlich gestiegen, allerdings zum WS 2006/07 an den Universitäten etwas zurückgegangen. Anfang der 90er Jahre nahm deren Zahl durch den Beitritt der neuen Länder zusätzlich zu.

Im Wintersemester 2006/07 sind insgesamt rund 1,66 Mio. deutsche Studierende an den Universitäten und Fachhochschulen immatrikuliert. Von ihnen befinden sich 1,17 Mio. an Universitäten und 0,48 Mio. an Fachhochschulen. Diese Studierenden sind die Bezugsgröße für repräsentative Aussagen, die anhand des Samples getroffen werden.

Für differenzierte Analysen nach Fächergruppen, Abschlussarten, Semesterzahl oder Geschlecht der Studierenden muss eine ausreichend große Zahl von ihnen befragt werden. Bis zur 7. Erhebung wurden daher jeweils etwa 20.000 Studierende angeschrieben und zur Beteiligung aufgefordert. Für die 8. Erhebung im WS 2000/01 wurde die Zahl auf 24.000 erhöht, damit auch bei einer geringeren Teilnahme eine genügend große Zahl Befragter gesichert bleibt. Mit der Ausweitung des Samples um vier Hochschulen erhöhte sich die Zahl bei der 9. Erhebung im WS 2003/04 auf 28.000 versendete Fragebogen.

Die zu befragenden Studierenden werden nach dem Zufallsverfahren von den beteiligten Hochschulen ausgewählt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind der Arbeitsgruppe Hochschulforschung weder Namen noch Adresse der ausgewählten Studierenden bekannt. Der Fragebogen wird von den einzelnen Hochschulen den Studierenden direkt zugestellt; ebenso wie eine Erinnerung nach ca. drei Wochen. Die Teilnahme an der Befragung erfolgt freiwillig und ist anonym.

Rücklauf und Repräsentativität

Bei den ersten Erhebungen des Studierendensurveys betrug der Rücklauf verwendbarer Fragebogen über 40%, mit einer Spitze von 45,8% im WS 1992/93. Ende der 90er Jahre sank die Beteiligung auf etwa ein Drittel ab. Dieser Rückgang ist nicht auf Änderungen in der Organisation der Erhebung zurückzuführen; er scheint ein generelles Phänomen nachlassender Partizipation widerzuspiegeln, die sich auch in anderen Studien auswirkt. Deshalb wurde der Umfang des Samples erhöht, um auch bei geringerer Beteiligung eine hinreichende Zahl Studierender für differenzierte Analysen, etwa nach Fächergruppen, zu erreichen.

- Im WS 2006/07 wurde mit 32,0% insgesamt ein befriedigender Rücklauf erreicht und die absolute Zahl befragter Studierender beträgt 8.350.
- Insgesamt haben sich an den zehn Erhebungen zwischen 1983 und 2007 fast 88.000 Studierende beteiligt.

Übersicht Beteiligung und Rücklauf bei zehn Erhebungen des Studierendensurveys (1983 - 2007) (Angaben absolut und in Prozent)			
Früheres Bundesgebiet	Versendung	Beteiligung	Rücklauf
WS 1982/83	18.940	7.817	41,3
WS 1984/85	22.470	10.038	44,7
WS 1986/87	22.400	9.852	44,0
WS 1989/90	19.730	8.812	44,7
Deutschland			
WS 1992/93	20.175	9.240	45,8
WS 1994/95	19.644	8.461	43,1
WS 1996/97	19.641	7.271	37,0
WS 2000/01	23.391	8.130	34,8
WS 2003/04	27.423	9.975	36,4
WS 2006/07	26.064	8.350	32,0
Insgesamt	219.878	87.946	40,4

Quelle: Studierendensurvey 1983-2007, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Den vielen Studierenden danken wir für ihre Mitwirkung, Auskünfte und vielfältigen Kommentierungen. Ebenfalls danken wir den Mitarbeitern und Leitungen der beteiligten Hochschulen für die Mitwirkung und Unterstützung.

Aufgrund der Auswahl und der Übereinstimmung in bedeutsamen Merkmalen zwischen Hochschulstatistik und den Befragten des Studierendensurveys (z. B. Geschlecht, Fächerbelegung, Altersverteilung) kann bei der erreichten Beteiligungsrate von einer weitgehenden Repräsentativität der Befunde für die gegenwärtig fast 1,7 Millionen deutschen Studierenden an den Universitäten und Fachhochschulen, auch für die einzelnen Fächergruppen, ausgegangen werden.

Ausgewählte Publikationen zum Studierendensurvey

Allgemeine Publikationen

- Bargel, T./ M. Ramm/ F. Multrus (2008): Studiensituation und studentische Orientierungen. 10. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Bonn, Berlin.
- Bargel, T./ F. Multrus/ M. Ramm (1996): Studium und Studierende in den 90er Jahren. Bonn.
- Peisert, H. u.a. (1981): Studium und Hochschulpolitik. Untersuchung über Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen von Studenten. Bonn.

Fachmonographien

- Bargel, T./ M. Ramm (1994): Das Studium der Medizin. (Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 118). Bad Honnef.
- Bargel, T./ F. Multrus/ M. Ramm (1996): Das Studium der Rechtswissenschaft. Eine Fachmonographie aus studentischer Sicht. Bonn.
- Bargel, T./ M. Ramm (1998): Ingenieurstudium und Berufsperspektiven. Bonn.
- Multrus, F./ T. Bargel/ B. Leitow (2001): Das Studium der Geisteswissenschaften. Bonn.
- Ramm, M./ F. Multrus (2006): Das Studium der Betriebswirtschaftslehre. Eine Fachmonographie aus studentischer Sicht. Bonn, Berlin.
- Bargel, T./ F. Multrus/ N. Schreiber (2007): Studienqualität und Attraktivität der Ingenieurwissenschaften. Bonn, Berlin.

Datenalmanach

- Simeaner, H./ S. Dippelhofer/ H. Bargel/ M. Ramm (2007): Datenalmanach Studierendensurvey 1983 - 2007. Studiensituation und Studierende an Universitäten und Fachhochschulen. Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Konstanz.
- Simeaner, H./ S. Dippelhofer/ H. Bargel/ M. Ramm (2008): Datenalmanach Studierendensurvey 1983 - 2007 nach Geschlecht. Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Konstanz.

Schwerpunkthemen

- Bargel, T. (1994): Studierende und Politik im vereinten Deutschland. Bildung-Wissenschaft-aktuell 3/94. Bonn.
- Ramm, M. (1994): Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. Bildung-Wissenschaft-aktuell 12/94. Bonn.
- Ramm, M. (2001): Berufswahl, Berufsperspektiven und Existenzgründungen. Bonn. Wiederabdruck in: *ibv-informationen* 31/01. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Ramm, M./ T. Bargel (2005): Frauen im Studium. Langzeitstudie 1983 - 2004. Bonn, Berlin.

Bargel, T./ T. Röhl (2006): Wissenschaftlicher Nachwuchs unter Studierenden. Bonn, Berlin.

Evaluation der Lehre

- Hage, N. el (1996): Lehrevaluation und studentische Veranstaltungskritik. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.). Bonn.
- Bargel, T./ N. el Hage (2000): Evaluation der Hochschullehre: Modelle, Probleme und Perspektiven. In: *Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 2000*, 207-224.

Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

- Ramm, M./ T. Bargel (1995): Studium, Beruf und Arbeitsmarkt. Orientierungen von Studierenden in West- und Ostdeutschland (BeitrAB 193). IAB Nürnberg.
- Ramm, M./ T. Bargel (2002): Arbeitsmarktaussichten und Reaktionen von Studienanfängern in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. In: Bellmann, L./ J. Velling (Hg.): *Arbeitsmärkte für Hochqualifizierte (BeitrAB 256)*. IAB Nürnberg, 151-183.

Artikel und Beiträge

- Bargel, T. (2005): Hochschulzugang, Fachwahlmotive und Studierenerwartungen. Vergleichende Studierendenforschung zu drei europäischen Regionen. In: Craanen, M./ L. Huber (Hg.): *Notwendige Verbindungen*. Bielefeld, 59-74.
- Bargel, T. (2006): Studentische Biographien im Wandel: Ausgewählte Trendentwicklungen 1983 - 2004. In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, Heft 3, 433-447.
- Georg, W. (2008): Individuelle und institutionelle Faktoren des Studienabbruchs. - Eine Mehrebenenanalyse mit Daten des Studierendensurveys. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, Jg. 28, Heft 2, 191-206.
- Bargel, T./ H. Bargel/ S. Dippelhofer (2008): Der Bachelor - zum Image einer neuen sozialen Kategorie. Empirische Befunde zur Sicht der Studierenden. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, Jg. 28, Heft 4, 377-291.

Präsentation im Internet

<http://www.uni-konstanz.de/Studierendensurvey>

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

